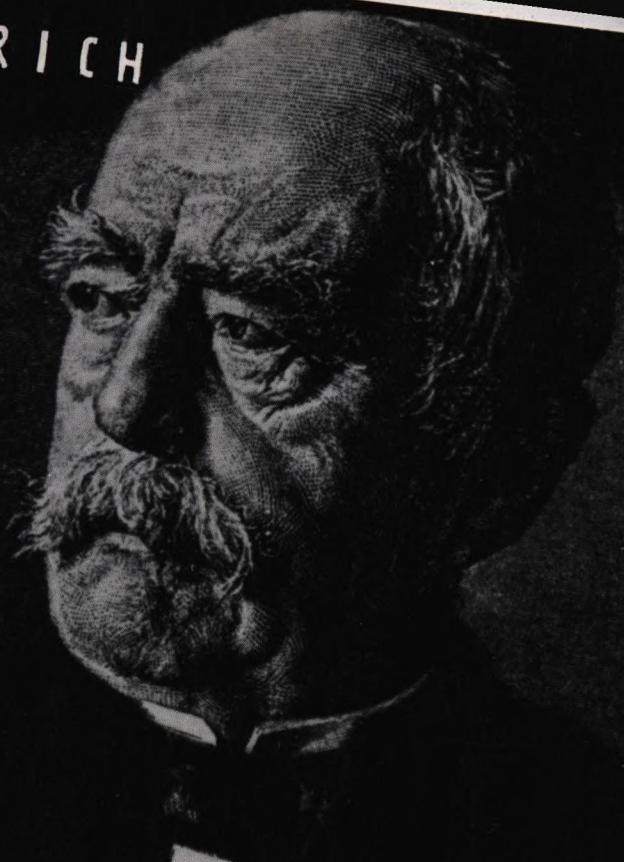
E·ANRICH



BISMARCK

Verzerrer oder Gestalter der Deutschen Geschichte?

Ernst Anrich / Bismarck

ERNST ANRICH

BISMARCK

Verzerrer oder Gestalter der deutschen Geschichte?

Eine Antwort an Herrn Bundespräsidenten
Dr. Dr. Heinemann

1971
Buchkreis für Besinnung und Aufbau GmbH
Seeheim

1971
Sonderausgabe des Verlags Buchkreis für Besinnung und Aufbau Seeheim
© Nationalverlag Hannover
ISBN 3 920 722 051
Gesamtherstellung der Grundauflage:
Kölle-Druck · 4994 Preuß. Oldendorf
Gesamtherstellung der Sonderausgabe:
Druckerei Lokay · 6107 Reinheim/Odw.

INHALT

1. Die vor Bismarck von der Geschichte aufgetürmte Aufgabe 8

2. Bismarcks Eintritt in die deutsche Geschichte 21

3. Von 1847 bis zum 18. Januar 1871 24

4. Nach 1871 59

a) Die Innenpolitik 1871—1890 61

Der „Kulturkampf" 63

Die staatssozialistische Revolution der 80er Jahre . . 68

b) Bismarcks Außenpolitik 1871—1890 78

Einige Literaturhinweise 91

In diesen Monaten vor 100 Jahren empfand das gesamte deutsche Volk mit nur wenigen Ausnahmen nicht anders, als daß endlich nach vielen Ansätzen und Versuchen wie durch ein Geschenk ein Traum in Erfüllung gegangen sei: Der Traum der deutschen Einigung, der Wiedererrichtung des deutschen Reiches. Allerdings als ein mit bewußtem und großem Einsatz und Opfer des ganzen Volkes durch Nord und Süd, durch alle Stände, ob Fürsten, Bürger, Bauern oder Arbeiter, und durch alle Parteien ermöglichtes Geschenk.

Beinah keiner unter diesen vielen Millionen hätte 1871 gedacht, daß im Jahre 1971 dieses Geschehens nur in vom Haß verfolgten kleinen, beinah geheimen Veranstaltungen ehrend gedacht werden könnte, oder daß, wenn von regierender und öffentlicher Meinungsseite, so nur in tadelnder Minderung bis hin zum Bedauern.

Auf gar keinen Fall hätte die überwältigende, und also demokratische, Mehrheit im deutschen Volk gedacht, daß der oberste Repräsentant des durch furchtbare Stürme trotzdem bestehen gebliebenen Kerns des damals Geschaffenen, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, am Vorabend des 18. Januar 1971, über alle Rundfunk- und Fernsehanstalten dieser Tat nur in einer durchgehenden Abwertung gegenüber Reichsgründung und Reichsgründer gedenken würde. In einer Abwertung, nur ermöglicht entweder durch einen solchen Mangel an geschichtlichem Wissen und einer solchen Unfähigkeit geschichtlichen Urteils oder durch einen solchen Willen willkürlicher Manipulation der geschichtlichen Tatsachen, daß in ganzer Trostlosigkeit hervortrat, in welchem Umfang die Umerziehung der Deutschen um sich gegriffen hat: bis in die Spitze hinauf und bis zur freiwilligen Weiterumerziehung der Deutschen von der Spitze aus hinunter.

Ein Volk jedoch ohne echte Kenntnisse in seiner Geschichte ist ein verarmtes und vor allem ein politisch gefährdetes Volk. Denn ein Volk ohne Geschichtsbewußtsein von sich und den anderen ist in der Gefahr, ohne Gewicht und beinah steuerlos in der Brandung der wogenden Kräfte der Weltpolitik zu treiben. Es treibt, selbst willen- und schwerelos, durch fremde unterirdische Strömungen

erfaßt auf ihr hin und her. Und es muß zerschellen, wenn selbst seine Führung und sein Präsident mangels Geschichtsbewußtseins oder mit verstelltem Kompaß ohne die Fähigkeit der Ortung sind.

Denn zur Ortung im politischen Leben nach *vorne* gehört auch die gekonnte Bezugnahme auf die Festpunkte *zurück*. Der Zeitraum lediglich eigener persönlicher Erfahrung ist für die Sicherung der Bestimmung des Weges eines Volkes nach vorne zu kurz.

Deshalb sei hier von Bismarck gesprochen, nicht, um in der Erarbeitung des politischen Vorwärts eine Pause ausruhenden Gedenkens einzuschieben; auch nicht, um aus Gerechtigkeit und Pflicht gegenüber den künstlich verkümmerten Gedenkfeiern an das Gewesene durch ein wirkliches und feierliches Gedenken einen Ausgleich zu schaffen: sondern, um die durch die Jahrhundertzahl ermöglichte Rückbesinnung auf Bismarck und die Reichsgründung mit vollem Bewußtsein als ratgebende Kraft mitten hinein in die heißen Überlegungen der politischen Aufgabe die vor uns und vor Deutschland steht, zu stellen.

Denn drei Elemente der Politik, die vor uns steht, sind genau dieselben, wie sie vor Bismarck standen.

Diese sind:

Das Zerstörtsein der deutschen Einheit;
die geopolitische Lage Deutschlands in der Mitte Europas, umgeben von staatlich voll geeinten Völkern und
der schwierige und zerklüftete Charaker des Deutschen, in dem neben der Treue die Untreue, neben der Hingabe für das Ganze und das Große die fanatische Überspitzung eines Teilgedankens, neben dem Einstehen für das eigene Deutsche die Neigung zur Weggabe an das — rundum andrängende — Fremde bis zur Vernichtung des Eigenen, ja bis zum Landesverrat tief eingegraben ist.

1. Die vor Bismarck von der Geschichte aufgetürmte Aufgabe

Wenn zu Anfang gesagt worden ist, daß am 18. Januar vor 100 Jahren, von wenigen Außenseitern abgesehen, niemand im deutschen Volke gedacht hätte, daß am hundertsten Jahrestag des endlich Erzielten in einer dieses so bedrohenden Lage in einer solch absprechenden Weise gedacht würde, so muß *einer* davon

ausgenommen werden. Und zwar kein Außenseiter sondern: der, der das Werk eigentlich geleistet hatte, Bismarck selbst. Denn hinter ihm stand unmittelbar noch die Mühe und Schwierigkeit, die dazu notwendig gewesen war, und ebenso das Wissen um die sofortige und um die dauernde Bedrohtheit des Erreichten durch die drei genannten Elemente.

Denn: was Bismarck vor 100 Jahren soeben hinter sich gebracht hatte, war dasselbe, was wir wieder vor uns haben: Er gründete nicht die deutsche Einheit, noch das deutsche Reich: er errichtete beides wieder. Das ist sowohl politisch wie historisch für Geschichtsbewußtsein und politisches Bewußtsein und dessen Aufgabe wichtig. Denn das ganze Gerede von unserem Volk als der „jüngsten", als der „zu spät gekommenen" Nation in Europa ist falsch und fehlführend.

Das deutsche Volk ist mit dem französischen das älteste des Europa nach der Völkerwanderung. Mit dem französischen aus ihr hervorgegangen um 700. Es verfügte über seine politisch staatliche Einheit schon rund 900.

Und es hat auf dieser Einheit, auf seiner Volkskraft und der politischen Kraft seines Königtums und damit seiner Könige und Kaiser und aus der Wahrnehmung der Aufgabe seiner Lage in der Mitte Europas über 3½ entscheidende Jahrhunderte die Sicherung und das Hervorwachsen Europas getragen.

Die Auflösung dieser seiner staatlichen und sodann volkhaften Einheit, und aus beidem seiner politischen Kraft, war ein Vorgang, der ab 1250 über Jahrhunderte bis 1648 und schließlich bis 1806 gedauert hat.

Es war ein Vorgang, der langsam um sich fraß und schließlich die verschiedenen Stränge — den des Eigenbewußtseins, den seines staatlichen Ausdruckes und den der kontinentalpolitischen Lage — um so verwirrender in sich umschlang.

Wer die Leistung Bismarcks erfassen und in ihren Einzelheiten verstehen und das heißt werten will, muß diesen jahrhundertelangen Vorgang vor sich wachrufen.

Denn Bismarck ist eine Gestalt der gesamten deutschen Geschichte, nicht nur des 19. Jahrhunderts; und die Leistung des 19. Jahrhunderts und darin die Bismarcks ist eine Leistung für die gesamte deutsche Geschichte.

Denn was in ihr vorgenommen wurde und ohne Bismarcks Tiefsicht, formende Kraft und Kunst *nicht* hätte vorgenommen werden

können, war die Rückverwandlung dieses langen Niedergangs, war die Entwirrung dieser Verwirrung, war die Wiederzusammenführung und Befreiung des Bleibenden und Seinsollenden, jedoch nicht zurück in eine alte Form, sondern in eine neue, lebensgerechte, in die Gegenwart hinein und nach vorn.

Da wir hier bewußt der geschichtlichen Gesamtleistung Bismarcks uns zuwenden wollen, muß ich Sie bitten, zunächst in einigen symbolischen Höhepunkten diesen Gang des *Niedergangs* deutscher Einheit durchzugehen. Ohne Ungeduld; denn wie eben gesagt: es ist schon darin von Bismarck die Rede und von unserem Volk im 19. Jahrhundert, da von da aus und nicht erst von 1806 oder 1848 die geschichtliche Anfrage an Bismarck und das deutsche Volk des 19. Jahrhunderts sich anhäufte.

Wer diese Anhäufung, Verwirrung und die von Bismarck geleistete Entwirrung verstehen will, muß wissen:

Die Auflösung des großen mittelalterlichen deutschen Staates begann nicht von außen her; sondern von innen. Sie begann nicht vom Schwert her, sondern vom sich zerspaltenden Geist im deutschen Volk. Sie begann damit, daß die große Zusammengefaßtheit, die die Grundlage und Aufgabe der deutschen mittelalterlichen europäischen Ordnung zugleich war: die innere Verantwortungszuordnung von Reich und Kirche in ihrer obersten Wahrnehmung durch Reich und Kaisertum in der Theorie und Gesinnung gespalten und verkehrt wurde hin zu der Forderung nach der Stellung des Papstes über dem Kaiser.

Wer die politischen Probleme bis in das 19. Jahrhundert verstehen will, muß weiter wissen: daß dieser Kampf – in vielen steigenden und fallenden Etappen – ungünstig entschieden wurde aus der Verbindung dieser durch das deutsche Volk hindurchgehenden geistigen Spaltung mit der Neigung zum Partikularismus und zur innerdeutschen Untreue der Teilmächte. Die Verweigerung des Heeresgefolges durch Heinrich den Löwen, die 1176 zur vorentscheidenden Niederlage im Kampf zwischen Kaiser und Papst führte, erfolgte nicht aus dem Streit um einen zentraleren inneren Reichsaufbau oder eine größere Ostpolitik, sondern aus reinem Partikularismus des Welfen gegenüber Barbarossa. Sie brachte noch nicht den endgültigen Fall, aber sie wurde mit dem über die Jahrhunderte – bis über 1870 – von da aus sich eingrabenden Parolen hie Welf, hie Waiblinger, mit tiefem Sinn zum Symbol der Zerteilung.

Wer die politischen Folgen bis zum 19. Jahrhundert und weit darüber hinaus wägen will, der darf fernerhin nicht vergessen: Während das deutsche Volk so gespalten sich geistig und staatlich gegeneinander wandte, erwuchsen rings um es die anderen Völker stärker und stärker zu staatlich geeinten Mächten, und zwar zu nun *gegen* die Mitte und damit gegen das deutsche Volk und nationalpartikularistisch gegen Europa als Reich sich wendenden Mächten.

Er muß weiter vor sich aufstehen lassen: Mit der *Reformation* erhob sich aus den eigentlichen geistigen Grundlagen und den großen und eigentlichen geistigen und politischen Anliegen Europas aus dem *deutschen* Geist nochmals ein großer Beitragsversuch voll europäischer Bedeutung. Doch in Deutschland selbst führte er geistig und politisch zu einer Steigerung der Spaltung. Denn die in sich aus territorialem Egoismus uneinigen, in der kaiserlichen Spitze Karls V. bereits verfremdeten politischen Organe waren nicht mehr imstande, diesen mächtigen und fruchtbaren Strom in seiner Kraft zu erfassen und in eine Form zu gestalten.

Die nächste Folge faßte dies alles zusammen: Aus der Erstarrung nicht nur der Fronten sondern auch des hinter ihnen stehenden Geistes tritt die Geteiltheit Deutschlands 1618 zum totalen Bürgerkrieg in verstaatlichter Form an. Die Wirkung: der volle Einbruch der Mächte ringsum nicht nur in die Grenzgestaltung Deutschlands, sondern in die innere Gestaltung der deutschen verfassungsmäßigen Verhältnisse. Nach einem *30jährigen Krieg* werden die Bedingungen des Friedensschlusses nicht mehr allein von den streitenden Deutschen untereinander bestimmt, sondern von den auswärtigen Mächten. Die innere deutsche Streitfrage wird in Zusammenfassung der ständig aufsteigenden französischen Politik durch Richelieu zum Hebel der nicht nur politischen und kriegerischen, sondern internationalen *völkerrechtlichen Zerschlagung der deutschen staatlichen Einheit und damit der Mitte Europas.* Niedergelegt in den beiden Hauptergebnissen des Friedensschlusses von 1648: An den Grenzen: Frankreich erlangt die bisher österreichischen Hoheitsrechte im Elsaß, das Besatzungsrecht in Philippsburg, die Entmilitarisierung des Oberrheins, die Besitzbestätigung von Metz und Verdun, also den Vormarsch zum Rhein; Schweden erhält Vorpommern mit Stettin und der Odermündung, Wismar, die Herzotümer Bremen und Verden, und das heißt: zur Odermündung die Elbe- und Wesermündung; die Nie-

derlande (und damit auch die letzte der großen Strommündungen, die Rheinmündung) werden als souverän vom Reich losgelöst; ebenso die Schweiz. Und von dieser Randabschneidung in das Innere: *Die deutschen Territorialstaaten erhalten gegenüber dem Reich die volle staatliche Souveränität,* daß heißt – und das ist das Ziel – *das Bündnisrecht mit außerdeutschen Staaten.* Das Reich als Staat besteht nicht mehr, es ist nur noch ein Titel. Der Träger dieses Titels, das Haus Habsburg, verfügt im Grunde über keinen Einfluß im Reichsgebiet mehr. Die Folge: Seine Interessen, gestützt auf Deutsch-Österreich, wenden sich nicht mehr im Reichssinn, sondern im eigenstaatlichen Sinne ganz nach Südosten. Dies und das weitere französische Einkreisungsbündnis mit den Türken führt nachfolgend weit über 1648 hinaus dazu, daß 1681 der Kaiser die widerrechtlich und wider ihren Willen von Ludwig XIV. besetzte Freie Reichsstadt Straßburg und damit das Elsaß insgesamt dem weiteren französischen Vormarsch zum Rhein kampflos überläßt und in der Folge die in den Raubkriegen Ludwig XIV. 1688–1697 vorgenommene ungeheuerliche Verwüstung und Verbrennung der gesamten Pfalz nicht zu verhindern vermag.

Weiter: In *dieses* deutsche staatliche und geistige Trümmerfeld trifft die nunmehr vom *französischen* Geist ausgehende geistige Woge, die zwischen 1650 und 1800 Europa beherrscht, die Woge des *Rationalismus,* der Entwertung und Auslöschung irrationaler Verbundenheit und gefühlsmäßiger Verbindungen mit dem Grunde.

Diese Weltanschauung hat eine tief eingreifende Wirkung auf das Bild vom *Staat* und auf das Bild vom *Menschen.*

Auf den *Staat* angewandt führt sie zur völligen Verselbständigung des Staates und des Staatlichen als eines Wesens in sich mit eigener, nur sich und niemand sonst dienender Staatsräson (Staatsvernunft), der allein die staatliche Politik zu folgen hat. In einer merkwürdigen Verbindung führt dies zunächst, insbesondere in Frankreich und von Frankreich aus, zur Gleichsetzung von Staat und Fürst und so von Staatsabsolutismus und Fürstenabsolutismus. Gipfelpunkt Ludwig XIV.: Der Staat bin ich. Da aber durch den bis dahin vollzogenen Entwicklungsgang der französischen Geschichte französischer Staat und französische Nation sich in voller Deckung befinden, ist die Politik dieses absolutistischen französischen Königtums trotz aller Personenbezogenheit zugleich französische Politik, und zwar französische Vergrößerungs-

politik. Die Raubkriege wurden eben erwähnt. Sie fanden die volle Unterstützung der politisch und militärisch tragenden Schichten des französischen Volkes.

Wo aber wie in Deutschland durch die staatliche Zersplitterung in Territorien keinerlei Deckung zwischen Staat und Nation mehr vorhanden war, führt diese Staatsloslösung und dieser Fürstenabsolutismus zur weiteren Tötung jeder auf die Nation bezogenen Politik und jedes auf die Nation bezogenen politischen Denkens des Staatseinwohners, ob Adel, Bürger, Bauer, Wissenschaftler oder Beamter.

Nur an *einem* Ort in Deutschland vollzieht sich innerhalb der absolutistischen Staatsauffassung eine eigene deutsche umbildende Sonderleistung, die sich tief in die Grundlagen des späteren großen Umdenkens und der Möglichkeit, ihr politische Gestaltungskraft zu geben, einsenkt: in Brandenburg-Preußen. Sie vollzieht sich dort, wo die Ansätze älterer Auffassung über den großen Kurfürsten und die Pflichtauffassung Friedrich Wilhelms I. in Friedrich dem Großen prägend fortwirkend, seinem Genie und Charakter die Kraft geben, den absolutistischen Staatsgedanken in *umgekehrter* Richtung zu entwickeln: von der *Selbst*zweckhaftigkeit zur *Dienst*verpflichtung. Zur Dienstverpflichtung seinem Staatsvolk und seinem geschichtlichen Staatssinn gegenüber. Daraus die Wandlung des Königs selbst vom Besitzer zum ersten Diener dieses sinngebundenen Staates und damit nicht nur die Wandlung des Königs: sondern aller Staatsbürger, insonderheit die Wandlung des Offiziers und Beamten, doch ebenso des Bürgers und Bauern.

Zurück zum Allgemeinen: Die andere Wirkung dieser rationalistischen Weltanschauung, die für das Bild vom *Menschen,* bricht in der *großen französischen Revolution von 1789* mit Urgewalt durch. Wie in diesem Denken zunächst der Staat ein von allen Bindungen losgelöstes Ding an sich geworden war, wird nunmehr der Mensch als ein von allem freier, unabhängiger, auto-nomer, d. h. sich selbst seine Gesetze gebender, und im Wesen untereinander völlig gleicher zu erkennen versucht. Die politische Folge: a) Der Staat ist nicht Besitz des *Fürsten,* sondern Besitz der *Menschen.* b) Er ist überhaupt keine Größe von sich aus und an sich. Er ist nicht nur Besitz aller seiner Menschen, sondern er wird durch sie erst gebildet. Denn er entspringt lediglich der rationalen Nützlichkeitserwägung irgendeiner *sich* zusammenfassenden

Menge von Individuen. Er entsteht durch ihren „Gesellschaftsvertrag". Er hat somit keine Souveränität sondern über ihm steht die „Volkssouveränität". Doch auch das Volk ist hier rational verstanden ebenfalls nicht eine dem und den Menschen als Geburtsvoraussetzung übergeordnete Größe, sondern nichts als die Menge dieser, einen Gesellschaftsvertrag schließenden Individuen. Zur Nation gehört, wer aus freiem Entschluß zu ihr gehören will. Der Ausdruck der grundlegenden Autonomie des Individuums und des Staates nur als Gesellschaftsvertrag ist für das politische Leben die Demokratie. Demokratie verstanden als die Angewiesenheit aller Gesellschaftsbeschlüsse auf die Abstimmung und die Mehrheit.

Wieder der Wirkungsgegensatz: In der seit drei Jahrhunderten zu geschlossener politischer, staatlicher und nationaler Aktivität geeinten französischen Nation empfinden sich diese theoretisch und rational von allem freien Individuen trotzdem ungestört, ja gesteigert als Franzosen, und empfinden den nunmehr von ihnen unmittelbar getragenen Staat als den Auftragsstaat der französischen Gesellschafts-Nation und des Franzosentums zur Durchsetzung dieses ihres neuen Gedankens: dieser Revolution des autonomen Individualismus gegen die bisherige Ordnung. Wobei sich wieder unmittelbar unlogisch und irrational Theorie und gegensätzliches Handeln verbinden. Das Recht zur Einmischung in die anderen Staaten und Völker wird abgeleitet aus der Theorie der Gleichheit der Menschen, die Folge der Gleichsetzung von Ausdehnung dieser Idee und Ausdehnung französischer Herrschaft aus der Gleichsetzung von französischer Leistung und Menschheitsleistung und von französischer Revolutionsnation und allgemeiner Menschengesellschaft.

So die unmittelbare irrationale Wirkung in Frankreich.

In dem in lauter absolutistische Staaten und Stätchen zerrissenen *deutschen* Volk mit dem dadurch ertöteten Bewußtsein notwendiger nationaler Gesamtheit führte dieser Gedanke jedoch die Mehrheit derer, die von ihm ergriffen wurden, lediglich zur Wendung gegen den absolutistischen Staat in die reine Freiheit des Individuums und seiner Gesellschaft hinein. Das aber hieß für die politische Wirkung: in die Öffnung gegenüber dem Ansturm der erneuten französischen Ausdehnungs- und Hegemoniepolitik.

Und nachdem die auf der Autonomie der Individuen beruhende Demokratie in Frankreich im Namen der reinen Vernunftauslegung

von der Demokratie zur Diktatur bald der einen, bald der anderen Gruppe und fern jeder verkündeten Menschenrechte zur blutigen Ausrottung bald der einen, bald der anderen geführt hat, wird wie in Frankreich in diesen Kreisen Deutschlands Napoleon als der große Bewältiger der Revolution unter Bewahrung ihrer Hauptgedanken angesehen. Ohne dabei Rücksicht zu nehmen darauf, daß von den Ideen der Revolution nur noch geblieben war die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freizügigkeit, eine große, rationale Verwaltung, von der Demokratie jedoch nur noch ein Schein.

Die Folge: Dem Scheinmessianismus der französischen Revolution, in den Napoleon den von Ludwig XIV. vorgebildeten Imperialismus zusammenfaßt, steht in Deutschland keine nennenswerte Kraft gegenüber. 1806 bricht auch das nachfriederizianische Preußen zusammen. Ein Mann wie Hegel sieht in Jena in Napoleon „den Weltgeist in einem Punkt konzentriert" einreiten. 1805/06/10 gelingt Napoleon und damit Frankreich die Krönung des 1648 begonnenen: „Unter seinem Diktat wird mit Zustimmung des deutschen Kaisers und der deutschen Fürsten der letzte juristische Rest des deutschen Reiches aufgelöst" (Feine). Und nicht nur das: Frankreich ragt durch die Abtretung aller preußischen Gebiete westlich der Elbe und ihrer Verwandlung in Staaten der Napoleoniden, ferner durch die Einverleibung der Gebiete von Münster, Oldenburg und Bremen unmittelbar in den französischen Staat, sowie durch die Gewinnung und Erzwingung des Zusammenschlusses beinah der gesamten, eben seit 1648 souveränen deutschen Mittelstaaten zum sogenannten Rheinbund unter französischem Protektorat *noch* weiter nach Osten (bis zur Neiße!) nach Deutschland hinein, als heute Sowjetrußland mit Polen und sowjetischer Besatzungszone umgekehrt nach Westen. Der verbliebene preußische Staat gerät durch das Bündnis mit Napoleon 1812 in die Gefahr, in zeitgemäßer Verschiedenheit, die Rolle Brandts, Scheels und Wehners von heute zu übernehmen, nur in der umgekehrten Richtung – und nicht so freiwillig.

Jedoch der von Kleist schon 1811 als sicher erwartete und im Grad der Verzweiflung mit dem Freitod bestätigte Untergang findet nicht statt. Im Gegenteil: *In höchster Gefahr erstehen zwei Kräfte, die die Wendung bringen.*

Die erste, nur äußere, ist Rußland. Mit der imperialistischen Einbeziehung der deutschen Splitterwelt in die französische Oberherrschaft ist der 1648 geschaffene internationale Grundsatz der

Randmächte Europas zum ersten Mal aufgehoben. Der Grundsatz des Schutzes dieser Mächte voreinander durch das dazwischen liegende Trümmerfeld der Mitte, das staatliche und politische Trümmerfeld des deutschen Volkes. Nunmehr wurde deutlich: Die Macht, die diese Mitte, wenn sie willenlos ist, ihrem imperialistischen System einverleibt oder unter ihren politischen Willen bringt, *bedroht jede andere europäische Macht mit ihrer Hegemonie.* Damals war die bedrohte die russische Macht. Heute, in der umgekehrten Richtung, ist es die französische, englische, amerikanische, kurz die Freiheit und das Wesen des Westens. Aus dieser Überlegung steht Rußland 1812 mit aller Kraft gegen den Angriff Napoleons auf.

Die zweite und eigentliche, die innere Kraft zur vollen Wendung kam aber durch die deutsche geistige und politische Revolution von 1798/1815.

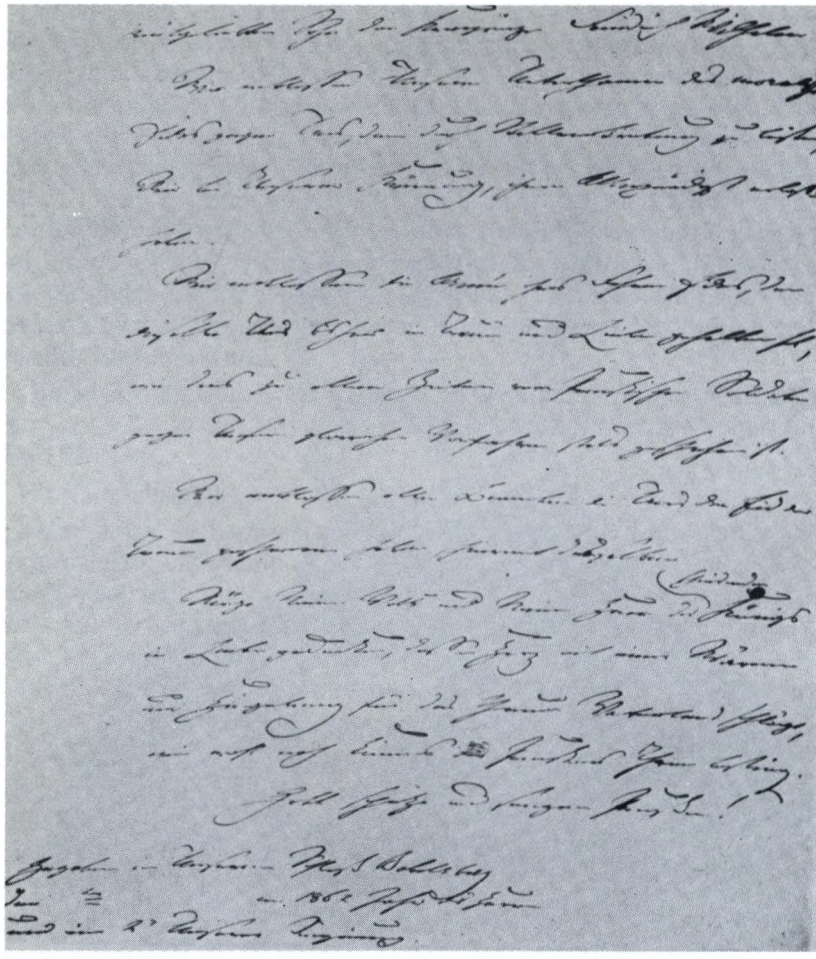
Worin bestand sie?

Auch diese deutsche Revolution wandte sich auf das schärfste gegen den absolutistischen Staat und seine geistige und politische Gesellschaftsauffassung und also Gesellschaftsordnung. Jedoch ebenso entschieden gegen die französische Revolution und ihre „Freiheit". Nicht aus Freiheitsgegnerschaft. Auch sie kämpfte für die Befreiung des Menschen. *Jedoch in einem anderen Sinn:*

Die französische Revolution hatte in Kehrtwendung jenes selben rein rationalen Fühlens und Denkens gegen den absolutistischen Staat nunmehr die Autonomie des Individuums, das Sichselbst-Gesetz-geben jedes einzelnen Menschen zum Ausgangspunkt aller politischen Folgerungen gemacht. Sie mußte – theoretisch – mit dieser grundlegenden Atomisierung alle politischen Größen auflösen. Nicht nur den absolutistischen Staat, sondern den Staat überhaupt sowie Volk, Volkstum als solches. Dies alles waren für dieses Denken keine Größen an sich, sondern freie und beliebige Bildungen der Menschen, ihr Begriff der Demokratie wurde der der vollen Souveränität der Menge autonomer Individuen.

In der *deutschen* Revolution war aus einer völlig anderen Denkweise, der organischen, in Schelling, Novalis, Stein, Arndt, Gneisenau, Schlegel, Scharnhorst, Caspar David Friedrich, Görres und vielen, vielen weiteren, eine grundsätzlich andere Erkenntnis aufgebrochen: Auch die deutsche Revolution war durch sie eine Re-

Bismarck 1859, also unmittelbar vor der Übernahme der Verantwortung für den Gang der deutschen Geschichte. Nach einer Fotografie von Elise Wolff.



Die Schlußsätze des Entwurfs der Abdankungsurkunde König Wilhelms vom 18. 9. 1862, jener Abdankung, die durch Bismarck verhindert wurde.

Nachstehend der vollständige Text der Urkunde:
„Wir legen demnach hiermit die Krone Unseres Königreiches nieder und übertragen dieselbe auf Unseren vielgeliebten Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm.
Wir entlassen Unsere Untertanen des moralischen Eides gegen Uns, den durch Stellvertretung zu leisten Wir bei Unserer Krönung ihnen Allergnädigst erlassen haben.
Wir entlassen die Armee ihres Fahneneides, den dieselbe Uns bisher in Treue und Liebe gehalten hat, wie dies zu allen Zeiten von Preußischen Soldaten gegen Unsere glorreichen Vorfahren stets geschehen ist.
Wir entlassen alle Beamten, die Uns den Eid der Treue geschworen haben, hiermit desselben. Möge Mein Volk und Mein Heer des scheidenden Königs in Liebe gedenken, dessen Herz mit einer Wärme und Hingebung für das teure Vaterland schlägt, wie wohl noch keines Preußens Thron bestieg.
Gott schütze und segne Preußen!"
Dem Schriftstück fehlte noch die Unterschrift. Das Datum blieb offen: „Gegeben in Unserem Schloß Babelsberg, den . . . . . ten . . . . . im 1862ten Jahr des Herrn und im 2ten Unserer Regierung." –

volution zur Befreiung des Menschen. Aber nicht deshalb, weil und damit der Mensch sich endlich *selbst* seine Gesetze geben könne als ein autonomer. Sondern damit er endlich wieder als ein frei *Verantwortlicher* mit eigenem Einsatz und in eigener Mitwirkung in die Pflichten und Gesetze eintreten kann, in denen er vom Leben aus steht. Denn diese Revolution des organischen gegen das rationale Denken hatte erkannt, daß die Verlebendigung und Sicherung des einzelmenschlichen Sicherfüllens nicht beruht auf der Atomisierung und *Auflösung,* sondern auf der Lebens*erhaltung* eines von den Strukturen des Seins her gegebenen Lebens*kreises.* Im politischen Bereich bilden für diese Erkenntnis diesen Lebenskreis Mensch, Volk, Volkstum und Staat. Ohne diese Größen in der richtigen lebendigen Zuordnung ist der Einzelmensch nicht zur vollen eigenen Verlebendigung fähig; ohne die frei bejahte verantwortliche Trägerschaft dieses Kreislaufs vom Menschen aus ist umgekehrt dieser Lebenskreis nicht lebensfähig. Somit war erkannt worden: Sowohl der absolutistische Staat wie die Revolution des autonomen Individualismus und *ihre* Demokratieauffassung zerstören diesen Lebenskreis und damit, entgegen ihrer Behauptung, die Lebensmöglichkeit des einzelnen Menschen. Als das Ziel der deutschen Revolution ergab sich: Die neue lebendige Zusammenführung der aufeinander bezogenen Elemente, die der Niedergang der deutschen Geschichte und sodann das rationale Denken in absolutistischer wie individualistischer Form voneinander abgespalten hatten. Dazu schien jetzt dreierlei nötig: die entscheidende Öffnung des Staates für die verantwortliche Mitwirkung seiner Menschen; die politische Einheit des deutschen Volkes; die Emporhebung des deutschen Menschen in die Erkenntnis und Erfüllungsmöglichkeit seiner freien sittlichen politischen Verantwortlichkeit.

Nochmals, denn dies bleibt über das Jahrhundert geschichtlich wichtig und für das Verstehen Bismarcks hinsichtlich der „Revolution" entscheidend: Es ist somit das Wesen der deutschen Revolution, daß sie sich zugleich gegen zwei Seiten wandte, gegen das Alte und gegen die individualistische atomisierende französische Revolution, sei es in Gestalt des Jakobinertums, sei es in der des Napoleonismus.

Aus der Klarheit, der Kraft und der Leidenschaft, die *diese* Erkenntnis gab, erfolgte 1806/7, unmittelbar nach dem Zusammenbruch Preußens, die große innere Revolutionierung Preußens un-

ter dem Freiherrn vom Stein. Unter ihm selbst die große Befreiung der Bürger und Bauern in Städteordnung und Bauernbefreiung. Nicht, um beliebig und etwa beliebig fortziehend „frei" zu sein: sondern um verantwortlich mit geweckter und geforderter eigener Kraft im Volk und im Staat zu Volk, Volkstum und Staat zu stehen — und damit sich zur vollen Erfüllung und Verlebendigung des eigenen individuellen Menschseins zu erheben. Aus derselben Einstellung erfolgte unter Scharnhorst und Gneisenau sofort nach 1806 die völlige Umgestaltung des Heeres zur sittlichen Freiheit des Soldaten *wie* zur Soldatenpflicht aller. Und es erfolgte unter Humboldt mit Fichte, Schleiermacher, Schelling, Steffens mitten in der Not die Gründung der Universität Berlin, und damit die Befreiung des deutschen wissenschaftlichen Lebens zu vorbildhafter auslösender Kraft.

Damit war aus dieser revolutionären deutschen geistigen Bewegung zum ersten Mal seit Jahrhunderten endlich die geistige, willentliche und politische Kraft zur Umwendung der jahrhundertelangen Auflösung der deutschen Einheit, zur echten deutschen Re-volution erstanden. Und 1812/13 die Kraft, nicht nur aus machtpolitischen Erwägungen wie Rußland, sondern von innen her, in Deutschland und aus Deutschland heraus sich gegen die überwältigende Übermacht Napoleons und des französischen Anspruchs zu erheben. Es entstand die Kraft, sich insbesondere mit dem preußischen Staat, der durch jene Leistung Friedrichs des Großen bereits als solcher auf den Dienst an Höherem angelegt war, dies weiterbildend, zu verbinden.

Und: trotz mangelnder Bewaffnung, trotz mangelnden Schuhwerks, trotz größter Opfer: zu siegen.

Aber in einem Punkt hat auch der frühere Geschichtsunterricht versagt. Er betonte uns zu wenig, daß diese deutsche Revolution in Deutschland letztlich doch noch erst von einer Minderheit getragen wurde. Einer mitreißenden Minderheit im *Kriege.*

Aber einer besiegten Minderheit in der Gestaltung des *Friedens.* Die preußisch-deutschen Soldaten, die Lützower Freiwilligen, Friesen, Stein, Scharnhorst, Fichte, Gneisenau . . . waren aufgestanden, um über der Besiegung Napoleons Deutschlands Einheit wieder zu schaffen. Aber: sie waren zwar die vorwärtsreißenden, die eigentlich wendenden Träger des Krieges und des Sieges gewesen—, doch sie waren nicht allein: Rußland, England, neben dem geistig erfaßten preußischen Staat der nicht erfaßte

habsburgische Staat waren notwendige Bundesgenossen dieses Koalitionskrieges gewesen.

Die Folge: Die sogenannte „Friedensordnung" des Wiener Kongresses von 1815 wurde nicht viel anders als bei dem Kongreß von 1648 auch in den innerdeutschen Angelegenheiten nicht von den Deutschen allein, sondern von den anderen Mächten mitbestimmt. Und zwar durchaus wieder nach dem Prinzip von 1648: die Mitte Europas und damit das deutsche Volk und seine staatliche Form geteilt zu erhalten; geteilt um, durch Pufferzonen untereinander getrennt, im sogenannten „europäischen Gleichgewicht" den eigenen Interessen, und keinesfalls Europa nachgehen zu können. Das zwei Jahrzehnte hindurch wegen der Zerstörung dieser Ordnung Europas von allen bekämpfte und soeben endlich geschlagene Frankreich wurde von England und Rußland, vom alten Österreich unter Metternich als in dieser Richtung voll mitbestimmender Faktor in den Kongreß hineingenommen. Das ausgeblutete und nach 25 Jahren der Kriege völlig verarmte Preußen aber wurde wegen der von Stein über Wilhelm von Humboldt versuchten Vertretung von Forderungen, die der deutschen Einheit näher kamen, von seinen Bundesgenossen von gestern mit Krieg bedroht. Das Ergebnis: *Erneut die Errichtung eines nur lockeren deutschen Staatenbundes souveräner Staaten und nicht einmal eines Bundesstaates.* Dieser deutsche Bund zudem nicht nur eine Angelegenheit der Deutschen oder der deutschen Staaten, sondern als Gegenstand des „Ordnungs"willens der Mächte ringsum gerade in seiner Lockerheit *völkerrechtlich* festgehaltener Bestandteil der Kongreßakte. Trotz allen Aufstandes und Opfers: „Die Gegenkräfte gegen das volklich-deutsche Neuerungsstreben hatten europäischen Halt und europäisches Symbol gewonnen" (Srbik).

Die naturnotwendige Folge: Dieser Restauration des Alten in bezug auf das Mißlingen der Einheit mußte die Wiederherstellung des Alten im Inneren der Teilstaaten entsprechen, das heißt: die mehr oder weniger scharfe Wiedereinführung des Absolutismus. Wie sollten sich sonst diese erzwungenen Splitter gegen den Willen und den Geist der Revolution von 1798/1815 halten?

Die tief einschneidende Folge, die für die erneut sich auftürmende Aufgabe gewußt werden muß: Es findet eine die Herbeiführung der deutschen Einheit schwer belastende neue Verstrikkung statt. Die Vereinigung der beiden gegensätzlichen Revolu-

tionen: der rationalen, individualistischen französischen mit der organisch freiheitlich nationalen deutschen. Denn beiden Überlegungen steht jetzt zunächst derselbe Gegner entgegen: diese Staaten der Restauration. Somit: Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1812/15 vermengen sich insbesondere in der jungen Generation – an der Spitze in einem Teil der Burschenschaft – zu gemeinsamem Stoß. Es bildet sich die national-liberale Bewegung. Da sich aber damit zwei Vorstellungen, deren eigentliche Ursachen und Folgerungen unvereinbar sind, verbinden, entsteht notwendig Unklarheit über das, was über den ersten, die Reaktion stürzenden Stoß hinaus erreicht werden soll. Unklarheit ist aber für eine politische Bewegung gleichbedeutend entweder mit Ohnmacht oder irrealem, politisch unmöglichem Streben dann, wenn die entscheidende Phase heranbricht.

Dies gewinnt erste Wirkung 1848. Der große, begeisterte, in seinem nationalen Einigungsziel beinah das ganze Volk bewegende Stoß von 1848 zerschellt. Er zerschellt unmittelbar nach dem Sieg, er zerschellt an der Unklarheit, wie eine großdeutsche Lösung zu erreichen sei, denn Österreich lehnt diese ab; er zerschellt sodann an der Unfähigkeit, die notwendige innere Verbindung von Idee und konkreter Macht zu sehen und herzustellen. Der Versuch, anstelle Österreichs für die nunmehr kleindeutsche Lösung das preußische Königtum und damit die Kraft Preußen zu gewinnen, mußte in sich ein unmöglicher sein dadurch, daß die Art des Angebots der Krone an den König eben dem preußischen Königtum und damit Preußen die Grundlage seines Seins und Wirkungsvermögens entzogen hätte. Er zerschellt schließlich an dem völligen Irrtum der kleinen linken Minderheit (Heinemanns „Rastatt"), daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine „westliche" individual-demokratische Verfassung als eine dem deutschen Volk entsprechende Verfassung ansehen oder sich gar mit Waffengewalt aufzwingen ließe.

Die Bewegung scheiterte außerdem an der völligen Unterschätzung der deutschen Lage in der Mitte und des seit 1648 Brauch gewordenen, 1815 erneut bestätigten Willens der Mächte ringsum, die *Zerspaltenheit* der Mitte und damit Deutschlands als eine Grundlage der *eigenen* Politik anzusehen. Rußland hatte Österreich durch militärischen Beistand gegen die Revolution die Kraft zur Ablehnung des großdeutschen Gedankens gegeben. England ließ nicht einmal die Ablösung Schleswig-Holsteins von Däne-

mark zu. Der Feldzug der Nation dafür mußte 1849 kläglich aufgegeben werden.

So zerschellte die Bewegung schließlich in ihre widersprechenden Elemente: in jene Mehrheit, die die Verbindung von Volk und Staat sinnvoll, weil beide Erscheinungsformen in deutschem Kaiser und deutschem Reichstag institutionell zum Ausdruck bringend und verbindend, in der konstitutionellen Verfassung sah, und jene kleine Minderheit, die vorwiegend die westliche Demokratie und die Vernichtung der deutschen Teilstaaten wünschte, und jene große Zahl, die im Grunde überhaupt im Alten lebte.

Als dann Preußen den Versuch unternimmt, aus der Kraft seiner Staatlichkeit 1849/50 wenigstens eine deutsche Union zu schaffen, scheitert dies am Kriegsultimatum Österreichs und Rußlands – dem sich Preußen in Olmütz beugen muß.

Das Ergebnis 1850: Der deutsche Bund, das heißt die deutsche Zerspaltenheit und Machtlosigkeit wird erneut als rechtens wieder aufgerichtet. Die deutsche Bewegung für Wiederherstellung der deutschen Einheit aber ist gestaut und staut sich auf, jedoch nicht als ein großer und immer größer werdender geformter Strom, dem der Durchbruch gelingen muß, sondern als ein Strom, der durch das Geschiebe und Sichschichten des darin Mitgeführten in der Gefahr steht, sich selbst die Durchbruchsmöglichkeit zu verstopfen.

2. Bismarcks Eintritt in die deutsche Geschichte

In dieser Lage übernimmt Bismarck die deutsche Geschichte.

Bis 1847 hatte er sich völlig zurückgehalten. Das erstarrte System bot seiner Natur keine sinnvolle Einsatzmöglichkeit.

Als 1847 mit der ersten Einberufung eines vereinigten preußischen Landtags die Zeit der Bewegung sich andeutet, springt er mit voller Kraft und ganzer Person in das politische Tun hinein.

Zwanzig Jahre später hat er die deutsche Auflösung von Jahrhunderten überwunden. Er ist 1867, vollends 1871 der von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen aller Stände, einschließlich der Fürsten wie der Arbeiter, selbst über die kleindeutsche Grenze nach Österreich hinüber, große Anerkannte und Bedankte.

Jedoch der heutige Bundespräsident und mit ihm alle amtlichen Wortführer und Schreiber erklären 1971: „Bismarck gehört nicht

in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten. Wer also die Linie von den Befreiungskriegen und der Wartburg über Hambach, Frankfurter Paulskirche und Rastatt als Endstation der Revolution von 1848/49 bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte . . . Die Reichsgründung hatte die Verbindung von demokratischem und nationalem Wollen zerrissen."

Das heißt nichts anderes als die Behauptung: die Bismarcksche Reichsgründung ist lediglich ein neuer Akt der Reaktion gewesen, ein Akt der Vernichtung dessen, was in der Mehrheit des deutschen Volkes 1813/15 und seitdem lebte.

Von daher zieht der Herr Bundespräsident und ziehen die vielen Schreiber ihr Recht heran, diese Reichsgründung zu bemäkeln, zu bedauern und letztlich zu beschimpfen. Und nicht zu übersehen: von daher ziehen die heute die Politik bestimmenden Männer Brandt, Wehner und Scheel und ihre Parteien ihre Legitimation, dieses Reich Bismarcks, als ob es ohnehin nicht so eigentlich das gültige deutsche Reich gewesen sei und ist, heute eigentätig rechtlich aufzulösen.

Es wurde und wird von diesen Kreisen der nationalbewußten Geschichtsschreibung stets der Vorwurf gemacht, eine „politische" Geschichtsschreibung zu sein, das heißt eine Geschichtsdarstellung, die nur bestimmte politische Linien rechtfertigen will – und also keine echte Geschichtsschreibung ist.

Bei dieser Verbindung von aktiver Auflösungspolitik des Reiches und negativer geschichtlicher Beurteilung gegenüber der Reichsgründung ist es ein Gebot dieses Jahres, zu fragen, ob nicht diese „Geschichtsschreibung" des Herrn Bundespräsidenten und der Seinen eine politisch gewollte Geschichtsdarstellung im höchsten und zweckbestimmtesten Sinne ist. Und also keine.

Wir beginnen mit dieser Untersuchung.

Vorweg eine grundsätzliche Berichtigung des Herrn Bundespräsidenten: 1. Es war der tatsächliche Gang der Geschichte, der von 1848, durch Bismarck getragen, zur Wiedergründung der deutschen Einheit 1871 geführt hat. Es war Tatsache, daß dieser Gang der Geschichte von der überwältigenden Mehrheit der ihn miterlebenden Deutschen begrüßt worden ist. Vor dieser Tatsache erhebt sich die Frage, ob diesen Gang der Geschichte als objektiv verzerrt anzusehen nicht eine subjektive Verwirrung ist aus heutigem parteipolitischem Wunschdenken.

2. Der Eindruck, daß diese Behauptung wirklich eine subjektive Verzerrung vornimmt, wird weiter wachgerufen dadurch, daß es schon im Grundansatz dieser Behauptung eine Verzerrung ist, etwa das Hambacher Fest von 1833 und Rastatt von 1849 gleichwertig in die Linie deutsche Bewegung der Befreiungskriege, Paulskirche und Sedan einzuordnen. Denn die Forderungen von Hambach und Rastatt, es wurde schon betont, waren die Forderungen einer kleinen Minderheit. Die überwältigende und also auch nach dem Begriff des Herrn Bundespräsidenten demokratische Mehrheit des deutschen Volkes lehnte, es sei nochmals festgestellt, diese radikal-individualistisch-demokratische Lösung ab. Trotz ihrer völligen Enttäuschung, trotz ihrer naturgemäß scharfen Wendung gegen Restauration und Reaktion, lehnten Stein und Gneisenau, die großen Befreier und Binder, und mit ihnen Arndt, Clausewitz, Schlegel, Görres ... die Verbindung und Vermengung der großen Bewegung der deutschen Revolution von 1798/1815 mit dem liberal-individualistisch-demokratischen Geist, der nun aus der französischen Revolution als Surrogat einbrach, radikal ab. Auf das schärfste wandte sich Stein gegen die Staatsrechtslehrer dieses Liberalismus in Deutschland, gegen Rotteck und Welker als „unruhigen und seichten Geistes". Weiß dies der Herr Bundespräsident nicht — oder sieht er Männer wie Stein und Gneisenau, die Begründer der „Linie", die er durch Bismarck verzerrt sieht, im stillen ebenfalls als Verzerrer dieser Linie an? Deshalb, weil sie nicht nur befreiten, sondern auch banden? Und ferner: Auch der Herr Bundespräsident dürfte nicht übersehen und übersehen können: es existierten nicht einseitig die „bösen" Fürsten und die radikalen Demokraten, sondern im gesamten deutschen Volk fühlte sich die Mehrheit trotz aller scharfen Kritik an Fürsten und der Kleinstaaterei, zum Teil über stammliches Bewußtsein, den Fürstentümern und Ländern als den Zellen des deutschen Volkes tief verbunden. Die Mehrheit erstrebte, es sei nochmals gesagt, die Wiedererrichtung der deutschen Einheit und staatsbezogener bürgerlicher Freiheit in engster Verbindung mit dem Gesunden an den Grundelementen der alten Struktur deutscher Gestaltung. Wer das demokratische Prinzip, also die Gültigkeit des Mehrheitsbeschlusses bzw. der Mehrheitsmeinung so zum Richtpunkt erhebt, wie der Herr Bundespräsident, von dem darf verlangt werden, daß er dies objektiv tut. Es darf von ihm verlangt werden, daß er nicht den Willen einer ausgesprochenen

Minderheit zum eigentlichen Ausdruck der Geschichte erhebt, nur weil es für seine eigene Auffassung von dem, was demokratisches Wollen zu wollen hat, sowie seiner *eigenen* Vorstellung von Staat und Volk und seinem eigenen heutigen parteipolitischen Willen eine rückwärtige Bestätigung durch den „Gang der Geschichte" ergäbe. Es darf vor allem von ihm verlangt werden, daß er nicht dem Volk und den Schülern in einer ungekonnten oder gewollt falschen Geschichtsdarstellung vorlegt, daß der Wille einer Minderheit in Wirklichkeit der Wille einer Mehrheit gewesen sei. *Dies* ist Verzerrung des Ganges der Geschichte. Und ein solches Verzerren macht, wenn solche Praktiken für notwendig befunden, oder denen, die sie ausüben, gar nicht mehr als Verzerrung bewußt werden, ihre damit begründeten gegenwärtigen politischen Ziele höchst verdächtig.

Wir aber nehmen, gerade um Bismarcks Leistung, gerade um Bismarcks echte Trägerschaft des Ganges der Geschichte, gerade um Bismarcks echte Leistung für demokratische Mitwirkung im Staat voll zu erfassen, den Vorwurf des Herrn Bundespräsidenten und der Seinigen auf: Bismarck der Reaktionär, Bismarck der Unterdrücker „der Revolution", Bismarck der Verzerrer des eigentlich im 19. Jahrhundert dem deutschen Volk aufgetragenen und in ihm wesenden Ganges der Geschichte, und stellen die Betrachtung dieser Stunde unter den Gesichtspunkt:

Bismarck und die Revolution.

3. Von 1847 bis zum 18. Januar 1871

Die eben gestellte Frage sei zunächst verfolgt einfach in einer Datenreihe bis 1871.

1847. In dem aus den Provinziallandtagen vereinten gesamtpreußischen Landtag Bismarck radikaler Kämpfer der entschieden konservativen Gruppe.

1848. Revolution in Berlin, Nachgeben des Königs: Bismarck bewaffnet seine Bauern zur Befreiung des Königs in Berlin, Bismarck eilt nach Potsdam, Magdeburg, Halle zu kommandierenden Generalen, um sie zum Marsch auf Berlin zur Befreiung des Königs aufzurufen. Der General von Hedemann droht ihm mit Ver-

haftung. So dringt Bismarck persönlich in Berlin bis in die nächste Umgebung des Königs vor. Ohne Ergebnis.

1849. Volle Bejahung Bismarcks für die Ablehnung der Kaiserkrone, die dem König vom Frankfurter Parlament angeboten wird.

Also: Bismarck in voller Wendung gegen die liberale und nationale Revolution? Weil er gegen Verfassung und deutsche Einheit, weil er nur Preuße, absolutistischer Preuße ist?

Keineswegs. Sondern weil er, voller Überzeugung vom Anspruch des deutschen Volkes, eine lebendige und mittragende Nation zu sein und politisch und staatlich wieder zu werden, grundlegend *davon* durchdrungen ist, daß eine solche Einheit gegen die historischen Gewachsenheiten der Teilstaaten im Inneren und die auf der Eroberung der deutschen Gespaltenheit als Völkerrechtsordnung beharrenden und drohenden Großmächte von außen nicht zu erreichen ist durch national-liberale oder gar radikal-liberale „Reden und Majoritätsbeschlüsse", sondern nur, wenn die erneut werdende Einheit sich auf eine *Macht* stützen kann. Daß im Gewirre der deutschen Vielstaaterei mit ihren immerhin gewachsenen und noch bestehenden Fundamenten eine nationale und gleichzeitig liberale, ja gar radikal-liberale Revolution sich eine politische Macht bilden kann, stark und klar genug, dem zu widerstehen, erkannte Bismarck als ausgeschlossen. Und der Fortgang in Frankfurt gab ihm recht. Es hatte sich als seine Überzeugung weiter verfestigt, daß eine erneute deutsche Einigung, daß eine Revolution gegen die jahrhundertelange Auflösung diese Gegenkräfte nur überwinden kann, wenn sie sich von vornherein zu stützen vermag auf eine nicht erst *zu schaffende,* sondern historisch *schon herangewachsene* Kraft. *Und diese ist ihm Preußen.* Sie ist ihm das nach dem Ausscheiden Österreichs aus den engeren deutschen Belangen seit 1648, 1806, 1815 und 1848 mit objektivem geschichtlichem Recht. Somit ist das Fortbestehen Preußens für ihn und für das werdende Deutschland „der beste Pfeiler" deutscher Macht. Die Fundamente der preußischen Kraft geistig wie machtmäßig sind aber verwurzelt im preußischen Königtum, bestimmt durch die Linie großer Kurfürst, friederizianische Auffassung des Königtums und die preußisch-deutsche revolutionäre Leistung 1813/15.

Deshalb in *dem* Sturm, der dazu zu führen droht, diese Zelle einzureißen, Bismarcks entschlossene Tätigkeit für ihre *Erhaltung,* so sehr, daß er als Vormann der Ultrakonservativen und Re-

aktionären erscheint. Sogar dem König (Friedrich Wilhelm IV.): „nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet", schrieb er neben Bismarcks Namen bei einer vorgelegten Ministerliste. Heute ebenso der Bundespräsident: Bismarck der Reaktionär.

Bismarck der Reaktionär?

1849. Nach zustandegekommener konstituitineller Verfassung in Preußen unter Einbeziehung aller wesentlichen individuellen Grundrechte schreibt Bismarck unter den Entwurf des Aufrufs der Konservativen zur Gründung einer konservativen Partei gegen diese Entwicklung zum Erstaunen der Veranlasser: „keine Reaktion" und „Bereitwilligkeit großer Opfer (des Adels)". Und noch bei späterer Überlegung derselben Kreise gegen die Beibehaltung der Verfassung: „Dem *gesunden* Staatskörper (soweit es in dieser Welt Gesundheit gibt) vindiciere ich freie Bewegung, sonst *muß* er krank werden." Für Bismarck war das Entscheidende erreicht: Das Königtum als die Grundlage und die Spitze des preußischen Organismus erhalten und betont. Staats- und Königsabsolutist im Sinne des Absolutismus ist Bismarck nie gewesen. „Die Berührung der höchsten Gewalt mit den Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden", war für ihn das Zeichen des gesunden Staatskörpers.

1850. Bismarck stimmt leidenschaftlich jener Unterwerfung Preußens unter das russisch-österreichische Diktat von Olmütz zu. Jenes Diktat, das den Versuch Preußens zu Fall bringt, nach Scheitern der Nationalversammlung durch eine energische deutsche Unionspolitik doch eine Umgestaltung der deutschen Verhältnisse zur Einheit zu erreichen.

Wie konnte ein Bismarck dieser Niederlage Preußens zustimmen? Weil er von Anfang gegen diese Politik gewesen war. Warum? Weil er ein Nurpreuße war? Weil ihm die Wiederherstellung deutscher Einheit gleichgültig war? Nein. Sondern weil er voraus wußte, daß das augenblickliche Preußen zu schwach war, einen Krieg mit Österreich und Rußland und innerdeutschen Wirren zu bestehen. So besser die Niederlage und Bestandswahrung als das Aufs-Spiel-Setzen sowohl des Kerns *wie* des letzten Zieles.

1851—1858. Bismarck preußischer Gesandter an dem durch Olmütz im alten Sinn wieder aufgerichteten Bundestag in Frankfurt. Seine gesamte Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, Preußen aus der Lage von Olmütz herauszuholen, seine Stellung neben Österreich zu festigen. In diesem Zusammenhang

1853–1856 Bismarcks stärkste Mitwirkung daran, Preußen aus dem Krim-Krieg, aus dem Krieg Frankreichs, Englands und bis zu einem gewissen Grade Österreichs an der Seite der Türkei gegen Rußland, herauszuhalten – trotz der Beleidigung von Olmütz, um damit das preußisch-russische Verhältnis und den Rücken Preußens wieder freizubekommen.

1859–1862. Bismarck preußischer Gesandter in Petersburg, 1862 in Paris. Der in den innerdeutschen Dingen nun durch und durch Erfahrene, an Preußens erneutem Selbständigwerden maßgeblich Beteiligte nimmt aus dem Bewußtsein der deutschen Mittellage und ihrer Auflagen von 1648, 1815 und 1850 die unmittelbare Einfühlung und Fühlung mit Rußland und Frankreich vor. Dieses Frankreich ist das Frankreich Napoleons III., der soeben durch Revolution zur Macht gekommen. Für den Kreis der Konservativen in Preußen, die immer noch Bismarck zu sich zählen, ist Napoleon III. die „inkarnierte Revolution", das Prinzip der Gesetzwidrigkeit gegen das gesetzliche alte Königtum in Frankreich, durch Volksabstimmung, die ihn zur Macht brachte, die „fleischgewordene Volkssouveränität" – für Bismarck ist das napoleonische Frankreich nichts als ein geschichtlich gewordenes großpolitisches Faktum, mit dem eine deutsche Politik zu rechnen hat, eine besonders geartete Besetzung eines Machtfaktors in der außenpolitischen Konstruktion „1648". Zur Hilfe zu gebrauchen oder zu bekämpfen, je nach seiner Stellungnahme zu den notwendigen innerdeutschen Entwicklungen, nicht aber wegen seiner innerfranzösischen Zustände oder Auffassungen. Für ihn hat sich die preußisch-deutsche Politik nicht dafür zu opfern, in anderen Völkern gegen irgendeine Revolution zu kämpfen. Die preußische Politik hat den preußischen Staat, die preußisch-politische Kraft stark zu halten für die Möglichkeit Deutschland.

Das Bild vom Erzreaktionär und Parteigänger der Erzkonservativen erweist sich endgültig als falsch. Vielmehr umgekehrt: Bismarck erscheint den Altkonservativen nun als „Revolutionär".

Und dies mit Recht.

Sein Zusammengehen mit diesem altkonservativen Kreis war ein vorübergehendes gewesen. So lange dauernd, als reaktionäre konservative Politik notwendig war im Dienst der deutschen Revolution: um Preußen als Kraft zu erhalten. *Jetzt* Bismarck an Gerlach: „Wie Sie den Unterschied stellen zwischen Recht und Revo-

lution, Christentum und Unglauben, Gott und Teufel, so kann ich nicht mit Ihnen diskutieren, sondern einfach sagen, ich bin nicht Ihrer Meinung, und Sie richten in mir, was nicht Ihres Gerichtes ist."

Als „Bonapartist" wird Bismarck unter dem Einfluß der Konservativen nunmehr zum zweiten Mal von der Ministerliste gestrichen, das erste Mal war dies wegen seiner Einstufung als Reaktionär geschehen.

1861. Bismarck tritt in einer ersten Denkschrift an den König mit einem deutschen Programm Preußens, mit *seinem* deutschen Programm — soweit es schon geäußert werden kann — hervor: „In der gesamten deutschen Bevölkerung nährt und steigert sich das Mißvergnügen durch das niederschlagende Gefühl, daß eine große und kräftige Nation durch die Mängel ihrer Gesamtverfassung verurteilt ist, nicht nur auf die gebührende Geltung in Europa zu verzichten, sondern in steter Sorge vor dem Angriff von Nachbarn zu leben, denen sie unter (anderen) Umständen mehr als gewachsen sein würde. Je mehr dieses Gefühl und die Erkenntnis seiner Ursachen das allgemeine Bewußtsein durchdringen, um so schärfer und zuletzt gefährlicher kehrt sich seine Spitze gegen die Gesamtheit der deutschen Regierungen. Von den letzteren wird erwartet, daß sie mit mehr praktischem Erfolge als bisher dem Ziel einer engeren Einigung Deutschlands zustreben." Der Größe der Bevölkerungszahl nach wird bei einer einheitlichen Zusammenfassung und Stärkung der Wehrkraft Deutschlands Preußen die Hauptlast zu tragen haben. Die notwendige Folgerung: „*Dem* Bundesstaate, welcher an Macht alle übrigen zusammengenommen aufwiegt, gebührt ein *vorwiegender* Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten, und seine Bevölkerung würde darauf nicht verzichten wollen." Es muß also auf dem Weg zu einer solchen deutschen Stärkung die Politik Österreichs im letzten Jahrzehnt überwunden werden, die stets versucht hat, die Majorität Österreichs und der Mittel- und Kleinstaaten der Erzielung einer gerechten Stimmverteilung entgegenwirken zu lassen. „Um einem solchen Ziele näherzutreten, ist vielleicht eine *nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundes-Zentralbehörde* das einzige Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag." „Das verfassungsmäßige Recht Preußens einen dahingerichteten Antrag in der Bun-

desversammlung zu stellen, ist ebenso unzweifelhaft als die Ablehnung desselben, zu welcher der Widerspruch jedes einzelnen Bundesstaates ausreichen würde." „Die praktische Verwirklichung einer deutschen Nationalvertretung hat demnach auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege bisher wenig Wahrscheinlichkeit und könnte nur mit einer Umgestaltung der Zentralbehörde Hand in Hand gehen." „Ehe Preußen mit derartigen Bestrebungen außerhalb des Bundestages offen hervorträte, würde es sich jedenfalls empfehlen, ähnliche Reformen in Frankfurt auf bundesverfassungsmäßigem Wege zu beantragen. Der erste Schritt dazu wäre die offene und amtliche Erklärung, daß die bestehende Bundesverfassung sich nicht bewährt hat und eingreifender Umgestaltung bedarf. Daß dem so sei, wird allgemein erkannt, aber keine Bundesregierung hat es bisher amtlich ausgesprochen." Dann das große Vorleuchten der Staatskunst von 1870/71: „Die Fassung der Erklärung müßte auf die doppelte Wirkung berechnet sein, einmal, daß die deutschen *Fürsten* über die Tragweite unserer Pläne beruhigt werden und erkennen, daß wir nicht auf Mediatisierung (Absetzung), sondern auf freie Verständigung zum Nutzen aller ausgehen, und zweitens, daß im *Volke* der entmutigenden Besorgnis entgegengetreten wird, als fände Preußen den Gang der deutschen Entwicklung mit dem heutigen Bundestage abgeschlossen und strebe nicht ernstlich nach fortschreitender Reform desselben." Die Vorlage dieses Programmes (das Bismarck im engeren Kreis schon vorher vorgelegt hatte) war erfolgt wieder im Zusammenhang mit der Erwägung, ihn zum Minister zu ernennen. Wieder sieht der König davon ab. Trotz aller sorgsamen Begründung des Planes auch mit konservativen Gedankengängen ist dem König der Mann und sein Programm zu unheimlich.

1862. *Nunmehr ist die Zeit da,* da doch Bismarck und nur noch Bismarck für den König und seine Politik als Ministerpräsident Preußens übrig ist. Nun beinah doch als der Mann „nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos walten muß". Es ist keine Berufung aus Vertrauen, sondern eine Berufung, weil keiner mehr die Politik des Königs dem Landtag gegenüber durchzuführen wagt.

Welche Politik? Die des energischen Ausbaus und vor allem organisatorischen Umbaus des Preußischen Heeres in der Überzeugung, daß nur dann Preußen in den Wirren der Rück- und Umbil-

dung der deutschen Zersplitterung bestehen kann und weiteren Diktaten wie Olmütz oder Bedrohungen von Frankreich aus nicht ausgesetzt ist.

Der Landtag jedoch verweigert mit überwältigender Mehrheit die notwendige Erhöhung des Haushalts. Auch Auflösung hat nur das Gegenteil zur Folge gehabt, die Mehrheit war noch verstärkt zurückgekehrt.

Bismarck, von Roon herbeigerufen, kommt von Frankreich. Bismarcks unbedingte Entschlossenheit, die vom König und von ihm als im Grundzug unabänderlich notwendig erkannte Politik durchzuführen, veranlaßt den König, von dem schon so gut wie unterschriebenen Rücktritt abzusehen. In vollem Bewußtsein der revolutionären Gefahr. Der König am 4. Oktober 1862, als Bismarck, besorgt um die Stetigkeit seiner Haltung, nächtlich in Jüterbog in das dunkle Abteil des von Baden-Baden rückreisenden Königs gekommen ist: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen, und etwas später mir." Bismarck: „Und danach Sire?" Der König: „Ja danach, dann sind wir tot." Bismarck: „Ja dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen?"

Warum diese Unnachgiebigkeit? Verzerrung des eigentlichen Ganges der Geschichte? Blinde Reaktion gegen liberale Freiheit und Bewegung?

Das eigentliche Ziel der liberalen Parlamentsmehrheit war: über der konstanten Verweigerung des Heereshaushalts und damit bei trotzdem beibehaltener Heeresumorganisation den Bruch der Verfassung durch den Staat zu erklären und durchzustoßen zur Errichtung der unmittelbaren Parlamentsherrschaft als solcher.

Bismarck war entschlossen, diesen Versuch nicht zum Durchbruch kommen zu lassen.

Warum? Aus drei Gründen:

Der erste ist der alte: um der Aufrechterhaltung der Stärke Preußens als Staat und Macht wegen.

Der zweite: Er ist der Überzeugung, daß die volle und alleinige Übernahme der preußischen und damit deutschen Politik und Außenpolitik durch das Parlament infolge ihrer dann eintretenden Unterordnung unter reine liberale Ideologien der deutschen Einigung so wenig wie 1848/49 den Weg durch die Gegnerschaft der Mächte ringsum aus 1648 hinausfinden würde. Das klägliche

Scheitern des Versuchs von 1848 allein in der kleinen schleswig-holsteinischen Frage hatte das bewiesen.

Der dritte Grund läßt zu der Frage, ob Reaktionär oder Revolutionär aufhorchen. Auch heute noch. Und gerade heute. Jedoch der Herr Bundespräsident unterläßt jedes Wort darüber. Bismarck ist keineswegs, dies hat er 1849 gezeigt und später bewiesen, gegen Verfassung und Parlament als solche. Sondern er ist gegen *dieses* Parlament von 1862/66 und gegen *diese* Mehrheit. Er ist gegen sie, weil sie nicht die demokratische Vertretung der Mehrheit der preußischen Bevölkerung ist. Sie ist es schon nicht durch das Wahlrecht, das wie in beinahe allen Staaten, die Verfassungen hatten, ein nach Einkommensteuergröße abgestuftes Klassenwahlrecht zur Grundlage hat. Er lehnt seine allein entscheidende Stellung vor allem deshalb ab, weil dadurch bei einer Wahlbeteiligung von 11 % in den Westprovinzen, 30 % in den Ostprovinzen im wesentlichen nur *ein* Stand sich in die Mehrheit geschoben hat: „Die destillierte Bourgoisie". Bismarck erkennt aber diese ideologisch liberale Mehrheit, die eine Minderheit ist, keineswegs nur als von den großen nationalen und demokratischen Ideologien angetrieben, sondern er sieht hinter diesem Stand und somit seiner Parlamentsmehrheit auch dessen „materielles Interesse", das „ausschließliche Industriesystem", welches damit „seine Hand nach der Herrschaft im preußischen Staat ausstreckt". „Eine bürgerliche Bankiersregierung", die letztlich Preußen wie Deutschland durch die *Veränderung der Volksstruktur* bedroht. Denn schon seit 1849 ist Bismarck besorgt — besorgter als alle diese von Herrn Heinemann bejahten damaligen Liberalen und Demokraten — *um die große durch Umschichtung, ja Ausstoßung eines neu entstehenden Standes bedrohte Gesundheit und Geschlossenheit der Volkstruktur:* „Die Fabriken bereichern den Einzelnen, erziehen uns aber die Masse von Proletariern, die Masse von schlechtgenährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staat gefährlichen Arbeiter." Eine Bedrohung eines Volksteils und dadurch des Volkes, dem gerade dieser Liberalismus nichts Auffangendes entgegensetzen kann, noch überhaupt entgegensetzen will: denn aus seinem atomisierenden Glauben an die Autonomie jedes Individuums ergibt sich für ihn nur der sogenannte freie Wettbewerb dieser autonomen Individuen untereinander, das heißt aber nichts anderes als die Unmöglichkeit für den wirtschaftlich ganz Schwachen, in diesem Wettkampf sich gegen den wirt-

schaftlich Starken durchzusetzen. Schon gar nicht bei diesem die wirkliche Demokratie verzerrenden Stimmrecht nach Steuerklassen.

Daher unmittelbar aus den innersten Gründen dieses Konflikts mit dem liberalen preußischen Parlament:

März bis Mai 1863 die ersten großen Überlegungen Bismarcks (mit Hermann Wagener), wie vom Staat aus die völlige wirtschaftliche Unterlegenheit dieses neuen Standes aufzufangen sei. 1. durch Altersversorgungen, 2. dadurch, daß die zu gewährende Koalitionsfreiheit nicht im Sinne des Liberalismus zu einer reinen Freiheit, sondern zu einer vom *Staat gestützten* organischen Standesorganisation wird, und 3. wie Staat und Volksganzes einschließlich dieses Standes durch eine *Wahlrechtsrevolution* in unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden können. Im Zug dieser Überlegungen von Mai 1863 bis April 1864 sogar Aufnahme des Gesprächs zwischen dem damaligen politischen Vertreter dieser bedrohten Arbeiterschaft, zwischen Lassalle und dem als Ultrareaktionär verschrieenen preußischen Ministerpräsidenten. Von Bismarck aus mit dem Gedanken: „Ein Klassenwahlrecht macht den Staat von oligarchischen (minderheitsgewaltigen) Potenzen der Gegenwart abhängig, das allgemeine Wahlrecht dagegen wird auf die breite Basis der von Grund monarchisch gesinnten und staatsbejahenden Bevölkerung treffen." Von Lassalle von dem Gedanken aus, daß die Krone „im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung" einschlagen und sich „aus dem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigstum" umwandeln solle. Dazu Lassalle an Marx in London: „Ihr scheint dort 10 Jahre fern von hier gar keine Ahnung zu haben, wie wenig entmonarchisiert unser Volk ist; der Riß, den 1848 zwischen Regierung und Volk machte, ist meistens so gut wie verharscht." Lassalle wie Bismarck ging es um einen echten Staat, der die Wahrung des Ganzen erfüllen kann, konkret um einen starken und echten preußischen Staat. Beiden um die Pflicht des Staates, dem sozialen *Ganzen* zu dienen, das heißt beiden darum, der diese Ganzheit mit Auflösung bedrohenden individualistisch-autonomen atomisierenden Revolution des Liberalismus eine aus einem *anderen, ganzheitlicheren* Begriff von Volk und „Gesellschaft" kommende Revolution entgegenzusetzen, bzw. sie zu berichtigen aus Erkenntnissen, die einerseits älter waren als dieser

Die große Wendung. Bismarck reitet am frühen Morgen nach der Schlacht von Sedan dem sich ergebenden Napoleon III. entgegen.

Bismarck am 3. September an seine Frau: „ . . . Gestern früh 5.00 Uhr, nachdem ich bis 1.00 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generälen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der [franz.] General Reille den ich kenne, um mir zu sagen daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß daß S. M. 3 Meilen davon an dem Orte wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf Ns. Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich [der] Gegend unkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinenOrt an der Maass dicht bei Sedan; er nahm es an, und fuhr von seinen 6 Franzosen, von mir und von Carl [Graf Bismarck-Bohlen], der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unserer Seite zu. Vor dem Ort wurde es ihm leid, wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Carl, der meldete es sei ärmlich und unrein; n' importe [das macht nichts] meinte N., und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtnen Tische und 2 Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde, die Anderen waren unten. Ein gewaltiger Contrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien . . . "

Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871.
Nach dem Gemälde von Anton v. Werner.

deutsche Nationalliberalismus und weit unmittelbarer an die Ideen der deutschen Revolution von 1798/1813 anknüpften als dieser – und zugleich weit jünger als dieser ideologische Liberalismus: denn hier wurde versucht, jüngste, durch die Technik und eben diese freihändlerische Wirtschaftstheorie bestimmte Gesellschaftsänderung und Gesellschaftsbedrohung auffangend zu beantworten.

Doch die Möglichkeit lag weit ab, sich ganz mit dem zu befassen:

Januar 1863. Noch vor jeder Zuwendung zur inneren Wiedervereinigung steht Bismarck gleichzeitig vor der Entscheidungsfrage für den Weg der äußeren deutschen Wiedervereinigung. Vor der Entscheidung, ob die Wiederzusammenfassung und die Sicherung der Unabhängigkeit des ganzen deutschen Volkes aus 1648 herausgeführt werden kann durch ein unmittelbares und offenes Zusammenstehen der beiden deutschen Großmächte Österreich und Preußen, oder weiterhin, wie schon 1848 abgezeichnet, nur durch eine kleindeutsche Einigung von Preußen aus. Bismarck hat bei Amtsantritt einen seit August 1862 gestellten Antrag Österreichs auf eine „Bundesreform" angetroffen, der in Wirklichkeit unter einer scheinbaren großdeutschen lockeren Einheit Preußen, die national-liberale Bewegung und eine echte Einheitsschaffung zugleich matt zu setzen sucht. Die Mittel: 1. gegen Preußen: Unter österreichischem Vorsitz entscheidet die Majorität der Staaten unabhängig von ihrer Größe, also wie 1861 von Bismarck schon bemängelt, unabhängig von der tatsächlichen Mehrheit an Bevölkerung und Durchführungskraft die Bundespolitik; 2. gegen die liberale Bewegung: Am Bund Errichtung einer Körperschaft nur aus den Delegierten der einzelnen Landtage nur als Beratungshilfe, womit eine echte unmittelbare Vertretung der Nation am Bund, wie sie seit 1848 der Mehrheit vorschwebte, verhindert wäre. Bismarcks Forderung an Österreich: 1. echte Führung durch die echten deutschen Großkräfte Österreich und Preußen, Österreich muß ein für alle Male für Norddeutschland wählen zwischen Hannover und Bückeburg einerseits und Preußen andererseits. Keine Majorisierung der politischen deutschen Beschlüsse durch Klein- und Mittelstaaten. 2. Verzicht auf den Delegiertentag. Am 22. Januar 1863 die überraschende Abstimmung: Preußen steht nicht allein, der österreichische Antrag wird mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Darauf das Entscheidende: Amtliche preußische Erklärung

am Bundestag: (1.) Ausschüsse der Landesvertretungen mit so beschränkter, nur beratender Befugnis sind praktisch bedeutungslos und würden bloß ein neues Element der Schwerfälligkeit und Verschleppung werden. *Nur in einer Vertretung, welche entsprechend der Bevölkerungszahl jedes Bundesstaates aus dieser durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden.* (2.) Nur dann kann eine solche der Bundesversammlung beizugebende Volksvertretung einen befriedigenden Wirkungskreis und eine erhöhte Bedeutung für die Einigkeit und Festigkeit des Bundes finden, *wenn ihr durch Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge die dem jetzigen Bund fehlende gesetzgebende Gewalt beigelegt wird, und zwar in einer der Tätigkeit eines deutschen Parlaments würdigen Ausdehnung.*

„„Noch nie war seit dem 21. März 1848 eine preußische Regierung dem Programm der demokratisch-liberalen Volksbewegung näher gekommen als an diesem Abstimmungstage vom 22. Januar 1863" (Zechlin, S. 411). Mitten in diese Entwicklung trifft eine neue gefährliche Erschwerung:

Februar 1863. Polnischer Aufstand gegen Rußland. Bismarck läßt sofort die russische Regierung wissen, daß Preußen den Aufstand nicht unterstützen wird. Die ganze deutsche liberal-nationale Bewegung steht jedoch aus ihrer Ideologie heraus auf seiten dieses polnischen Aufstandes. Damals wie heute daraus der Vorwurf: Bismarck der Erzreaktionär, der Verzerrer der Geschichte.

Bismarcks Beweggrund: Jeder selbständige polnische Staat verschafft sofort Frankreich einen Bundesgenossen im Rücken Preußens und damit neben der Bedrohung am Rhein noch eine Bedrohung an der Oder für jegliche deutsche Politik Preußens, denn er schafft Frankreich einen Bundesgenossen, der ohne Zweifel bereit sein wird, bei jeder sich gegen das sich einigende Deutschland bietenden Möglichkeit – etwa eines französischen Krieges gegen diese Einigung – territoriale Ansprüche auf Posen, Westpreußen und Danzig anzumelden, wodurch „Preußens beste Sehnen durchschnitten . . . sein werden" und somit Frankreichs gleichzeitige Ansprüche auf den Rhein nicht mehr abwehrbar wären. Darüber hinaus bestand bei der schwankenden Einstellung des russischen Außenministers Gortschakow sogar die Möglichkeit einer Verbündung Frankreichs und Rußlands über der Polenpolitik. Die einige Wochen hindurch kriegsdrohende Haltung

Frankreichs gegen die Bismarcksche Politik zeigte schon im Keim ihre Richtigkeit. Umgekehrt: Die Unterstützung Rußlands durch Preußen mußte Rußland die Sorge davor nehmen, daß eine deutsche nationale Bewegung und Einheit in ihrer Fortwirkung Rußland gefährden werde. So war diese Politik eine Steigerung der Haltung im Krim-Krieg zur Herauslösung Rußlands aus seiner feindlichen Haltung einer deutschen Einigung durch Preußen gegenüber, wie noch zur Zeit von Olmütz. Das Ziel war, Deutschland aus 1648, 1815 und 1850 hinauszuführen und nicht den preußischen Staat oder die noch aufs äußerste bedrohte deutsche Einigungsbewegung zum ideologischen Ritter Europas zu machen — und damit zu vernichten. Bismarck gegen die Anwürfe im Abgeordnetenhaus: „Die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geografische Vertretung sich auf Deutschland leider beschränkt."

August/September 1863. Kaum sind die großen Bedrohungen Preußens und der deutschen Möglichkeit durch den polnischen Aufstand abgeklungen, tritt erneut Österreich mit den im Januar gescheiterten Plänen hervor. Ein Fürstentag, zu dem der Kaiser einlädt, soll sie beschließen. Bismarcks Antwort: Verhinderung des Beschlusses durch Fernbleiben des Königs von Preußen. Im Bericht an den König von Preußen: „Das Element, welches berufen ist, die Sonderinteressen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesamtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln, *wird wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können.* Um die Institution der letzteren in diesem Sinne zu einer fruchtbringenden zu machen, wird es notwendig sein, sie mit entsprechenderen Attributen (Rechten) auszustatten, als dies nach dem Frankfurter Entwurf der Fall sein soll, und ihre Zusammensetzung so zu regeln, daß die Bedeutung eines jeden Bundeslandes den seiner Wichtigkeit angemessenen Ausdruck darin findet... Die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der anstelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen ‚Versammlung von Bundesabgeordneten', welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnismäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugnis auch die-

ser Versammlung – lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden. Diese Bürgschaft kann Euer Majestät Staatsministerium nur in einer *wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung* finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zugute komme."

1864. Die bisherige Politik hat nunmehr trotz der unentwegten Angriffe der liberalen öffentlichen Meinung gegen Bismarck als Reaktionär und Lügner die Basis so verstärkt, daß Bismarck das wagen kann, was der Bewegung von 1848 kläglich mißlungen war: Schleswig-Holstein wieder an Deutschland zurückzuführen, trotz der Gegnerschaft von Dänemark und der Gegenmeinung von England und Frankreich. Bismarcks Staatskunst bringt es dahin, daß diese Rückführung von *Deutschland* aus geschieht, indem es ihm gelingt, über alle Spannungen von 1863 hinweg dies zu einer gemeinsamen preußisch-österreichischen Aktion zu machen.

Mitten in diesen schwersten Belastungen des Krieges und der Politik greift Bismarck erneut bis zum heftigsten Konflikt mit der liberalen Abgeordnetenmehrheit die soziale Frage weiter auf: Er bahnt am 6. Mai einer Abordnung der schlesischen Weber den Weg zum König, um ihm unmittelbar ihre Nöte vorzutragen. Am 12. Mai erreicht er die Einsetzung einer staatlichen Untersuchungskommission über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Weber. Und Ende Mai unternimmt er mit voller Überzeugung einen Schritt, der ihn zugleich völlig allein stehen läßt gegenüber seinen Fachministern wie der liberalen Mehrheit: Bismarck nimmt den sowohl von Lasalle wie von dem konservativen Wagener immer wieder überlegten Gedanken auf und stellt unmittelbare Finanzhilfe aus der Kasse des Königs sowie die Mittätigkeit des zuständigen Landrats zur Verfügung, damit die entlassenen Weber eine Produktiv-Genossenschaft bilden können. Das Grundlegende des Versuchs: 1. die grundsätzliche Verbindung der Produktiv-Genossenschaft mit dem Staat, 2. die ausdrückliche Absicht, den Versuch als entscheidend für ein weiteres Fortgehen auf diesem Wege zu wahren.

Februar 1865. Es kommt anläßlich der Überlegungen, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern nunmehr das Koalitionsrecht zu geben,

zu einer dreitägigen Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus mit einem Ansturm der liberalen Mehrheit gegen den Empfang der Weber-Abordnung durch den König und die Vermittlung dieses Empfangs durch Bismarck, gegen die angeordnete Untersuchungskommission und gar gegen die amtliche Unterstützung der Produktivassoziation. Der liberale Abgeordnete Twesten: „Der ist ein Verführer des Volkes, wer da behauptet, daß dem Arbeiter anders geholfen werden kann als durch Fleiß und Sparsamkeit." Dagegen der Bismarck engstens nahestehende Abgeordnete von Blankenburg: „Meine Herren, ich behaupte: der ist ein Verführer des Volkes, wer da behauptet, daß den Arbeitern geholfen werden kann *ohne* Fleiß und *ohne* Sparsamkeit derselben, und ich behaupte, meine Herren, derjenige täuscht sich und täuscht das Volk, der da behauptet, daß den Arbeitern geholfen werden kann *allein* durch Fleiß und Sparsamkeit . . . Noch niemals, so lange die Welt steht, hat allein Fleiß und Sparsamkeit eine Klasse, die wirtschaftlich unfrei war, frei gemacht und ihr ein wirtschaftliches und staatliches Dasein gegeben; nur mit Hilfe des Staates ist dies bisher geschehen." Der liberale Dr. Ziegert: „So lange wir Atem haben, werden wir gegen die Regelung und Feststellung des Lohnes durch den Staat, gegen Staatssubventionen und Staatsgarantie und gegen die von Herrn Wagener vorgeschlagene Organisation der Arbeit Einspruch erheben." Bismarck: „Der Herr Abgeordnete hat wiederholt und mit Emphase die Klagen der Arbeiter ein Spiel genannt. Wir, auf der Stelle, wo ich stehe, sind nicht gewohnt, die Klagen der Armut als ein Spiel zu behandeln (Murren links), auch nicht, sie mit der Entschlossenheit in den Wind zu schlagen, wie dies vom Standpunkt des Wohlhabenden, gegen den die Klagen der Armut gerichtet sind, vielleicht gewünscht werden mag (Murren links). Wir sind nicht bereit, bei solchem Spiel mitzuwirken. Wenn der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam macht, daß seine Majestät in bezug auf die Richtung seiner Privatwohltätigkeit irgendeinen Ratgeber gehabt haben werde, so braucht er nicht mit so vielen und über die Linie der Grazie hinausgehenden Gestikulationen auf mich zu zeigen. Der Ratgeber war ich, und ich glaube, keinen schlechten Rat gegeben zu haben" (Beifall rechts, Zischen links).

1865, Frühjahr. Die große politische Frage, die *deutsche,* verengt erneut tragisch die Möglichkeit zur wirklich kämpfenden Fortführung der *sozialen* Frage. Nach dem Sieg in Schleswig-Hol-

stein sind über dem Problem, ob in Schleswig-Holstein ein neuer deutscher Kleinstaat – dazu im Rücken Preußens – entstehen soll, erneut schwerwiegende Verwicklungen mit Österreich, mit dem deutschen Bund und der gesamten nationalliberalen Vorstellung entstanden.

1865, Sommer. Bismarck unternimmt aus innerer Bejahung dieser Möglichkeit – wenn sie erreichbar sein sollte – wie aus Sorge um die deutsche Lage unter dem System von 1648, einen letzten großen Versuch, die deutsche Frage in einem *gemeinsamen* Zusammengehen Preußens und Österreichs zu lösen. Am 14. August wird der Vertrag von Gastein geschlossen.

Trotz aller Arbeitsüberlastung diktiert Bismarck gleichzeitig einen Einspruch von 57 Seiten gegen das inzwischen von der schlesischen Untersuchungskommission erstellte Gutachten und die daraus von den die soziale Frage nicht erfassenden Fachministern erarbeitete Denkschrift, denn: „Ich kann mich . . . der Überzeugung nicht verschließen, daß sich die Untersuchungskommission überwiegend auf den Standpunkt der Fabrikanten gestellt hat. Demgemäß leidet nicht nur die Instruktion einzelner Beschwerdepunkte an Unvollständigkeit, sondern ich glaube auch in den Schlußfolgerungen diejenige Unparteilichkeit zu vermissen, welche den Bestimmungen des Staatsministerialbeschlusses vom 11. 6. 1864 entsprechen dürfte."

1865/66. Der Versuch einer Einigung mit Österreich scheitert. Der österreichische Kaiser entzieht sich der von Bismarck dringend gewünschten Begegnung und grundsätzlichen Aussprache zwischen dem preußischen König und dem österreichischen Kaiser. Die herankommende Entscheidung in der deutschen Frage ruft die französische Politik – Kaiser wie Volk – zu größtem Einmischungsversuch auf mit dem Ziel, Teile des linken Rheinufers unmittelbar und die Loslösung des restlichen als neutralen Pufferstaat zu erreichen, sei es durch Erzwingung eines europäischen Kongresses zu erneuter internationaler Regelung der Verhältnisse in der Mitte, sei es durch unmittelbare Teilnahme an der Seite eines der Kämpfenden. Von Bismarck war keine Zusage zu erreichen. Österreich erscheint nicht so verschlossen.

1866, 8. April. *Bismarck stellt die deutsche Frage zur Entscheidung:* Er verlangt am Frankfurter Bundestag eine völlige Bundesreform auf deutsche Einheit hin. Die Hauptforderung: *allgemeines deutsches Parlament* am Bundestag als Reichstag und, nunmehr

die Folgerung aus den inneren volks-strukturpolitischen Überlegungen und den Notwendigkeiten der deutschen Einigung voll durchziehend – aus *gleichen,* geheimen und unmittelbaren Wahlen hervorgehend. Somit: *Bismarck macht die Forderung von 1848 in der dortigen Reichsverfassung nunmehr zur Forderung Preußens.*

Bismarck und die deutsche Revolution! Wie bisher: Niemand glaubt ihm. Die national-liberale Bewegung ist entrüstet. Sie sieht es als Spiel an. Der Mann, der seit 1862 immer noch ohne Parlamentsermächtigung Preußen regiert, behauptet, ein einheitliches deutsches Parlament, einen Reichstag einberufen zu wollen aus gleichen unmittelbaren Wahlen zur Erzwingung der deutschen Einigung!

Jedoch für Bismarck ist es voller Ernst. Für ihn ist jetzt nach all den Vorbereitungen seit 1850 die Möglichkeit *reif* geworden, die deutsche Einigungsbewegung auf Preußen zu übernehmen und den großen Vorstoß zu wagen. Den Vorstoß für die deutsche Revolution von 1813, verbunden mit dem Stoß gegen die nur liberalbürgerlich, zum Teil allein demokratisch genannte Bewegung aus den autonom-individualistischen atomisierenden Elementen der französischen Revolution von 1789: „Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und Einheit des Reiches der Reichstag sein" sowohl gegen den fürstlichen und territorialen Sondergeist wie aus den Erfahrungen im preußischen Konflikt gegen eine Verfälschung der demokratischen Volksmeinung durch ein Klassenwahlrecht. *Aus beidem,* damit „ein Organ des nationalen Gemeinsinns" in einem solchen Reichstag „dem Zentrum des partikularistischen Geistes", dem Bundestag, an die Seite gestellt werde, geschieht die *bewußte Hereinnahme eines im echten Sinne demokratischen Elements* in das Vortreiben der deutschen Bewegung. In das Vortreiben der Revolution, die das deutsche Volk in seiner wirklichen Mehrheit will.

Die Antwort der *Altkonservativen:* Das ist „die eigentliche grundgottlose Haupttat Bismarcks", die Kopfzahl als die Basis von Deutschland. Die Antwort der *Liberalen,* vorgenommen selbst durch einen Mann wie Treitschke: Eine fantastische Tollheit, die neueste Abenteurerpolitik, „das allgemeine Stimmrecht halte ich in Deutschland für ein rohes und frivoles Experiment; noch sind wir ein Volk der Bildung und nicht dazu angetan, uns dem souveränen Unverstand zu beugen . . . ; ich fürchte von allen Taten

Bismarcks ist diese die unheilvollste . . .". Die Antwort *Österreichs:* Wer unmittelbare Volkswahlen verlangt, „will nur dem Namen nach den Bund . . . , in Wahrheit will er das allmähliche Erlöschen der Lebenskraft der Einzelstaaten, er will einen Zustand des Überganges zu einer künftigen Unifikation"; „unmittelbare Wahlen einer Nationalvertretung sind der Weg zur revolutionären Schaffung republikanischer Einheit." Die Antwort *Frankreichs:* Thiers, Historiker, Politiker, z. Z. Führer der Opposition gegen Napoleon III., nach 1870 erster Präsident der Republik, am 3. Mai 1866 in der Kammer: „Ich rate den Deutschen dringend . . . zu überlegen, daß das größte Prinzip der europäischen Politik ist, daß Deutschland zusammengesetzt sei aus unabhängigen Staaten, verbunden untereinander durch ein einfaches föderatives Band. Dieses Prinzip ist verkündet worden durch ganz Europa auf dem westfälischen Friedenskongreß; und (ich rate den Deutschen zu überlegen), daß alle Mächte Europas daran festhalten, immer mit dieser wesentlichen Bedingung, daß Deutschland zusammengesetzt sei aus unabhängigen Staaten . . . Ich wiederhole es, ich bitte die Deutschen dringend, nicht zu vergessen, daß das eines der großen Prinzipien des öffentlichen Rechtes Europas ist." Dann fordert er eine energische Politik Frankreichs gegen Preußen im Namen des Rechtes der Freiheit der Deutschen, im Namen des Rechtes Frankreichs, im Namen des Rechtes der Welt und eine starke Unterstützung Österreichs, das solche Wiedervereingungspläne nicht hat. Die zweite Antwort Frankreichs: Am 12. Juni 1866 Geheimvertrag mit Österreich: Die Umgestaltungen in Deutschland werden von Österreich und Frankreich gemeinsam bestimmt. Frankreich verpflichtet sich, alle österreichischen Gebietsvergrößerungen in Deutschland anzuerkennen, vorausgesetzt, daß sie nicht durch Errichtung einer ganz Deutschland umspannenden Hegemonie das europäische Gleichgewicht stören. Mündliche Österreich abverlangte Erläuterung: Österreich wird keinen Widerspruch gegen einen Vorgang erheben, der aus den Rheinprovinzen einen neuen unabhängigen deutschen Staat machen wird. — Österreich hatte seine deutsche Berufung endgültig aufgegeben.

Bismarck gibt nach keiner Seite nach.

11./14. Juni 1866. Unter Österreichs Führung erklärt die Mehrheit der deutschen Teilstaaten durch Beschluß der Mobilmachung den Krieg gegen das Preußen Bismarcks, gegen das Preußen die-

ser deutschen und demokratischen Vorschläge. Darunter auch das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen und das Herzogtum Nassau – *die* drei Staaten also, durch die das preußische Gebiet längs von Norden nach Süden in zwei Teile auseinandergerissen ist. Eine Konstellation höchster Bedrohung und größten Wagnisses.

Das preußische Heer, da auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhend also das preußische Volk, folgt trotz jahrelangem Verfassungskonflikt, trotz der Beschimpfung Bismarcks und Preußens beinah aus ganz Deutschland und zum Teil aus Preußen selbst, trotz der moralischen Belastung mit einem Krieg Deutscher gegen Deutsche mit voller Geschlossenheit und militärischer Entschlossenheit dem risikoreichen Aufgebot.

Am 15. 6. beginnt der Krieg. Am 3. Juli erringt Preußen nach krisenreicher Schlacht den Sieg von Königgrätz.

Nur eine Möglichkeit hatte Napoleon und hatte Frankreich, als ganz unwahrscheinlich, gar nicht in Rechnung gezogen: einen preußischen Sieg (Oncken). Frankreich stand unmittelbar ohne darauf berechnete Rüstung da. Trotzdem bietet es am 5. Preußen und Österreich seine „Vermittlung" an.

Von Rußland ergeht der Wunsch, die deutsche Einigungsfrage einer europäischen Konferenz vorzulegen.

Die Haltung Englands wird unsicher. 1648 ist aufgerufen.

Bismarck: 1. Er erbringt *sofort* nach Königgrätz den Beweis, daß ihm und damit Preußen das deutsche Ziel und die Mitträgerschaft des deutschen Volkes echt war. Er veranlaßt schnellste Vorbereitung der Ausschreibung zu unmittelbaren Wahlen, zunächst für einen norddeutschen Reichstag. Das Wort Reichstag wird von Bismarck zur amtlichen Bezeichnung gemacht und das Wort *Reich* betont nunmehr anstelle von Bund gesetzt.

2. An Rußland und Frankreich werden Ankündigungen gelenkt, daß bei bleibender Einmischung Bismarck bereit ist, „die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zur Auslösung des großen Widerstandes zu entfesseln".

3. Gleichzeitig jedoch erzwingt er in schwersten Kämpfen, bis zur Rücktrittsdrohung, von König und Armee Österreich gegenüber den Verzicht auf jede Abtretung und auf die Besetzung Wiens. Der innere Grund: Die großdeutsche Lösung ist zwar als *unmittelbare* seit 1848 und seit 1863/65 durch Österreich unmöglich. Eine *mittelbare* Lösung aber muß aus deutschen und aus

geopolitischen Gründen erreichbares Ziel sein und bleiben. Nur so ist die Mitte und damit das deutsche Volk und das entstehende Reich gegen russische, französische und englische Eingriffe zu sichern.

4. Aus *demselben* Grund völlig umgekehrt in Norddeutschland: rücksichtslose Aufhebung des Königreichs Hannover, des Fürstentums Nassau, des Kurfürstentums Hessen, der Freien Reichsstadt Frankfurt, damit für den weiteren Gang der deutschen Einigung die norddeutsche Basis nicht hinfort der Länge nach gespalten, damit „dieser Stachel aus dem Nacken der Monarchie" entfernt ist. Dies führt zu weiterer Empörung der altkonservativen Gegner über solch revolutionäre Mißachtung des Gewordenen. Die Antwort Bismarcks: „Die Eroberung dieser Länder gründet sich auf das Recht der deutschen Nation zu existieren, zu atmen und sich zu einigen." Es ist für ihn die Revolution: die gleichzeitige Zurückaufrollung des „Souveränitätsschwindels der deutschen Fürsten durch 1648", und die Wiederunterordnung einer falschen, unechten, ihrerseits nicht revolutionären, sondern rebellischen Selbständigkeit nach vorne „unter das erneuerte Ganze". Seine innere Antwort (in Gedanken und Erinnerungen) an die Betroffenen: „Ich habe ein volles Verständnis für die Anhänglichkeit der heutigen welfischen Partei an die alte Dynastie, und ich weiß nicht, ob ich ihr, wenn ich als Alt-Hannoveraner geboren wäre, nicht angehörte. Aber ich würde . . . mich nicht wundern, wenn die stärkere Macht der Gesamtnationalität meine dynastische Mannestreue und persönliche Vorliebe schonungslos vernichtete."

5. Jedoch *wieder umgekehrt* gegenüber *Süddeutschland:* Trotz des Sieges auch über alle süddeutschen Staaten Halt an der Mainlinie. Die süddeutschen Staaten und Stämme sollen nicht das Gefühl haben, daß sich die deutsche Einigung als großpreußische Eroberung darstellt. Kein vorschneller Schritt. Der Wiederzusammenschluß der Deutschen in einen Staat soll durch Heran*reifung sich* erbringen. Bismarck auf die Kritik seiner Zeitgenossen: „Hinter der wortreichen Unruhe, mit der Leute außerhalb der Geschäfte nach dem Stein des Weisen suchen, der sofort die deutsche Einheit herstellen könnte, verbirgt sich in der Regel eine flache und jedenfalls impotente Unbekanntschaft mit den Realitäten und ihren Wirkungen". „Daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen . . . Wir können die Uhren vorstellen, die Zeit geht aber deshalb nicht

rascher, und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik." Doch eben dadurch schon 1866 auf diesem Weg hin: Durch die sofortige Ausnutzung der mitten in diesen Friedensverhandlungen, noch am Tage des Abschlusses des Vorfriedens mit Österreich von Frankreich erhobenen Kompensations(!)forderungen (Saarbrükken, Landau, das Großherzogtum Luxemburg, im August dazu noch die bayerische Pfalz und Rheinhessen einschließlich Mainz, Ostfriesland an Holland), der Abschluß geheimer Schutz- und Trutzbündnisse für den Fall eines französischen Angriffs oder einer französischen Einmischung in den weiteren Gang der deutschen Verhältnisse.

6. Und in *Preußen:* Statt Übergehen des vierjährigen Konflikts mit der liberalen Parlamentsmehrheit, statt Umänderung der Verfassung, stellt der rückkehrende Sieger von Königgrätz, getragen von einem ungeheuren Umschwung der Meinung und Zustimmung, vor demselben Parlament mit der ihn seit Jahren ablehnenden und als ungesetzlich regierend erklärenden Mehrheit den Antrag, das Regieren der letzten Jahre nachträglich für gesetzlich zu erklären! Der „reaktionäre Junker", der zur Zeit unbeschränkter Herr des Staates auf Grund echt demokratischer Volksmehrheit sein könnte, macht *keinen* reaktionären Staatsstreich, übt *keine* Vergeltung, sondern, so fassen es die Altkonservativen auf, eher das Umgekehrte: Er vollzieht einen Staatsstreich zur Revolution hin. Zur Anerkennung der Verfassung, ohne dazu gezwungen zu sein. Die verblüffte, zwar durch das geschichtliche Urteil unterlegene, durch diesen Antrag jedoch nach wie vor gesetzliche Mehrheit der Liberalen nennt es beim Namen: „Die Einleitung der neuen Zeit" durch Bismarck. Und der alte leidenschaftliche Demokrat Ruge läßt auf eigene Kosten von Hamburg eine Broschüre in 40000 Exemplaren verteilen: „Schreit nicht gegen Großpreußen. Das ist eine Dummheit. Großpreußen hört auf, Preußen zu sein und wird Deutschland." Was 1848 und 1850 unmöglich war, war durch Bismarck möglich geworden: Die Vereinigung der *beiden* lebenstragenden Kräfte der deutschen Nation seit 1813: die Vereinigung der *deutschen freiheitlichen* Bewegung mit der Tragkraft des *vorhandenen,* fundierten und doch lebendigen Staates und seiner Macht, mit Preußen und dem preußischen Königtum. Und nur in dieser Vereinigung war es gelungen, unter schwerster Bedrohung von seiten des Geistes und der vermeintlichen Rechte

von 1648 *ohne* Einmischung dieser Mächte immerhin bis zu diesem Schritt der Wiederverwirklichung deutscher Einheit zu kommen.

Deshalb die Empfindung auf der Seite der Mächte von 1648, 1815, 1850:

Thiers „*Frankreich* hat die größte Niederlage seit 400 Jahren erlitten." Und in ganz Frankreich der Ruf „Rache für Sadowa (= Königgrätz)". Rache also für den Ausgang einer Schlacht, die überhaupt nicht gegen Frankreich stattgefunden hatte!

Der Kardinal-Staatssekretär des *Vatikans* „Casca il mondo" („Die Welt stürzt ein") – die Welt des niedergerungenen staufisch-gibellinischen Reichs in der Mitte.

Der Staatskanzler *Rußlands,* der Macht, die 1815 und 1850 endgültig die Einheit durch Diktat verhinderte: „Das ist nicht Politik, das ist Revolution."

Das geschichtlich und politisch unmittelbar zusammenfassende Urteil des Schweizer Staatsrechtlehrers und Politikers in badischen Diensten, Professor Bluntschli: „Nach meiner Ansicht ist der gegenwärtige Krieg nichts anderes als die deutsche Revolution in Kriegsform, geleitet von oben statt von unten, der Natur der Monarchie gemäß."

24. Februar 1867. Der norddeutsche Reichstag tritt zusammen, gewählt nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht – in diesem Punkt immer noch im Grunde der Mehrheit der Liberalen wie der Konservativen Preußens nicht willkommen. Sein Präsident: Eduard Simson – derjenige, der 1849 jene Delegation der Frankfurter Nationalversammlung, die dem König von Preußen die Kaiserkrone anbot, angeführt hatte und der der letzte Präsident dieser Nationalversammlung gewesen war. Jetzt verlas der König von Preußen, „ergriffen, wie sonst noch nie bei einer solchen Gelegenheit" die eröffnende Thronrede: Die Aufgabe dieses Organs ist die Einigung des deutschen Volkes an Hand der Tatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern, dazu das Versprechen, daß der norddeutsche Bund, sobald die Verfassung weit genug fortgeschritten sei, den süddeutschen Brüdern seine Hand offen und entgegenkommend darreichen werde. Wie vorher in den Verhandlungen mit den Bundesstaaten, mußte Bismarck jetzt alle seine staatsmännische Kraft aufwenden, die Verfassungsberatung zu einem wirklichen Abschluß zu bringen. Aus dem Reichstag ging, gemäß

der Elementbedeutung, die ihm Bismarck zugewiesen hatte, eine wichtige Verreichlichung der Verfassung über den Entwurf hinaus hervor: Die Schaffung des Amtes des Bundeskanzlers als des für die Bundespolitik durch seine Gegenzeichnung verantwortlichen Reichsbeamten. Verantwortlich vor sich und vor seinem Amt, politisch rede- und rechenschaftspflichtig vor dem Reichstag, juristisch verantwortlich vor dem König. Denn die Verfassung ist konstitutionell. Das besagt, bekräftigt durch den Indemnitätsantrag Bismarcks von 1866: *Weder* ohne die Zustimmung des Königs als Präsident der im Bund befindlichen Teilstaaten *noch* ohne die Zustimmung des Reichstags zu den Grundlagen der Politik oder zum Beschluß der Gesetze sind beide gesetzlich.

Welch außerordentliche Wandlung seit 1862! Der Liberalismus hat in seiner Mehrheit Bismarck als den überzeugten, könnenden und also berufenen Führer zur deutschen Wiedervereinigung erkannt und sein Amt dafür ausgebaut. Die Mehrheit der Liberalen hat durch Bismarck und in Bismarck unter Verzicht auf abstrakte Ideologie die Vereinigung von freiheitlichem und staatlichem Denken vollzogen.

Allerdings diese Wandlung war auch nicht ohne Opfer gegenüber der Revolution für Bismarck: Durch das Sichöffnen der National-Liberalen einerseits, die ablehnende Haltung der Altkonservativen Bismarck gegenüber andererseits, durch die dem Parlament gegebene starke Stellung zum dritten und die Gefahr in der Außenpolitik aus dem politisch-rechtlichen Anspruch „1648", war Bismarck gezwungen, nunmehr die Führung seiner Politik auf die Zustimmung der national-liberalen Fraktion zu gründen zumal auch der Fortgang der Wiedervereinigung in den süddeutschen Staaten vor allem auf den dortigen liberalen Parteien aufruhte. Das aber bedeutete: *Mitten in der Wiedererrichtung der deutschen Einheit und des deutschen Reiches muß er erneut auf das Aufgreifen der Umgestaltung der von ihm so wichtig erkannten neuzeitlichen sozialen Fehlentwicklung im Volkskörper verzichten.* Denn *so* weit hatte sich *auch* der National-Liberalismus nicht vom Individualismus in seinen Grundlagen entfernt und der Vorstellung vom Volk als Organismus und dem Staat als dessen verpflichtetem Wahrer geöffnet. Das Ergebnis von Bismarcks Plänen – der übrigens in seinem zweiten Wahlkreis, Elberfeld, in den norddeutschen Reichstag gewählt worden war mit den Stimmen der Arbeiter gegen die Liberalen – wäre gewesen: daß *im* Wie-

derentstehen des deutschen Reiches der *Staat* den Ansatz gefunden hätte, die *soziale Frage selbst* in die Hand zu nehmen. *Dieser Ansatz ging unter.* Herr Heinemann sollte aber bedenken und sollte es berichten, daß Bismarck diese wirkliche Revolution aufgeben oder zumindest in dieser dafür an sich so wichtigen Wiedergeburtsstunde des Reiches zurückstellen mußte durch die ihn zwingende Entscheidung der Mehrheit der *Demokratie,* herbeigeführt gerade durch die angesprochenen Heinemannschen Demokraten. Doch unmittelbar von der Außenpolitik erzwang sich die Unmöglichkeit zu innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der national-liberalen Mehrheit. Denn:

In denselben Monaten 1867: Frankreich versucht erneut, in die sich bildende Einigung einzugreifen. Zunächst ergeht an Preußen die Forderung der Abtretung des Großherzogtums Luxemburg und der Zustimmung zur Abtretung Belgiens von Holland an Frankreich. Antwort Bismarcks: Vorlage der Frage an die europäischen Signatarmächte des Vertrags über Belgien von 1839, die deutschen Regierungen und den norddeutschen Reichstag. Frankreich überlegt als Antwort den Krieg. Auch Moltke rät zum Krieg. Bismarck: „Man darf nicht Kriege führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen." Ergebnis, die Konferenz der Mächte in London beschließt Herauslösung Luxemburgs aus dem deutschen Bundesverhältnis, jedoch nicht Abtretung an Frankreich, sondern Schleifung der Festung und Neutralisierung des Staates. Bismarck hat zeitlebens jeden Kriegsentschluß vor höchste Verantwortlichkeit gestellt. Es ist ihm seit Jahren und insbesondere in diesen Monaten höchst zweifelhaft, daß der volle Vollzug der Wiedervereinigung Deutschlands ohne Abwehr eines französischen Krieges möglich sein wird. Doch es ist sein größtes Ziel, die Einigung ohne dies und vielleicht sogar mit einem guten Verhältnis zu Frankreich durchzuführen. „Wir werden den Krieg auf uns nehmen, aber anfangen werden wir den Krieg nicht." Eine völlig aussichtslose Hoffnung? Der Gesandte Napoleons, Benedetti, gibt an Napoleon den Rat, die Wiedervereinigung Deutschlands zuzulassen. Wäre dieser Bismarck-Politik gefolgt worden, hätte es einen deutsch-französischen Krieg nicht gegeben, trotz des Elsaß und Straßburgs. Jedoch Napoleon — und Frankreich — nehmen den Rat Benedettis nicht auf. Sondern unmittelbar danach Angebot eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses Frank-

reichs an Österreich. Gegenseitige Verpflichtung, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis die Kriegsziele erreicht seien. Diese sind für Napoleon das gesamte linke Rheinufer, für Österreich bringt er in Vorschlag Schlesien, Ausdehnungen in Süddeutschland nach Belieben, jedoch unter Auslassung Badens. Österreich lehnt sofort ab. Doch im August erneute Vorschläge an Österreich: aktives Bündnis zwischen Frankreich und Österreich zum Zweck der Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse, Bildung eines Südbundes unter dem gemeinschaftlichen Protektorat von Österreich und Frankreich, Räumung der Festung Mainz durch Preußen, Austritt Oberhessens aus dem Nordbund. Österreich lehnt erneut ab.

1868 ein ähnliches Angebot. Österreich lehnt dies ab und versucht die Verhandlungen zu mäßigen. Sie münden 1868/69 in die Überlegung eines Dreibundes Österreich – Italien – Frankreich. Österreich gibt keine entscheidende Zusage. Die Verhandlungen werden steigend und fallend bis 1870 hinein weitergeführt.

6. Juli 1870. Als Österreich sich immer noch nicht voll entscheidet, ergreift Napoleon die Wahl eines Hohenzollern der Sigmaringer Linie durch Spanien zum Kronkandidat als Mittel, den Angriff gegen Preußen in seiner deutschen Aufgabe vernichtend zu führen. Am 6. Juli Erklärung im Parlament, daß Frankreich den völligen Verzicht nicht etwa nur des Hauses Sigmaringen, sondern des preußischen Königshauses Hohenzollern auf diese Kandidatur verlangt. Nach den damaligen Gegebenheiten und der Rolle, die Preußen – gegen manche deutsche Stimme – als Vormacht der erneuten deutschen Einigung übernommen hat, eine volle Demütigung. Schon der Verzicht auf Luxemburg war eine schwere Belastung gewesen. Diese Forderung war so gemeint, daß sie unannehmbar war. Die Forderung war die Zerstörung der deutschen Wiedervereinigung, war der Krieg. Der französische Ministerpräsident noch am 6. Juli an den österreichischen Botschafter: „Wir haben einmütig den Entschluß gefaßt, daß man marschieren muß, wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In 14 Tagen haben wir 400 000 Mann an der Saar, und wir werden den Krieg machen wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, das zu den Grenzen strömen wird." Der Leitartikel des „Pays": „Der Besitz des linken Rheinufers ist für Frankreich nicht nur ein Anfall von Ehrgeiz, der strafbar, nicht eine Herausforderung an die deutsche Nation, die lächerlich sein würde, sondern

ein Gedanke der Sicherheit, der vertretbar und legitim ist. Es gibt heute zwischen Preußen und uns nicht mehr Pufferstaaten und einen Bund, die unser Schutz nach dieser Seite waren; an der Stelle dieser verschwundenen Sicherheit brauchen wir eine andere. Der erste Kanonenschuß wird sie uns wiedergeben."

Als *trotzdem* deutlich wird, daß das Haus Hohenzollern auf die Kandidatur verzichten wird, erfolgt der Beschluß, die Forderungen zu „komplizieren". Darunter: Vorlage der deutschen Frage vor eine europäische Konferenz = 1648. Am 11. Juli wird der Thronverzicht bekannt. Die Linke wie die Rechte droht mit einem Angriff auf das Kabinett, wenn dieses bei Erledigung der Kandidatur Hohenzollern stehen bleibe. Bericht des österreichischen Botschafters Fürst Metternich am 11. Juli nach Wien: „Kaiser Napoleon wird es mit einem neuen Mittel versuchen. Er wird morgen, Dienstag, die Mobilmachung ersten Grades anordnen, ohne den Stand der Frage zu verändern, und glaubt, daß das den Krieg unvermeidlich machen werde." Der österreichische Militärbevollmächtigte in der Nacht vom 11. zum 12. Juli: „Ich rechne den Vorsprung Frankreichs an Zeit auf 8 bis 10 Tage. Man will hier absolut den Krieg, Aufregung sehr groß, der Anlaß populär, das Abwikkeln gefährlich; das Kaiserreich würde allerdings nie wieder solche Vorteile vereinigen und einen solchen Zeitvorsprung gewinnen können. Graf Bismarck hat nur mehr die Wahl zwischen Krieg und einem zweiten Olmütz." Am 12. wirft der General Bourbacki vor Napoleon den Degen auf den Tisch, weil er ihn bei Sichbegnügen nicht mehr tragen will. Frankreich und Napoleon beschließen nachzustoßen: Es geht an den französischen Botschafter der Auftrag, in Ems – im Urlaub des Königs! – von diesem den schriftlichen Verzicht des Hauses Hohenzollern auf ewig zu verlangen. Nach den damaligen Anschauungen und der Lage Preußens in Deutschland und der Lage Deutschlands ein bewußt unmögliches Ansinnen. So weist der König die Forderung auf der Kurpromenade in Ems zurück. Bismarck veröffentlicht noch am 13. abends *diese* Tatsache. Am selben 13. der österreichische Militärattaché aus Paris: „Seit 6 Tagen hat man sich hier nicht mehr auf das Terrain der Kandidatur des Prinzen Hohenzollern gestellt, sondern ausschließlich auf jenes der allgemeinen Notwendigkeit, den Krieg mit Preußen herbeizuführen und endlich auszutragen." Am 19. Juli erklärt unter leidenschaftlicher Zustimmung Frankreichs Napoleon an Preußen den Krieg. Das Kriegsziel: in Berlin den

Frieden zu diktieren. Welchen? In einer Mitteilung an Rußland: das Saargebiet an Frankreich, die gesamten linksrheinischen Gebiete ein eigener deutscher Staat; völlige Aufhebung von 1866 (Rache für Königgrätz), das heißt: Wiederherstellung Hannovers, Kurhessens, Nassaus, Frankfurts, Vergrößerung der deutschen Mittelstaaten aus altpreußischem Gebiet, Bildung von gleich großen Staatengruppen in Deutschland, deren gegenseitiges Gleichgewicht und deren Übergewicht über Preußen eine Einigung Deutschlands verhindert, und als Entgelt für die Duldung des Vormarsches der französischen Armeen bis Berlin und dem damit 1648 in anderer Richtung verletzenden Übergewicht Frankreichs in Europa: gegen Neutralität Rußlands Abtretung Danzigs an Rußland.

Der französische Stoß kommt zu spät. Das Anwachsen der Substanz und die Sicherungen, die Bismarck der entstehenden Einigung gebahnt hat, sind über den kritischen Punkt hinaus. Die französische Einmischung führt zum Gegenteil: zum *Volksentscheid der Deutschen,* ob Bayern, Hessen, Preußen oder Hannoveraner ... für den Wiederaufstieg deutscher Geschichte, zum gesamten deutschen Aufstand gegen diese Einmischung. Das Erfaßtsein der Deutschen von der deutschen Bewegung und ihrer im Norddeutschen Bund vorgebildeten Gestalt, so wie die Brücke, die 1866 mit den schonenden Friedensverträgen und ihrer Verbindung mit den Schutz- und Trutzbündnissen nach Süddeutschland für die Einigung geschlagen wurde, erweist sich als voll tragend. Ohne jede Schwierigkeiten treten die königlich bayrischen, königlich württembergischen und großherzoglich badischen Kontingente... gemäß den Verträgen von 1866 unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zur Verteidigung — und heben damit auch im Inneren ihrer Länder die Bewegung zum endgültigen Vollzug der Einigung Deutschlands auf die Bahn.

Die des Sieges völlig sichere, ausgezeichnet gerüstete, französische Armee steht vor einem Wunder.

Sie steht vor dem Wunder der Einheit von *Volks*entscheid, *Volks*revolution und *Staats*revolution in Kriegsform. Sie steht vor der Kraft der inneren Überzeugung des Heeres — und Deutschlands —, daß nunmehr und endlich die große und tragische Linie, die 1813 anhob, doch zur Vollendung kommt. Aus dieser inneren Überzeugung und Kraft, nicht allein aus der genialen Führung Moltkes, doch mit ihr, erwächst die Fähigkeit, sofort in den opfer-

vollen Schlachten von Wörth am 6. August, Vionville/Mars-la-Tour am 16. und Gravelotte/St. Privat am 18. August und Sedan am 1. und 2. September wie bei Königgrätz vor jeder Einmischung die eigentliche Entscheidung zu fällen. Das Bewußtsein geschichtlicher Erfüllung trägt den Dank im ganzen Volk für diese Siege. Und prägte ihn lange. Jedoch nach 100 Jahren wagt der Herr Bundespräsident Dr. Dr. Heinemann zu sagen und millionenfach zu verbreiten: „Wer . . . die Linie von den Befreiungskriegen . . . bis nach Sedan . . . zieht, verzerrt den Gang der Geschichte." –

Wieder ist es allein das Werk Bismarcks, durch größte Behutsamkeit einerseits und energischstes Vorgehen andererseits alle Kräfte dieses Volksentscheids, das Volk wie den „Staat", die Teilfürsten wie das Reich, die Stämme wie die Ganzheit zu jener gestalteten Wiederzusammenfügung zu führen, an deren Nichtgelingen sowohl 1815 wie 1849 die deutsche Einigungsbewegung gescheitert war.

Es ist nach wie vor die grundsätzliche Vereinigung der gewachsenen alten *und* der echten neuen, revolutionären, Kräfte.

Zugleich steht die große Aufgabe daneben, nicht anders als 1866, sowohl diese Vorgänge wie den Kriegsentscheid so rasch zur Vereinigung kommen zu lassen, daß ein Eingreifen der Mächte aus den Gewohnheiten von 1648, 1815 und 1850 zu spät kommt. Zwar ist eine solche Neigung in Rußland und auch selbst in Österreich durch die bisherige Politik zurückgehalten und ist auch die Stimmung in England zunächst freundlich. Doch darin liegt keine Sicherheit. Wendende Anzeichen deuten sich an.

Am 10. Dezember ist die erste Grundlage gelegt. Sie ist, in allen kritischen Reden dieses Jahres völlig verschwiegen, die verfassungsmäßig demokratische: Der Norddeutsche Reichstag, nochmals, hervorgegangen aus dem zu dieser Zeit nirgends demokratischeren Wahlrecht in der Welt, beschließt am 9. und 10. Dezember die Zustimmung zu den Einigungsverträgen mit den Südstaaten und beschließt damit die Grundverfassung des Reiches mit 188 von 194 Stimmen, dabei die Worte Bund und Präsidium durch Reich und Kaiser ersetzend. Bismarck hält die feierliche Kundgebung zurück, bis die endgültige Sicherheit besteht, daß der König von Bayern, und gerade er, seinerseits bereit ist, namens derer, die nach der bis dahin geltenden Rechtsauffassung die Souveränität in Deutschland verkörpern, namens der Fürsten, als Zeichen der Wiedervereinigung und der Wiederunter-

ordnung unter diese Einheit dem König von Preußen auch ihrerseits die Kaiserkrone anzubieten. Wieder sind es entgegen des Herrn Bundespräsidenten Behauptung von Bismarcks „Zwang" die demokratischen Kräfte, diejenigen, auf deren Seite Herr Heinemann so betonend steht, die mehr Zwang erwarten und die Sonderrechte für Bayern zur Sorge Bismarcks beinah nicht genehmigen wollen – und damit die große Stunde, da der Grundvollzug möglich war, beinah versäumten. Bismarck nach Unterzeichnung des Vertrages mit Bayern zu seiner Umgebung: „Es ist ein Ereignis", dann nach einigem Nachsinnen: „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann recht haben mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren ... Ich wollte nicht pressen, diese Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, *aber er ist so fester.* Was fehlt, mag die Zukunft beschaffen."

Während es um das rechtzeitige Gelingen dieses beiderseitigen Gleichzugs geht, steht der Krieg erneut auf einem gefährlichen Höhepunkt. Die Niederlage Napoleons hat keineswegs die Entscheidung gebracht. Denn der Krieg war ja von Anfang an durchaus nicht sein Krieg gegen die deutsche Wiedervereinigung allein, sondern der der Franzosen. Die Stimmung des *Volkes* hatte ihn letztlich über alle Bedenken hinüber gehoben. Mit seinem Sturz und der Übernahme der Politik hat das Volk unmittelbar den Krieg übernommen. Die aus dem Boden gestampften Volksarmeen bedrohen die Einschließung von Paris. Ein Rückschlag hier würde die Einmischungsgefahr steigern, insbesondere von England aus. Die Anwesenheit der gesamten politischen und militärischen Führung im Feldhauptquartier, das heißt in Versailles, ist Notwendigkeit. So kommt dorthin, nachdem die Bereitschaft des bayrischen Königs sicher erscheint, am 18. Dezember die Abordnung des Norddeutschen Reichstages, um namens dieser demokratischen Körperschaft und ihres Beschlusses den König zu bitten, die ihm von den Fürsten angebotene Kaiserkrone anzunehmen.

Der Führer und Wortführer der Abordnung ist – wiederum wie bei der Eröffnung des Norddeutschen Reichstages 1867 – derselbe, der 1849 vor den damaligen König von Preußen trat, Eduard Simson. Jedoch der Bundespräsident Heinemann in seiner über

alle Sender ausgestrahlten Rede zum 18. Januar ohne irgendwelche Einschränkung: „Als das deutsche Reich vor 100 Jahren in Versailles ausgerufen wurde, war keiner von den 1848ern zugegen." Im Gegenteil: Weil tatsächlich die Szene beinah eine unmittelbar gleiche war wie 1849, nur endlich mit wirklicher Möglichkeit, waren der König wie Simson, wie alle Teilnehmer, tief von dieser Stunde ergriffen. Simson bat diesmal namens der demokratischen Körperschaft den König von Preußen und Präsidenten des Norddeutschen Bundes, die ihm von den Fürsten angebotene Kaiserkrone anzunehmen. In dem *feinen* Unterschied zu 1849 liegt das *ganze* Werk Bismarcks, liegt sein Werk der Vereinigung der deutschen nationalen Bewegung mit dem Gewachsenen und Notwendigen für ihre Grundlegung, liegt *die* Wiedervereinigung *aller* deutscher Kräfte durch *alle* Schwierigkeiten innerdeutscher und außerdeutscher Herkunft hindurch.

Das Ziel und der Ausdruck dieser Vereinigung war die konstitutionelle Verfassung des wiedererrichteten Reiches. Das heißt, die handlungsfähige Verkörperung des Elements deutscher *Staat* — wie seit Jahrhunderten nicht anders — im *Fürsten,* die handlungsfähige Verkörperung des Elements deutsches *Volk* im *Reichstag* und die *untrennbare* verlebendigende *Verbindung* beider in der Notwendigkeit, daß nur ihre *gemeinsame* Zustimmung und Übereinkunft rechtliche Grundlage von Regierung und Gesetzgebung sein können. „Die Bismarcksche Reichsgründung hat das deutsche Nationalbewußtsein einseitig an die monarchisch konservativen Kräfte gebunden. Die Staatsgewalt ging allein von den Fürsten aus." Die das — wie der Herr Bundespräsident und viele andere Heutigen — so oder ähnlich sagen, vergessen entweder aus der Unfähigkeit, die Dinge in ihrer Zeit zu werten, oder aus Absicht: Dieser Anerkennung des Fürstentums als symbolischer Vertretung des Elements Staat, deutscher Staat, stand von Anfang an gegenüber, und den Fürsten bekannt gegenüber, nicht irgendein Reichstag, sondern dieser Reichstag. Das heißt ein Reichstag gegründet auf dem Wahlrecht von 1849, demokratischer als beinah alle Wahlrechte gleicher Zeit. Mehr: In dieser Unmittelbarkeit des gleichen und direkten Wahlrechts vertrat und *sollte* von Bismarck aus dieser Reichstag vertreten nicht nur die politische *Freiheit* des Wählens, sondern die *Einheit* und *Ganzheit* des deutschen Volkes. Bismarck konnte und wollte, in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des ganzen deut-

schen Volkes, die Länder nicht aufheben. So hatte das wieder erstandene Reich kein unmittelbares Reichsterritorium. Denn die unmittelbare Landeshoheit verblieb den Ländern Preußen, Bayern, Hessen ... Und *trotzdem* gelang es Bismarck, *darunter* dem Reich einen breiten unmittelbaren Zusammenhang mit dem Volk und dem Volk als Ganzem nicht nur eine Reichsunmittelbarkeit, sondern eine mit stärkster gesamtreichlicher und verreichlichender Handlungsmacht ausgestattete Wirksamkeit zu schaffen: eben durch das demokratische unmittelbare und gleiche Wahlrecht zum Reichstag und durch die Ausstattung dieses nicht aus Landtagsdelegierten zusammengesetzten Reichstags zum konstitutionellen Partner *jeglicher* Reichsgesetzgebung und Reichsgestaltung. Jedoch der Bundespräsident an die gesamte deutsche Nation (denn eine Rede des Bundespräsidenten der Bundesrepublik wird in allen gewaltsam voneinander geschiedenen deutschen Teilen gehört und vollzieht Wirkung): „Die Reichsgründung hatte die Verbindung von demokratischem und nationalem Wollen zerrissen. Sie hat das deutsche Nationalbewußtsein einseitig an die monarchisch konservativen Kräfte gebunden." Er unterschlägt, nicht wissend oder nicht sehen wollend, nicht nur diese Tatsache. Er unterschlägt, daß es eben Bismarck war und durchaus nicht vorwiegend der Liberalismus, der das demokratische und verreichlichende Element zu einer solchen Einheit von demokratischer *und* nationaler Wirkung gebracht hat in einer völlig bewußten, revolutionären und deshalb überraschenden, zielsicheren Linie seit 1861 aufsteigend.

Am 18. Januar 1871 war die organische Verschmelzung der alten und neuen Elemente durch Bismarcks Staatskunst soweit zur Vollendung gebracht, daß die feierliche *Proklamation* der erneuten deutschen Einigung, aufgebaut einerseits auf den (bis auf Bayern) schon vollzogenen Beschlüssen der verfassungsmäßigen Körperschaften, andererseits auf dem Beschluß der Fürsten, erfolgen konnte. Auch diese Proklamation findet in Versailles statt. Der Herr Bundespräsident: „Für unsere französischen Nachbarn war es eine tiefe Demütigung, daß unser Nationalstaat in ihrem Lande ausgerufen und ihnen zugleich Elsaß-Lothringen weggenommen wurde. Diese Demütigung konnte Frankreich nicht vergessen." Zunächst: Auch diese Proklamation *mußte* in Versailles stattfinden. Denn die Kriegsfrage war noch keineswegs endgültig entschieden. Im Gegenteil, dieser 18. Januar lag in Versailles, dem Haupt-

quartier, datumsmäßig wie geographisch mitten zwischen entscheidenden kritischen Schlachten: im Süden vom 10. bis 12. Januar die dreitägige Schlacht von Le Mans, im Südosten am 15. und 17. die Schlacht an der Lisaine, im Norden am 19. Januar die Schlacht von St. Quentin, im Rücken der drohende Vormarsch einer Armee zum Entsatz von Belfort und somit der Durchschneidung der rückwärtigen Verbindungen, und vor sich ein drohender Großausfall aus Paris, der schon am 19. Januar sogar alle in Versailles liegenden Truppen bis auf zwei Landwehrkompanien abzog. Dies alles eingebettet in einer anwachsenden Möglichkeit eines von England ausgehenden, von Neutralen wie Holland lebhaft begrüßten, von einer Kriegsgreuellügenpropaganda wie 1914/18 geschürten, Eingreifens in den Krieg. Es war gar nicht anders möglich, als die Proklamation der erreichten deutschen Wiedervereinigung im Hauptquartier vorzunehmen. Und es war zugleich *sinnvoll,* sie in dem sie erkämpfenden Volk, d. h. inmitten des Heeres, auszurufen. Und zum dritten: Die „Demütigung" unseres französischen Nachbarn – warum hat Herr Heinemann auch nicht *ein* Wort für die Demütigungen, die unentwegt seit 1648 ohne jede Rücksicht auf die „Gefühle seines Nachbarn" Frankreich dem deutschen Volk zugefügt hat und gemäß den Kriegszielen *dieses* von *ihm* begonnenen Krieges – mit Friedensdiktat in Berlin, Zerstörung der deutschen Einheit und möglichste Abtrennung des linken Rheinufers, bedenkenlos dem deutschen Volk weiter zugefügt hätte, wäre nicht endlich der Aufstand des deutschen Volkes erfolgt?

Der große Tag von Versailles, die Erfüllung des immer erneuten Bestrebens der Wiederumwendung der deutschen Gestaltung und deutschen Geschichte seit 1813 fand statt in der feierlichen Versammlung des Volkes als Heer, vertreten von den Truppenteilen, die in der Nähe Versailles' lagen und trotz der rings drohenden Schlachten abgezogen werden konnten. So vereinte sie um das Hauptquartier einen Teil der Fürsten, der Heerführer und – auf ausdrücklichen Befehl des Kronprinzen als dem Oberkommandierenden der 3. Armee – das Volk, vertreten durch die, die in dieser Lage im echten Sinne Vertreter des Volkes waren: Aus jeder Einheit ein Offizier, ein Fahnenträger und zwei Angehörige des Mannschafts- oder Unteroffizierscorps, vorab solche, die das Eiserne Kreuz erworben hatten, ferner alle abkömmlichen Mannschaften mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse aus der nächsten Umgebung von Versailles. Sie stammten, wie die Berufslisten zeigen,

aus *allen* Schichten und Ständen des Volkes. Ihre Zahl im Spiegelsaal – zwischen 450 und 500 – betrug über ein Drittel der Beteiligten. Sie standen rechts von der Kaisertribüne, die Fahnenträger hinter ihr. Jedoch der Herr Bundespräsident in offenkundiger Unkenntnis und außerdem offenbar zur Erzeugung eines bestimmten Geschichtsbewußtseins heute im Volk: „Um den Kaiser standen in Versailles allein die Fürsten, die Generäle, die Hofbeamten, aber keine Volksvertreter." Gewiß: Es standen keine Abgeordneten dort. Sie hatten vorher in Versailles gestanden. Aber es standen diejenigen dort, die als durch Tapferkeit ausgezeichnete Mitglieder des Volkes in Waffen in diesem Zusammenhang die berufenen Volksvertreter waren. Ohne Zweifel berufener als etwa Bebel und Liebknecht und andere Sozialdemokraten, deren Nichtanwesenheit der Herr Bundespräsident so sehr bedauert, die diesem Volk in Waffen die Kriegskredite nicht bewilligt hatten, weil es ihnen, entgegen der überwältigenden demokratischen Mehrheit des deutschen Volkes, überhaupt nicht um deutsche Wiedervereinigung oder ähnliches ging, sondern um den Sturz nicht nur der Staats-, sondern der gesamten Gesellschaftsordnung für die Diktatur einer Klasse, ohne jede Rücksicht auf andere Lösungsmöglichkeiten, für die eben Bismarck offenbar weit offener war, als Herrn Heinemanns Liberal-Demokraten.

Was aber die „Wegnahme" Elsaß-Lothringens anbelangt, die bei der Proklamation in Versailles keine Rolle spielte, aber von der vollen Mehrheit des deutschen Volkes und Heeres als unabdingbare Notwendigkeit angesehen wurde, dazu folgendes: 1. Es war keine *Weg*nahme, sondern eine *Rück*nahme, eine Rücknahme eines Gebietes, das volklich und geschichtlich nicht nur nebenbei, sondern durch Jahrhunderte kulturell und politisch tragend zu Deutschland gehört hatte und dessen Wegreißung durch *Frankreich* zur Grundlage der Politik von 1648, nämlich zur Grundlage der Ausübung dieser Politik von *Deutschland* abgerissen worden war. Und zwar mit dem Zweck, strategische Grundlage jederzeitiger weiterer Eingriffsmöglichkeit nach Deutschland zu sein. Das müßte der Herr Bundespräsident wissen, da er noch einen echten Geschichtsunterricht genossen hat, und er müßte es beurteilen können, da einem Bundespräsidenten die Fähigkeit politischer Einsicht abgefordert werden kann. Von allen volklichen und geschichtlichen Rechten auf das Elsaß, die ohnehin seine Rücknahme für Frankreich nicht zu einer „Demütigung" und Beraubung

machen konnten, abgesehen drei Zeugnisse für den *weiteren* zwingenden Grund:

Richelieu in einem Gutachten 1629: „Dann muß man darauf bedacht sein, sich in Metz zu befestigen und bis Straßburg vorzurücken . . ., um einen Eingang nach Deutschland zu gewinnen." 1854 der König von Württemberg: „Der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn solange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit . . . ohne Rückhalt hinzugeben. Solange Straßburg ein Ausfalltor für eine stets waffenbereite Armee von 100 bis 150 000 Mann ist, bleibt Deutschland in der Lage, nicht rechtzeitig mit ebenso starken Streitkräften am Oberrhein eintreten zu können — die Franzosen werden stets früher da sein." Bismarck im Hinweis darauf 1870: „Ich glaube, dieser aus dem Leben gegriffene Fall sagt alles . . . Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzugs von seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen." Bismarck hätte nie einen Krieg *begonnen,* um diese stategische Gefährdung der deutschen Einheit durch Rücknahme des Elsaß zu beseitigen. Aber *da* nun Frankreich *wiederum* angegriffen hatte, um die werdende Wiedervereinigung Deutschlands erneut zu vernichten, war nun zur Sicherung dieser trotzdem eben erreichten Wiedervereinigung diese Rücknahme neben sonstigen milden Friedensbedingungen Gebot. Denn daß trotz, ja gerade wegen des Sieges die Bedrohung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes und der Mitte Europas weiter währen würde, völlig unabhängig von der sogenannten Demütigung durch die Rücknahme des Elsaß, mußte aus Geschichte und Einstellung der französischen Nation, ob geführt durch Napoleon oder Thiers, Gewißheit sein. Die Niederlage allein, das Mißlingen des Stoßes gegen die deutsche Wiedervereinigung allein hätte in Frankreich als „Demütigung" dazu ausgereicht.

Der alte Traum von 1813, immer wieder in seiner Erfüllung mißlungen, war in Erfüllung gegangen. So faßte es die völlige Mehrheit im deutschen Volk auf. Jedoch nach der Ansicht des Herrn Bundespräsidenten von 1971 und der Seinen in Politik und Wissenschaft war es ein Mißlingen, eine Verzerrung des eigentlichen Stroms der Geschichte, die Brechung, ja die Verhinderung der *Revolution* durch die *Reaktion*.

Unter dieser Fragestellung hat diese Datenkette gestanden.

Das Ergebnis: Bismarcks Leistung war nicht eine Verzerrung, nicht eine Verhinderung des Stromes, der in der Geschichte aus der Geschichte Deutschlands nach seinem Durchbruch suchte, sondern Bismarcks Leistung war eben die, daß er diesem Strom den Durchbruch ermöglichte.

So sucht der Widerspruch gegen diese Leistung einen neuen Grund. Es wiederholt sich in allen anklagenden Gedenkreden und Gedenkschriften dieses Jahres das Bedauern: Die Einigung geschah von oben statt von unten.

Es dürfte richtiger sein zu sagen: sie geschah durch Bismarck. Sie geschah durch Bismarck, indem er das „Oben" zwang, revolutionär zwang, sich dem deutschen Wollen in der tiefen Schicht zu öffnen, ihm die staatliche Macht und damit die eigene staatliche Hoheit zur Verfügung zu stellen. Es gelang Bismarck dies, indem er sich eben diesem Strom des „Unten" zuwandte, ihn sich und sich ihm einverleibte, ihn machtvoll klärte und zusammenfaßte und damit, in *seiner* Personalunion von oben und unten, das „Oben" zwang, diese Revolution mit sich zu vereinen unter rücksichtsloser Abtrennung der Reaktion, wie umgekehrt unter rücksichtsloser Ausscheidung oder durch Beschneidung *der* Elemente der Revolution von unten, die in Wirklichkeit *nicht* aus der deutschen Revolution stammten und bei Lage der gegebenen unveränderbaren Verhältnisse, unveränderbar auch durch sie, die eigentliche deutsche Revolution zum Zerströmen statt zur Kraft führen mußten.

Bismarcks große Leistung war nicht der Kampf *gegen* die Revolution, sondern der Kampf *um* die Revolution. Bismarck war der große *Bändiger* der Revolution, nicht in dem Sinne, daß er sie reaktionär verzerrte durch Entmachtung im ganzen oder in Teilen, sondern in dem Sinne, daß er wo notwendig, Falsches und ihr nicht Zugehöriges ausscheidend, ohne jede Sorge, damit als der Erzfeind der Revolution zu gelten, wo notwendig ihre Zielkraft

erweiternd und verstärkend sie aus einem breitflächig wirbelnden Gewässer zu einem geformten aber dadurch erst machtvollen Strom zusammenfaßte *und* ihm das Bett grub. Jeder Revolution gesellen sich Kräfte zu, denen es um Unmögliches und also Utopisches, oder um nihilistische Auflösung an sich oder lediglich um die Lust des Veränderns geht. Diese Revolutionsbewegung der Deutschen war, es wurde herangeführt, darüber hinaus verunklart, daß in ihr durch unscharfes Erfassen schicksalsvoller Schwierigkeiten der deutschen Geschichte zwei ganz verschiedene Revolutionsvorstellungen sich vermengt hatten. Die der lebendigen Vereinigung von Volk und Staat, von Hineinstellung des dazu befreiten Bürgers in das Mittragen der Ganzheit des Volkes — und jene Revolutionsideologie, die, geboren aus der abstrakten Autonomievorstellung des Individuums, streng genommen diese Ganzheiten zur Auflösung bringen mußte und vielfach auch wollte. Bismarck ging es nicht um die *Verzerrung* des Auftrags des 19. Jahrhunderts für die deutsche Geschichte: sondern um die *Entzerrung* der großen Bewegung im deutschen Volke, die notwendig war, um endlich die Re-volution gegen alle jene Kräfte verschiedenster Art vorzunehmen, die die deutsche Einheit und Volksgestaltung seit Jahrhunderten von *innen* und von *außen* verzerrt hatten. Und nur durch diese, den *eigentlichen* Sinn der deutschen Revolution unverrückt in sich behaltende, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite rücksichtslos zurückdrängende oder vorbrechenlassende Kraft gelang es ihm und damit der echten und aufgetragenen Revolution, das Aufgetragene endlich zu erringen: die Zusammenführung der deutschen Kräfte zur Wiedervereinigung und Neuerrichtung des Reiches gegen alle reaktionären und falsch-revolutionären Kräfte im Inneren *und* alle diese Wiedervereinigung und Freiheit bedrohlich von außen umlagernden Kräfte aus der Konstruktion von 1648. Durch *seine* Vereinigung mit der Revolution und durch *seine* bändigende und formende Kraft der Revolution, durch *sein* Vereinigtsein mit Staat und Volk hob Bismarck „mit der vulkanischen Kraft der Revolution das Reich in die Höhe, ohne daß es dabei zur Eruption und zur Bildung eines Kraters gekommen ist" (Rein). Das ist seine Größe. Das war die Gnade dieser Stunde für Deutschland.

Keine Bewegung nur von unten, keine noch so demokratische, hätte in den Gegebenheiten des Jahrhunderts je die Möglichkeit besessen, dieses Vielfache, seit Jahrhunderten in immer neuem

Bedrängen verschlungene und verknotete Gefesseltsein der deutschen politischen Einheit und Lebendigkeit zu entwirren und zu lösen.

Die national-liberale oder national-demokratische Bewegung, aus so gutem subjektivem Willen sie kam, hätte diese Lösung allein von sich aus nie herbeigebracht. Das deutsche Volk wäre 1900 noch genauso ungeeint gewesen wie 1815 oder 1850 – und dies inmitten einer Umgebung von zu höchster Kraft des politischen einheitlichen und rücksichtslosen Wollens in Weltpolitik und Industrialisierung entwickelter Völker und Mächte. Möchte im Ernst einer jener, die zur Feier des Jahrhunderts dieses Werk bedauern, den Zustand des Ungeeintseins und der uferlosen und zerschellenden Revolution um 1900 herbeigewünscht sehen?

In Achtung vor Bismarcks revolutionär konservativem Werk beugen *wir* uns in Dankbarkeit und Ehrfurcht heute vor diesem Tag vor 100 Jahren wie unsere Vorväter damals.

4. Nach 1871

Kaum ist der Vorwurf an Bismarck, daß er der Reaktionär gewesen sei, der Hemmende des eigentlich der deutschen Geschichte innewohnenden Gangs, für die Zeit vor 1871 widerlegt, wird er für die Zeit nach der Reichsgründung erneut erhoben. Nunmehr dahin: Nach der großen Zeit, in der selbst Bismarck umstürzend und revolutionär gestaltet habe, sei er bedauerlicherweise *nunmehr* übergewechselt zu einer Politik der konservativen, richtiger der reaktionären, zeitungemäßen Festhaltung, ja Erstarrung.

Diese Scheidung zwischen konservativ und revolutionär ist für die Zeit von 1870 bis 1890 genau so falsch, wie sie falsch war für die Zeit von 1847 bis 1871.

Das Unrichtige an dieser Behauptung ist nicht nur schmerzhaft als Unwahrheit gegenüber der geschichtlichen Wirklichkeit und der Leistung *Bismarcks,* sondern ist *darüber hinaus* gefährlich als Zeichen politisch-historischer und damit vermutlich auch politisch-gegenwärtiger Erkenntnisunfähigkeit.

Wovor stand Bismarck 1871?

Davor, es wurde gleich am Anfang gesagt: daß *er* derjenige war, der für das Geschaffene von 1871 mehr als jeder andere Sorge empfand. Bismarck (1872): „Mein Schlaf ist keine Erholung, ich

träume weiter, was ich wachend denke. Neulich sah ich die Karte von Deutschland vor mir, darin tauchte ein fauler Flecken nach dem anderen auf und blätterte sich ab."

Denn wovor standen Bismarcks Sorgen nunmehr?

1. Die deutsche Einheit war letztlich dann doch so schnell aus innerem Wachstum ermöglicht worden durch den gefühlsmäßigen Schwung des gesamtdeutschen Aufstandes gegen die erneute Bedrohung durch Frankreich. Jetzt bestand *innenpolitisch* die Aufgabe, dieses im Schwung des Gefühls für das Große über vieles noch hemmende und wirkende Kleine hinweg Geschaffene sich auch im Alltag und für den Alltag verfassungsmäßig organisieren und die reichsbildenden Elemente klare Anschauung und feste Institutionen werden zu lassen, ob bei Fürsten, Volk oder beim Element Reichstag.

2. Bismarck stand zugleich *außenpolitisch* davor, den endlich gelungenen Durchbruch durch 1648 nun vor der erneuten Möglichkeit der Vereinigung der Mächte um die deutsche Einheit herum zu ihrer Wiederauflösung zu schützen. Denn auch hier war in überraschendem Schwunge zum Durchbruch gebracht worden, was jetzt neue *Gewohnheit* werden mußte. Es war England, das für diesen Vorgang den Begriff der „germanischen Revolution" prägte und damit zeigte, wie umstürzend oder zurückverändernd für Theorie und Bestand der politischen Eigenkonstruktion diese innerdeutsche Umwandlung empfunden wurde. Am 9.Februar 1871 der damalige Führer der Opposition Disraeli, 1874–1880 als Lord Beaconsfield Premierminister, im englischen Unterhaus: „Dieser Krieg bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts ... Es gibt keine überkommene Auffassung der Diplomatie, die nicht fortgeschwemmt ist ... Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört, und das Land, welches am meisten leidet, und die Wirkungen dieser großen Veränderungen am meisten spürt, ist England" – weil hinfort dieses Gleichgewicht nicht mehr von London aus balanciert werden kann, sondern von der Mitte, von Berlin her (Bussmann). Und es war Frankreich, das, obwohl es den Krieg rücksichtslos begonnen hatte mit dem Ziel der Vernichtung jeglichen deutschen Einigungsstrebens als „Revanche für Königgrätz", nun nach „Revanche für 1870" rief, das heißt: nach neuem Auseinanderbrechen der deutschen Einheit. Es war Bismarck unvergessen – und sollte dem Herrn Bundespräsiden-

ten unvergessen sein –, daß es die feierliche Formulierung des jetzigen ersten Präsidenten der Republik Frankreich, Thiers, war: „Ich rate den Deutschen dringend . . . zu überlegen, daß das größte Prinzip der europäischen Politik ist, daß Deutschland zusammengesetzt sei aus unabhängigen Staaten, verbunden untereinander durch ein einfaches föderatives Band . . ., und daß alle Mächte Europas daran festhalten, immer mit dieser wesentlichen Bedingung, daß Deutschland zusammengesetzt sei aus unabhängigen Staaten . . ." Diese Mächte als einkreisende Bundesgenossen wieder um sich zu scharen, mußte der drohende Versuch jeder französischen Politik sein. Ein Bundesgenosse lag sehr nahe: das 1866 geschlagene Österreich, das 1866, wie 1867 und beinah noch 1869 Frankreich gegen die deutsche Einigung bedrohlich zugänglich gewesen war. Ein weiterer war nicht fern: Dänemark, das deutsche Länder hatte herausgeben müssen. In England hatten viele Stimmen bereits in der zweiten Kriegshälfte, unter bedenkenloser Aufnahme und Weitergabe jener Greuelhetze, zum Eingreifen geneigt. Der für Deutschland gefährlichste Bundesgenosse Frankreichs, Rußland, hatte 1870/71 stillgehalten als Erfolg von Bismarcks Zügelung der preußischen Politik 1856, 1863 und mitten im Krieg von 1870/71 durch die Förderung der russischen Bestrebungen, die ihm 1856 von England und Frankreich auferlegte Sperrklausel gegen die Durchfahrt russischer Schiffe durch den Bosporus wieder aufzuheben. Aber: Bismarck wußte in Rußland eine Bewegung im Wachsen, die nicht anders als Frankreich und vielleicht England in einem geeinten und starken Deutschland *den* Gegner ihrer Erfüllung sah: die *panslawistische* Bewegung.

Beide Sorgen stehen 1871 vor Bismarck als *eine:* die *Sicherung des Reichsbestandes* nach innen wie nach außen, *von innen* nach außen.

a) Die Innenpolitik 1871–1890

Von innen nach außen: Dies konnte von vornherein nicht heißen reaktionäres Stehenbleiben, sondern mußte heißen: dem Strom der eigentlichen deutschen Umgestaltung mußte weiter bahngebrochen werden, die Verreichlichung mußte weitergeführt werden.

Das große verreichlichende Element von sich aus und für Bismarcks Gestaltungswillen konnten weniger die Bundesfürsten und Bundesregierungen, vereint im Bundesrat, sein. Es sollte nach Bismarcks Willen und konnte es vor allem sein der Reichstag. Der Reichstag der unmittelbaren gleichen Wahlen, der Reichstag, der die Nation unmittelbar heranführte. Frage: War er es auch, wurde er es? Niemals entscheidet die Niederschrift und die Absicht einer Verfassung genau darüber, welches tatsächliche Gewicht ihre Elemente zueinander im Verfassungs*leben* entwickeln.

Was Bismarck vorschwebte zu diesem Zweck, war eine Volksvertretung, getragen von diesem großen Ziel, eine Volksvertretung, die im Reichstag zu einer großen tragenden Mehrheit, zu einer reichstragenden, nach vorne sehenden Mehrheit wurde.

Hatten die großen von Bismarck herbeigeführten Ereignisse von 1866 und 1870 diese innere und diese parteipolitische Wandlung herbeigeführt?

Ohne Zweifel: Der Reichstag von 1871 und den folgenden Jahren gab der Bismarckschen Politik durch die starke national-liberale und die freikonservative Partei eine große Mehrheit. Und ohne Zweifel, es wurde die Verreichlichung durch den Reichstag und den Gebrauch, den Bismarck von ihm machte, schnell und wesentlich vorwärtsgetragen in den großen Reichgesetzgebungen im Bereich von Wirtschaft, Verkehr, Handel, Erweiterung der Reichsbefugnis zur Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, die Gründung der Reichsbank usw.

Aber dies konnte Bismarck nicht darüber hinwegtäuschen: die Eigenart des Geistes, dessen die wirkliche Fortgestaltung des Reiches im Inneren eigentlich bedurfte, war in dieser Mehrheit nicht gegeben. Der Parteigeist stand trotz allem über dem Gesamtgeist. Nur unter Verzicht des Aufgreifens der Bismarck immer mehr beunruhigenden sozialen Frage war mit dieser Mehrheit zu regieren. Erneut machten die notwendigen Militärausgaben große Schwierigkeiten. Der Parteigeist, das heißt jene deutsche Krankheit des sich Festbeißens und des Übersteigerns von Einzelideologien gegenüber dem Ganzen und ohne Rücksicht auf das Ganze bestimmte das Nichtmitgehen der doch eigentlich Berufenen: der Konservativen. Aber mehr: Die Reichsgründung und der Vollzug von 1870/71 war begeistert getragen gewesen von der vollen Mehrheit des deutschen Volkes. Doch jene etwa 20 Prozent, die aus dieser deutschen Neigung dagegen waren oder Bedenken

hatten, die dieses Reich im Grunde ablehnten, und aus parteilichen, also Einzelinteressen, lieber den alten lockeren deutschen Bund bewahrt hätten oder wieder herbeiführen würden oder aus anderer Einstellung überhaupt Volk, Staat und Reich ablehnten, saßen zu Parteien erstarrt und übersteigert in diesem Reichstag, der – aus dem Gang der deutschen Geschichte und keineswegs um Bismarcks willen – die Aufgabe hatte, das neue Reich zum Ganzen fortzuentwickeln. Es waren dies die Partei der Welfen, der preußischen Polen, die Partei Bebels und Liebknechts und: das (katholische) Zentrum.

Für Bismarcks Sorge beinhaltete dies: nicht der Reaktion oder dem Beharren, sondern dem revolutionären Umgestalten weiter der Führende zu bleiben.

So fallen in diese zwei Jahrzehnte in den allgemeinen vorrükkenden Ausbau des Reiches hinein zwei große solche Notwendigkeiten und Versuche. Jeder sich etwa mit dem einen der beiden Jahrzehnte deckend, mit den 70er und mit den 80er Jahren.

Der „Kultur"-Kampf

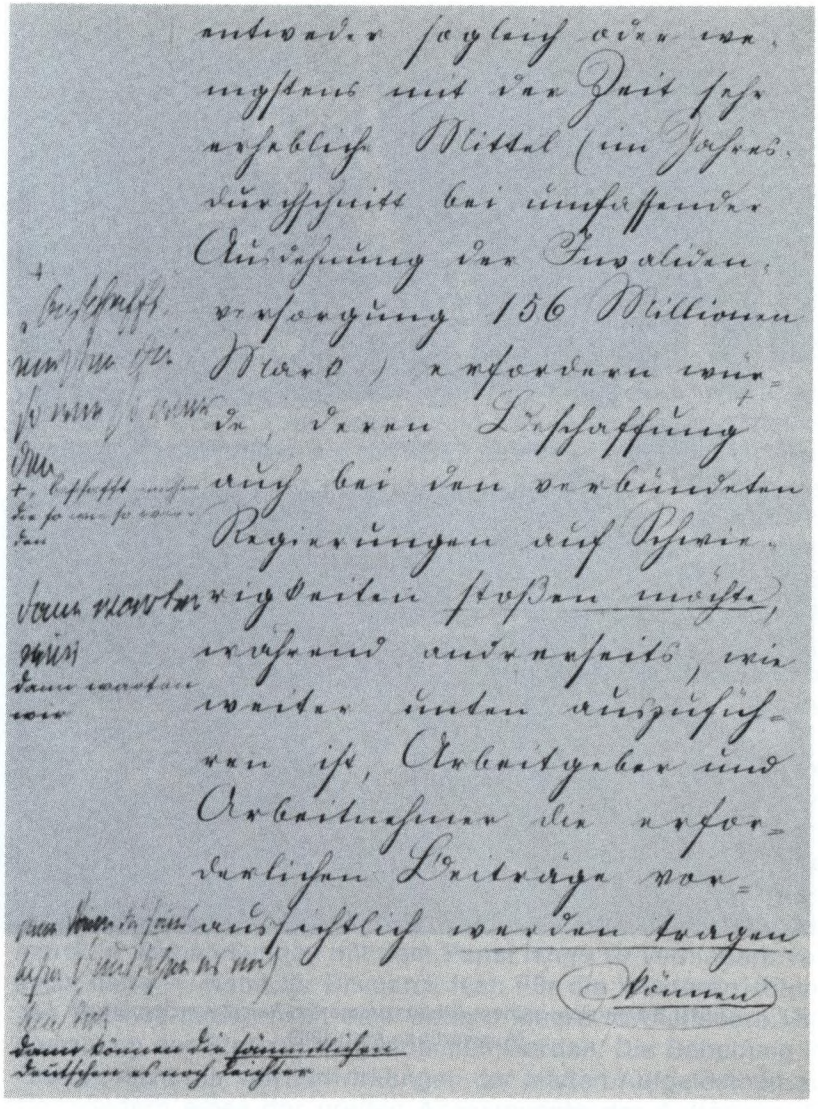
Es ist im ersten Jahrzehnt der sogenannte Kulturkampf. Vom Herrn Bundespräsidenten angesprochen als Bismarcks „Kampf mit", das heißt gegen den „katholischen Bevölkerungsteil". Also, so muß der heutige Schüler verstehen, ein Kampf, in dem Bismarck *wieder* der Freiheit in den Weg trat, ein Kampf der Reaktion gegen die neuzeitliche Bewegtheit. Keiner erfährt, daß das Gegenteil der Fall war: die Verteidigung des Neugewordenen und Neuwerdenden gegen die sich aufrichtende Reaktion des Uralten.

Zwei Dinge trafen zusammen, die diesen Kampf erzwangen:

1. Die steil aufgestiegene Um- und Rückbildung der katholischen Kirche zu einer völlig monarchischen Organisation in sich und zur Beanspruchung der herrschenden Stellung über Staat und Freiheit des geistigen Lebens. Mitten in den großen Umwandlungen der 60er Jahre in Deutschland wie in der europäischen Welt war von Rom aus 1864 die Enzyklika Quanta cura (Welch große Sorge) und der Syllabus errorum (Verzeichnis der liberalen Irrtümer) erlassen worden. Hauptsätze: Die Kirche ist dem Staat übergeordnet; der Staat hat keinerlei Recht in und über die Kirche; der Staat hat kein Recht, die Freiheiten der Kirche, ihre

Lehre, ihre Bischöfe irgend einzuschränken, ihr die Jugenderziehung zu entziehen, in ihren theologischen Unterricht sich einzumischen; der Staat hat die Kirche zu finanzieren, zu privilegieren, ihr durch seinen Schutz die Möglichkeit freier Selbstentfaltung zu schaffen, die Verletzer der katholischen Religion durch gesetzliche Strafen zu verfolgen; die Kirche hat eine Gewalt auch im Zeitlichen; sie hat die Macht, äußeren Zwang und heilsame Gewalt zu üben gegen einzelne, wie gegen Fürsten und Völker. Darauffolgend: 1870, mitten im deutsch-französischen Kriege: Verkündung der Unfehlbarkeit des Papstes, damit verbunden völlige Unterordnung der Bischöfe und des Bischofsamtes unter die unmittelbare Regierung des Papstes. Die geistige Folge von 1864 und 1870: die Verdammung beinah der gesamten neuen Wissenschaft und Geisteshaltung überhaupt, und innerhalb der Kirche die Fesselung jeder wissenschaftlichen Theologie und freien Fühlung mit den geistigen Bewegungen in Philosophie und Wissenschaft. Was sich hier vollzogen hatte, war mitten in den revolutionären Umgestaltungen Deutschlands und Europas die Wiedererhebung jenes Anspruchs der Kirche über den Staat, der zum Untergang des mittelalterlichen Reiches geführt hatte. Welche Folgerungen mußte dies nun politisch haben gegenüber einem Reich mit protestantischer Dynastie und der geistig liberal bestimmten Bewegtheit seiner tragenden Schicht? Welche Folgen mußte die neue völlige Unterordnung der Bischöfe haben in einem Staat wie Preußen, in dem durch eine merkwürdige Mischung von friederizianischer Gesetzgebung, Freiheiten von 1848 und Gesetzen der Restaurationszeit nach 1848 der Kirche völlig freie Stellenbesetzung gewährt war und durch die strenge Konfessionalisierung der Volksschule, verbunden mit der kirchlichen Schulaufsicht, die Prägung der Haltung zu Staat und Reich nunmehr dieser *so* umgeformten Kirche ausgehändigt war? Einer Kirche zudem, deren alles leitende absolut monarchische Instanz außerhalb Preußens, außerhalb Deutschlands, „jenseits der Berge" („ultramontan") war?

2. Diese mögliche Gefahr, die aus dem neuen Geist und Anspruch der Kirche vermittels dieser verfassungsrechtlichen Stellung der Kirche in Preußen und auch anderen der Bundesländer drohte, wurde zu einer aktiven, als gleichzeitig mit dem Wiedervollzug der Einheit im französisch-deutschen Krieg und dem Spitzenvollzug in Rom durch das Unfehlbarkeitsdogma die Gründung



Aus dem schweren Kampf gegen Liberalismus und bürokratischen Konservatismus um den Kerngedanken der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, den der Übernahme der Beiträge durch das Reich: Zusammenfassung der Bedenken der bundesstaatlichen Regierungen durch den Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren von Boetticher am 13. Oktober 1887 – mitten in den großen Sorgen Bismarcks um die Erhaltung des europäischen Bündnis-Systems. Die vorgehende Seite lautet: „Der preußische Herr Ministerpräsident zieht eine Invalidenversorgung auf alleinige Kosten des Reiches vor. Es handle sich um ein nationales Bedürfnis, welches aus dem Nationalvermögen zu befriedigen sei, auch würden durch solchen Eintritt des Reichs die Bedenken gegen eine zu große Belastung einzelner Berufszweige beseitigt werden. Bei der Prüfung der Frage, welche Bedenken diesem Vorschlage entgegengehalten werden können, ist zunächst daran zu erinnern, daß die alleinige Belastung des Reichs . . . " Bismarcks scharfe Einwendungen sind in Kanzleischrift auf dem Aktenstück selber lesbar gemacht.

Fürst Bismarck in seinem Arbeitszimmer im Reichskanzlerpalais (Auswärtigen Amt) 1889.

einer nur katholischen Partei erfolgte: die des Zentrums, und als sofort deutlich wurde, daß dieses Zentrum seine politische Aufgabe darin sah, die erneute Reichswerdung entweder unter die neuen Gedankengänge des Ultramontanismus zu stellen – oder hintan zu halten. Das erstere zeigte – mitten im Krieg! – die Forderung an Bismarck, daß das werdende Reich die Aufgabe habe, den römischen Kirchenstaat gegen die italienische Einigung für den Papst zurückzuerobern – und damit mit der ganzen Welt eben als das wie vorausgesagt die Hegemonie und den Eingriff sich beimessende Reich in Krieg zu geraten. Es zeigte sich weiterhin, als diese Partei sofort bei der Eröffnung des neuen Reichstags die feierliche Thronerklärung Kaiser Wilhelms, daß das Reich sich in keinerlei Belange fremder Staaten je einmischen werde, aus demselben Grund zum Gegenstand von Angriffen machte. Es zeigte sich zum dritten, als vom Erzbischof Ketteler von Mainz gefordert wurde, daß die besondere, eben besprochene Stellung, die die katholische Kirche in Preußen hatte, in die Reichsverfassung aufgenommen und damit auch den Ländern, in denen sie nicht bestand, oktroyiert werden sollte. Es wurde viertens erwiesen durch die enge Verbindung, die diese Partei ohne jede Rücksicht auf die Konfession mit allen im Reichstag befindlichen Gegnern der neuen Ordnung einging: den Welfen, den preußischen Polen, den elsässischen Abgeordneten und, von Fall zu Fall, der Sozialdemokratie.

Erst als deutlich geworden war, daß diese katholische Partei vorhatte, die verfassungsrechtlichen preußischen Vorteile der Kirche für ihren politischen Kampf zu nutzen, und *zudem* deutlich geworden war, daß die Kurie bereit war, diese politische Partei als Rammbock für die Ausnützung der Stellung der Kirche, der ultramontan eingestellten Kirche, im Staat zu benutzen – was Bismarck in Verhandlungen mit dem Papst lange zu verhindern versucht hatte –, stand für Bismarck fest: Für die Wiedererrichtung des Reiches mußte noch eine weitere innere revolutionäre Umgestaltung der Struktur vorgenommen werden. Die Behebung im Grunde nicht nur von Einwirkungen der letzten Aufgelöstheit auf sie, sondern eines der *uralten* Ansatzpunkte der Auflösung. Es ging dabei Bismarck in keiner Weise um eine Bekämpfung des katholischen Volksteils, sondern im Vordergrund um den Kampf gegen eine *Partei, soweit* sie Ziele vertrat, die dem eben entstandenen Reich gefährlich waren, und letztlich um die uralte Klärung

der Stellung von Staat und Kirche, nunmehr im Organismus des neuen Reiches. Es war unumgänglich, daß diesen erneuten uralten Herrschaftsansprüchen der Kirche die Einfallsmöglichkeit genommen werden mußte durch die verfassungsmäßige Richtigstellung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der preußischen Verfassung, der der anderen Länder und der des Reiches. Nicht, um eine „reaktionäre" Staatsherrschaft aufzurichten, nicht, um, wie es nach der Rede des Herrn Bundespräsidenten scheinen könnte, antiliberal Freiheiten „des katholischen Bevölkerungsteils" diesem zu nehmen, sondern *um der vorkonfessionellen und überkonfessionellen natürlichen Ganzheit der Nation* durch ihren Staat die volle Hoheit über jene Institutionen zu geben, die der Nation und, von ihr beauftragt, dem Staat zugehören und nicht einem Teil.

Was der Kirche entzogen oder geboten werden mußte und in einer energischen Gesetzgebungsfolge ab 1872 vorgenommen wurde, war: a) die Entziehung der Schulaufsicht und an deren Stelle die Übertragung der Aufsicht über „alle öffentlichen und Privatschulanstalten und Erziehungsanstalten" an den Staat, b) die Beseitigung der Ausnahmestellung der Kirche in der preußischen Verfassung durch die neue Verfassungserklärung, „daß die Kirchen den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen sind", c) um die geistige Abgespaltenheit der Geistlichen zu verhindern das Verlangen, daß ein geistliches Amt das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums, ein dreijähriges Theologiestudium an einer deutschen Universität und den Nachweis der Beschäftigung mit Philosophie, Geschichte und Literatur zur Voraussetzung hat, d) Anzeigepflicht der Kirchenbehörden bei Stellenbesetzungen an den Staat und Einspruchsrecht der staatlichen Behörden, e) (dies auf bayrischen Antrag im Bundesrat, veranlaßt durch die „maßlose Agitation . . . vor allem durch Kanzelvorträge") strafgesetzliches Verbot an die Geistlichen, in Ausübung ihres Amtes Angelegenheiten des Staates „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise" zu erörtern, f) die Einführung der pflichtmäßig standesamtlichen Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes durch die staatlichen Standesämter.

Die sofortige Antwort von Zentrum und Kirche gemeinsam: offener und einmütiger Widerstand der Bischöfe — und vom Papst aus, also von Rom aus, vom Ausland aus, Erklärung der gesam-

ten preußischen Kirchengesetze für ungültig und Exkommunikationsdrohung an jeden, der sie befolgt. Damit ist die Eskalation da. Es entsteht für den Staat die Notwendigkeit, seine Gesetze durchzusetzen, und es entsteht in der herrschenden liberalen Mehrheit die Ausdehnung des Kampfes von der Frage der *Verfassungszuordnung* von Staat und Kirche *zum Kampf der modernen Welt gegen die „antimoderne, antifreiheitliche" Kirche,* des Kampfes der modernen Kultur gegen „katholische Dunkelheit". *Dies vergißt* Herr Heinemann, wenn er erklärt, daß es (aus Bismarcks reaktionärem Charakter) „kein Zufall gewesen sei, daß viele freiheitliche, liberale und demokratische Kräfte in Opposition zum Bismarckreich zu sehen seien", so „der Kulturkampf mit dem katholischen Bevölkerungsteil". Sollte er wirklich nicht wissen, daß das Wort Kulturkampf nicht von Bismarck stammt, sondern von der großen liberalen Mehrheit, von seinen, Herrn Heinemanns, Liberalen? Von *ihnen* so genannt, weil *sie* überzeugt waren, daß hier die Freiheit gegen die Unfreiheit der Kirche und gegen *ihre* Herrschaft über den katholischen Bevölkerungsteil zum Angriff gebracht werden müsse. Für *Bismarck* hatte, es wurde entwickelt, der Kampf weder mit Kultur noch mit Unkultur, noch mit dem katholischen Glauben als solchem etwas zu tun: sondern ausschließlich mit der Befreiung der verfassungsmäßigen Struktur des Reiches von einem gefährlichen und fremden Einsprengsel. Er sah sich nicht im Kampf gegen den katholischen Bevölkerungsteil, sondern gegen eine politische, sich von *außerhalb* des Reiches aus einmischende Kraft – die nicht zum ersten Mal die deutsche Geschichte in eine tragische verwandelt hatte. „Diese Beziehungen . . . zwischen Rom und den Welfen und in diesem erweiterten Sinn, sind sehr alte, von der Schlacht von Legnano her – 600jährige; sie haben sich von Zeit zu Zeit immer wieder erneuert." Es ging Bismarck auch in keiner Weise gegen die Kirche als *Kirche,* sondern: gegen die Kirche als *Staat im Staat.* Es ging ihm auch keineswegs gegen die katholische Kirche allein, sondern wenn es nach ihm gegangen wäre, um diese Klärung grundsätzlich, auch gegen die evangelische Kirche. Er hätte am liebsten die *völlige* Entkonfessionalisierung der Schule gesehen und war aus seinem Christentum tief davon überzeugt, daß das Summepiskopat (das oberste Bischofsamt) der evangelischen Landesfürsten, einschließlich des preußischen Königs, über die evangelischen Landeskirchen „von der politischen und kirchlichen

Entwicklung im Rahmen des interkonfessionellen Staates längst überholt zu sein hätte" (Bussmann). „Die lutherischen Pastoren haben ebenso viel Neigung, den Papst zu spielen wie die katholischen."

Nochmals: Nicht Bismarck war der Reaktionär, wie es Herrn Heinemann zu sein scheint oder wie er es darstellen möchte. Im Gegenteil: eben diese *vorwärts*tragende Umwandlung führte zum erneuten und radikalen Bruch der Altkonservativen mit ihm – und eben deshalb führte diese Revolution ihn in die alleinige Abhängigkeit von der liberalen Mehrheit des Reichstags, die die Gesetzgebung tragen mußte – und damit zur Hineinnahme dieser allein liberalen Kulturkampfelemente nicht mehr gegen die Kirche, sondern gegen den Katholizismus. Auch diese Dinge sollte Herr Heinemann bedenken. Und noch eine Frage: Wie würde sich der heutige Staat der sozialistisch-liberalen Koalition verhalten, wenn die katholische Kirche von Rom aus die ausschließliche konfessionelle Volksschulaufsicht verlangte und die demokratisch rechtens gefaßten Gesetze für ungültig erklärte unter Aufforderung zum Widerstand?

Doch eben weil es *Bismarck,* auch wenn ihn zu Zeiten die hochgehenden Wogen des Kampfes und der Erbitterung von dieser Einstellung fortgerissen hatten, ausschließlich darum ging, die strukturelle Verfassungsstellung zwischen Staat und Kirche so zu revolutionieren, daß die Reichsstruktur gesichert war, vermochte er ebenso wie 1866 gegenüber Österreich nun gegenüber dem Papsttum und der Kirche zum Abbau der Kampfhaltung zu schreiten nach dem Erreichen des Notwendigen. Nach dem Papstwechsel tat die Kurie das gleiche. 1886 der Papst: „Bismarck und ich regieren zusammen die Welt."

Die staatssozialistische Revolution der 80er Jahre

Bismarck brach den Kampf mit der Kirche, soweit er über die strukturumwandelnde Notwendigkeit hinausging, ab, weil um 1878 noch weit Dringenderes vor ihm aufgestanden war: die Erkenntnis, daß der notwendigen Fortsetzung der Revolution zum inneren wieder umfassenden Zusammenschluß der deutschen Volksganzheit, und damit der Sicherheit des deutschen Reiches auch nach außen, die liberale Revolution selbst in der Gestalt des National-

Liberalismus nicht gewachsen war. Nicht gewachsen eben immer noch wegen ihrer verhängnisvollen Vermischung von Elementen der französischen Revolution, das heißt dem Glauben an die Autonomie des Individuums und der Individuen und der *herauslösenden* Freiheitsforderung für die Individuen, mit der deutschen Revolution, die die sittliche Befreiung des Menschen darin sah, daß er voll Lebendigkeit in seine Beauftragungen *hineingestellt* würde.

Vier Bedrohungen hatten sich vor Bismarck erhoben: 1. Die außenpolitische, die gleich zu besprechen sein wird. 2. die schwere Krise der deutschen Industrie durch das doktrinäre Freihandelssystem der Liberalen und National-Liberalen. Von der Sicherung der deutschen Industrie hing aber bei der eingetretenen technischen Wandlung die Sicherheit der deutschen Rüstung, der deutschen Ernährung und der Arbeit für das deutsche Volk ab. 3. Was Bismarck immer wieder auf das tiefste beunruhigt hatte, hatte sich trotz der großen Wiedervereinigung und Reichsgründung aufs stärkste fortgesetzt: Der liberale Kapitalismus hatte zwar im Reich und gestützt auf das Reich einerseits segensreich zur Industrialisierung Deutschlands und damit zur Stärkung seiner wirtschaftlichen und einer wachsenden Bevölkerung Arbeit gebenden Kraft geführt – auf der anderen Seite aber zum Herausfallen ihres gesamten Arbeiterstandes aus der Lebenseinordnung in die Nation, weil aus der Lebensfürsorge der Nation. 1848 waren dies noch Tausende, jetzt handelte es sich um Hunderttausende, und bei der durch die außenpolitische Bedrohung nun für Bismarck notwendig gewordenen Stärkung der Schwerindustrie bald um Millionen. Und 4.: Dem Suchen und Fragen dieser Millionen stand nicht mehr gegenüber Lassalle und seine auf *Zusammenarbeit* mit dem Staat, dem echten Staat, gerichtete Art, das sozialpolitische Problem zu lösen, sondern es hatten sich nach Lassalles Tod steigend durchgesetzt und seit 1875 die Herrschaft gewonnen die Vertreter des Marxismus, daß heißt: des Klassenkampfes und der Internationale. Die Denkungsweise Lassalles hatte zu jener Berührung zwischen Bismarck als dem Vertreter dieser sozial umfassenden Staatsanschauung und Lassalle geführt, die Wendung zum Marxismus, das heißt zum erklärten revolutionären Zerstörungskrieg gegen Staat und Volk als Gesamtstruktur mit dem Ziel einer internationalen Diktatur eines einzigen Standes, zur vollen Gegnerschaft. Gleich 1871, als die Stimmen dieser marxi-

stischen sozialistischen Partei noch erst zwei Abgeordnete erbrachten, hielt Bebel im Gründungsreichstag am 25. Mai jene Rede: „Wenn auch im Augenblick die Kommune in Paris (der große blutige Aufstand der Linksextremen gegen die französische Republik) unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Frieden den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang, der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird . . . Der einzige Vorteil, den ich in der Annexion von Elsaß-Lothringen erblicke, ist der, daß gerade diese revolutionären und republikanischen Tendenzen, die meiner Überzeugung nach in einem großen Teile der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen leben, jetzt nach Deutschland mit hinüber genommen werden und daß Elsaß-Lothringen so den Keil bildet, der es uns mit möglich machen wird, nach einiger Zeit das gesamte monarchische Deutschland aus den Fugen zu treiben." Aus den Fugen zu treiben — das, was eben in absolutem Mehrheitsbeschluß als Sehnsuchtserfüllung des ganzen deutschen Volkes erreicht worden war. Bismarcks Fernblick sah unbeeinflußt durch die kleine Zahl, unbeeinflußt durch die scheinbar äußere Sicherheit des wogenden Lebens steigend die tiefe Gefahr dieser Theorie und Weltanschauung für das Reich, für Europa, für den Bestand der abendländischen Kultur. Es ließ ihn nie ruhen. Er sah wie Nietzsche (auch im Anschluß an den Aufstand der Kommune in Paris): „Über den Kampf der Nationen hinaus hat jener internationale Hydrakopf erschreckt, der plötzlich so furchtbar zum Vorschein kam, als Anzeiger ganz anderer Zukunftskämpfe." Er sah, es wird im nächsten Kapitel gezeigt werden, darüber hinaus die Verbindung dieser Bedrohung mit Elementen der Bedrohung Deutschlands von Rußland aus. 1871 hatten der marxistischen Sozialdemokratie 102 000 Stimmen zur Verfügung gestanden, 1874 über 352 000, 1877 493 000 Stimmen = über 9 Prozent.

In langen Überlegungen, in teils monatelangem Entferntsein aus Berlin durchdacht, hat sich Bismarck die Notwendigkeit *und die Möglichkeit* ergeben, diesen vielen reichsbedrohenden Gefahren zu begegnen. Zu begegnen durch *einen* großen in *sich zusammenhängenden* Gestaltungsplan, der nichts anderes bedeutete, als in einem geschlossenen Zusammenhang auf allen Gebie-

ten den Auftrag der deutschen Geschichte zur zusammenschließenden Umwandlung des deutschen Volkes und des deutschen Staates zu neuer Einheit nochmals aufzugreifen und um eine weitere Woge vorzutragen: Außenpolitisch durch einen besonderen Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs und damit Mitteleuropas; innenpolitisch 1. durch Sicherung der nationalen Arbeit nach Güte und Umfang (Sicherung der Arbeitsplätze) durch Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll (dazugehörig auch Verstaatlichung, wenn möglich Verreichlichung des gesamten Eisenbahnwesens), 2. Stärkung der innenpolitischen Handlungsfähigkeit des Reiches im Sinne der Verreichlichung durch Schaffung unmittelbarer Reichseinnahmen, die das Reich vom Kostgänger der Länder zum Spender erstarken lassen sollten, 3. Fortführung und Steigerung des Kampfes gegen die internationale marxistische Klassenkampfpartei, das heißt gegen ihre Führenden als streng folgerichtige Antwort auf ihre *eigene* Angriffserklärung und Angriffsmethode: „Das Wesen der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie die staatliche Ordnung negiert. Daraus ergibt sich für den Staat das Recht und die Pflicht, seinerseits die Sozialdemokratie nicht nur in ihren Wirkungen, sondern in ihrer Berechtigung zur Existenz im Staate zu bekämpfen. Dieselbe befindet sich mit dem Staat im Kriegszustand, und der Staat ist befugt und seinen gegen die Sozialdemokratie schutzbedürftigen Angehörigen gegenüber verpflichtet, sie nach Kriegsrecht zu behandeln." (Frage an den Herrn Bundespräsidenten: Wie würde seine Partei mit seiner Billigung heute die NPD behandeln, wenn sie, auch nur im halben Maße wie die damalige Sozialdemokratie, mit ihren Prinzipien gegen die Verfassung stünde? Wie läßt er sie, trotz seines Amtseides, behandeln, obwohl sie eine auf Erhaltung dieses Staates und dieser Verfassung gerichtete Partei ist?). Wohl verstanden: Dieser entschlossene Kampf, der unter der Fernerkenntnis dessen, auf was hier letztlich gezielt wurde, in den Sozialistengesetzen durch Bismarck alle Schärfe fand, galt diesen international kommandierten Kommandeuren des Marxismus — *nicht* dem Arbeiter. Denn 4. war es letztlich das Hauptelement in Bismarcks Planung von 1879, nun *endlich* und im Großen die drängende Aufgabe zum Durchbruch zu bringen: *die soziale Lage des deutschen Arbeitertums umzugestalten.* 1863, 1867 hatte Bismarck die Frage aufzugreifen versucht, doch aus Rücksicht auf den Liberalismus und die erste Forderung, die erneute deutsche Einigung abbrechen

müssen. Schon unmittelbar nach der Reichsgründung, noch im November 1871, war sie ihm wieder dringlich geworden.

Am 17. November 1871 beschwörend an den nichtverstehenden preußischen Handelsminister:

„Eine Einmischung der bestehenden Staaten in die sozialistische Bewegung ist deshalb so wenig gleichbedeutend mit dem Siege der sozialistischen Doktrin, daß mir vielmehr die Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt als das einzige Mittel erscheint, der sozialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten und dieselbe insbesondere dadurch in heilsamere Wege zu leiten, daß man realisiert, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann. Vorausgesetzt wird dabei natürlich – und hierin stimme ich Ew. Exzellens bei –, daß dies in der rechten Weise und dem rechten Sinne geschieht, wobei ich freilich darin abweiche, als ob eine bloße Klarlegung und Diskussion der sozialistischen Forderungen dieselben erst recht eigentlich in die Öffentlichkeit einführen und damit die Gefahren heraufbeschwören werde, die man vermeiden wolle. Soweit mir das Tatsächliche der Bewegung bekannt geworden ist, wird bis dahin die sozialistische Bewegung von der *Internationalen* durchaus noch nicht in der von dieser erstrebten Weise beherrscht, vielmehr ist namentlich in Preußen dieselbe der *Internationalen* eher feindlich, wie dies in dem Gegensatze der Lassalleanischen Partei gegen die mit der Internationalen in Verbindung stehende *Bebel-Liebknechtsche* hervortritt. Hier ist nicht allein eine sachliche Verständigung noch möglich, sondern es wird beim rechten Eingreifen des Staates zur Zeit auch noch gelingen, die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen . . . Im übrigen sind aber die sozialistischen Theorien und Postulate bereits so tief und breit in die Massen eingedrungen, daß es als ein vergebliches Bemühen erscheint, dieselben ignorieren oder die Gefahren derselben durch Stillschweigen beschwören zu wollen. Im Gegenteil erscheint es mir als dringend geboten, dieselben so laut und so öffentlich als möglich zu erörtern, damit die irregeleiteten Massen nicht immer lediglich die Stimme der Agitatoren vernehmen, sondern aus dem Für und Wider lernen, was an ihren Forderungen berechtigt und unberechtigt, möglich und unmöglich ist. Daß hierbei die brennendsten Fragen von Arbeitszeit und Arbeitslohn, Wohnungsnot

u. dgl. nicht ausgeschlossen werden dürfen, betrachte ich als selbstverständlich."

Doch wieder hatte wegen der nationalliberalen Mehrheit das wirkliche Aufgreifen ruhen müssen – unter Verlust eben jener inneren Möglichkeit in der sozialistischen Partei.

Jetzt, 1878, sollte das Aufgreifen der sozialen Wiedereinordnung in einem umfassenden System *grundlegend* in Angriff genommen werden. Und zwar in einem System, das zunächst der Stellung des Arbeitertums innerhalb des Volksganzen (heute sagt man: der „Gesellschaft") seine Unsicherheit und damit sein Ausgestoßensein nehmen sollte. Dies erschien Bismarck nach sorgfältigen und richtigen Überlegungen zunächst vordringlicher als Begrenzung der Arbeitszeit oder Festsetzung des Lohnes und dergleichen.

Diese Sicherung sollte erfolgen durch ein *zusammenhängendes System von Versicherungen:* Unfallschutzversicherung, Krankenversicherung, Altersversicherung, Invaliditätsversicherung.

Diese Versicherungen sind einzurichten von Bismarcks Sehweise aus nicht als Pflicht zur Selbsthilfe, indem der Zwang zum Versichertsein mit Zwang zur vollen Einzahlung und damit zur Minderung des Lohnes verbunden wird, sie sind auch nicht einzuführen als Hilfe in Almosenform durch freiwillige Förderungsvereine oder Alleinbeiträge von seiten der Industrie. Sondern diese Versicherungen, anders: dieses Gesichertsein des Arbeiterstandes im gesamten Volksorganismus beruht auf einem *Anspruch,* auf einem *Rechts*anspruch des Arbeiters. „Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist oder als Beamter durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit?"

Somit ist es nach Bismarcks Auffassung Wesensaufgabe des Staates – Bismarck: „Unter ‚Staat' ist hier immer das Reich gedacht" –, diese Ordnung *vom Staat aus* vorzunehmen. Dies bedeutet: Zwangsversicherung, aber der Zwang ohne Schädigung des Arbeiters ermöglicht dadurch, daß das Reich, zumindest für die unteren Einkommen, den Beitrag zahlt. Der Staat, das Reich, ist das Volks*ganze:* „Den Satz, daß man nicht die Gesamtheit der Steuerzahler zugunsten einzelner Klassen der Bevölkerung belasten dürfe, vermag ich als richtig nicht anzuerkennen . . . Wie jeder lebendige Organismus an der Erhaltung und dem Wohlbe-

finden eines jeden seiner Glieder ein vitales Interesse hat, so hat auch die zum Staat gefügte Gesamtheit aller Stände und Berufszweige ein Interesse daran, daß jeder einzelne – insbesondere auch Industrie und Landwirtschaft – gedeihe, und darf sich nicht scheuen, dafür Opfer zu bringen. Die Alters- und Invalidenversicherung ist ein allgemeines und nationales Bedürfnis, welches daher aus dem Nationalvermögen befriedigt werden sollte." „Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme."

Die weitere Folge: Die entstehenden Versicherungs-Anstalten können und dürfen nicht in privatwirtschaftlichen Händen sein, sondern sie müssen Reichsinstitutionen sein. Denn sie haben die Pflicht, so sparsam wie möglich zu arbeiten, und sie haben nicht das Recht, für irgend jemand Dividende abzuwerfen. „Sobald der gesetzliche Zwang zu versichern geübt wird, muß auch allen Beteiligten die Sicherheit geboten werden, welche nur staatliche Einrichtungen unter Garantie des Reiches bieten können . . . Der Verzicht auf Privatgewinn ist von Privatunternehmen nicht zu erwarten. Das Gesetz aber darf den Versicherten nicht nötigen, seinen Unfall zur Unterlage für Dividende herzugeben . . ."

Der Vorwurf von allen Seiten, insbesondere von der liberaldemokratischen herrschenden wirtschaftlichen und politischen Meinung und Theorie: Das ist Sozialismus, gar Kommunismus, das ist das Betreten der schiefen Ebene, die zum sozialistischen Bekenntnis führt. Bismarck: „Wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus' jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist." Und der liberalen Wirtschaftstheorie gegenüber genau wie 1863, durch die bisherigen Erfahrungen noch verstärkt: „Nach 100 Jahren Erfahrung mit den Lehren von Adam Smith hat der Glaube an die Harmonie der Interessen bankrott gemacht; die Caritas des einzelnen kann gewiß gegenüber der Not, welche die Freiheit der Wirtschaft für die wirtschaftlich Schwachen herbeigeführt hat, manches Gute tun, aber die soziale Frage lösen kann nur der Staat" (an Bodelschwingh). Und dies mit voller Folgerung: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen . . . Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung . . . Diese Sache wird sich durchdrücken. Die hat

ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsere Politik (gemeint ist diese Politik) einmal zugrunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen" (1881).

Jedoch Staatssozialismus nicht als Diktaturstaat, sei es eines absolutistischen, sei es eines klassendiktatorischen Staates. Sondern das Umfaßtsein durch diese Versicherungen vom Reiche aus wird allmählich im Arbeitertum das Bewußtsein wecken, das Bewußtsein, das er schon 1863 mit Lassalle erstrebte: daß das Arbeitertum dem Reiche zugehört und das Reich dem Arbeitertum. Die Heranziehung der so korporativ verbundenen Arbeitergruppen zur Mitverwaltung der Versicherungen stellt in Bismarcks Gedankengang außerdem die Grundlage für die verantwortliche tätige Mitwirkung in einer sachberatenden gesamten Berufsvertretung, die Bismarck nunmehr neben dem Reichstag vorschwebt als ein weiteres Element der Vereinigung des deutschen Volks- und Reichsorganismus. Alles, damit das neu wiedergeeinte Volk und Reich den wachsenden außenpolitischen und weltanschauungstheoretischen Gefahren als ein Ganzes stehen kann.

Für *Bismarck* waren diese 1879 geplanten sozialen Gesetze *nur ein Anfang*. „Mir ist die Versuchung nahegetreten, in dem 1. Paragraphen, in dem, glaube ich, der Satz vorkommt: ‚Alle Arbeiter, die' und ‚müssen so und so entschädigt werden' – anstattdessen zu sagen: ‚Jeder Deutsche' ". Also ein Ziel, das heute, 100 Jahre danach, noch ungelöst ist und von gewissen Seiten zur Zeit vorgetragen wird, als sei es ihre eigene Erstidee, *ihrem* „revolutionären" Verantwortungsbewußtsein zum ersten Mal entsprungen. Doch ebenso wußte Bismarck: daß er mit dieser Gesetzgebung „einen neuen, so tief in unser Leben eingreifenden und so wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenstand angriff, daß zunächst nur das Genannte in Angriff genommen werden konnte" – denn nirgends ringsum, in keinem Staat und keiner Nation lag Ähnliches vor, und auch nicht in der Gedankenbereitschaft der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und gar seiner mehrheitlichen demokratischen Vertretung dieser Zeit. Jedoch des großen Zusammenhangs dieser umformenden, dieser revolutionär gestaltenden Gesetzgebung mit dem echten Ansatz der deutschen Revolution von 1807/15, mit der Befreiung *und* Einordnung des Bauernstandes vom Staat aus in das Gemeinwesen durch Stein, dessen war sich Bismarck ausgesprochen bewußt.

Nur der Herr Bundespräsident Heinemann – unter *Verschweigen* der gesamten großen Gesetzgebung und Planung –: „Wer also die Linie von den Befreiungskriegen . . . bis nach Versailles zieht (und also bis Bismarck), verzerrt den Gang der Geschichte".

Eben aus dem tiefen Unterschied der rein liberalen, individualistisch autonomen Revolutionslinie des Liberalismus zu der deutschen Revolution auf Befreiung zur Bewußtheit der Verantwortlichkeit und zur Möglichkeit, sie im Ganzen auszuüben, ergab sich mit dieser Planung für Bismarck: die bisherige demokratische tragende Mehrheit des Reichstages wird sich dieser Revolution verschließen. Da aber nach der von Bismarck selbst geschaffenen Verfassung eine demokratische Mehrheit zur Schaffung von Gesetzen grundlegendes Erfordernis war, schloß er die Periode des Regierens mit den National-Liberalen und versuchte eine Mehrheit von Konservativen, Zentrum und dem rechten Flügel der National-Liberalen zu bilden.

Trotzdem ist von der gesamten Gesetzgebung auf ihre eigentliche Zielsetzung gesehen nur ein Torso zurückgeblieben. Der Reichstag strich die notwendige Finanzverstärkung des Reiches, aus der die Reichsbeiträge geleistet werden sollten. Er strich von den Einnahmen *die* Summe, die das Reich unabhängig von den Ländern gemacht hätte, und überwies sie an diese. Der Reichstag strich weitgehend die Reichsbeiträge. Der Reichstag strich weitestgehend die Reichsinstitution der Versicherungen und wandelte sie föderalistisch ab. Der Reichstag nahm der ganzen Gesetzgebung das eigentliche geistige Ziel und die eigentliche innere Gesinnung. Es wurde zur schweren Tragik, *daß die deutsche Demokratie erneut und in der entscheidenden Stunde sozial versagt hat.* Nicht weil *Bismarck* Reichskanzler war, sondern *obwohl* der große Bahnende der deutschen Revolution, der dadurch die Wiedervereinigung und die Neuerrichtung des Reiches erst ermöglicht hatte, auf diese notwendige Weiterführung der Revolution hinwies. Auch keineswegs, weil in diesem Gesetzgebungsgebiet der Reichstag „nur geringen Einfluß" hatte: Sein Einfluß war *so groß,* daß *er* die volle soziale Gesetzgebung Bismarcks zum Gesetz hätte erheben können. Jedoch er verminderte sie, *auf Grund* seiner von Bismarck ihm gegebenen verfassungsmäßigen demokratischen Rechte.

Ob der Herr Bundespräsident Heinemann in seiner Rede zum 100jährigen Gedächtnis der Reichsgründung und damit Bismarcks

die gesamte soziale Gesetzgebung wohl deshalb nicht nennt und damit aus dem Gedächtnis des Volkes und der Heranwachsenden offenbar löschen will, weil er Gutes über Bismarck und Vernichtendes über das Versagen der Gruppen, die er sonst so feiert, hätte berichten müssen? Insbesondere auch, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten und ihre Partei zu den radikalen Gegnern dieser sozialen Gesetzgebung gehörte? Offenbar, weil ihr an der Arbeiterschaft nur gelegen war in ihrer Verbitterung und ihrer Unbetreutheit von Staat und Demokratie, weil sie nur so die Truppe abgeben konnte für den internationalen marxistischen Rammstoß gegen die anderen im Volke, gegen die Völker, gegen den Staat, gegen die abendländische Ordnung.

Die große Hoffnung Bismarcks, daß der Reichstag des allgemeinen gleichen Wahlrechts jeweils eine große tragende Reichskoalition gegen Föderalismus und für Reichsgestaltung schaffe, war erneut mißlungen. Der „Parteigeist" in dem Sinne, daß von den Parteien die Teilideologie besessen über das Ganze gestellt wird, hatte wieder eine Gestaltung vom Volke aus für das Volk als eine Ganzheit zerstört. Mehr: Es hatte sich erwiesen, daß alle diese Parteiideologien der eigentlichen revolutionären Aufgabe nicht einmal ansichtig wurden und dies in der entscheidenden Stunde noch bestehender Gestaltungsfähigkeit – obwohl der Gestalter da war und den eindringlichen Appell an die Reichsvertretung gerichtet hatte.

Dadurch war erneut das große Problem vor Bismarck und der deutschen Geschichte aufgestanden, das auch heute die Demokratie wieder gefährdet: daß die Parteien es nicht verstehen, der eigentliche Ausdruck des Volkswillens zu sein. Denn der Volkswille, wenn er sich unmittelbar äußern konnte, hat sich aus seinen unbeeinflußten Tiefen stets zu Bismarck bekannt – am stärksten als nach der Absetzung Bismarcks die Mehrheit des Reichstages, also die angebliche Vertretung der Nation, am 23. März 1895 die Dank- und Grußadresse an Bismarck zum 80. Geburtstag verweigerte. Das Problem der echten Vertretung des Volkes hat in diesem Jahrzehnt von 1880–90 Bismarck auf das tiefste aufgewühlt.

Trotzdem stand er der verbliebenen Möglichkeit des Werkes; und so entstand *trotzdem* in den 80er Jahren ein Gesamtwerk von Sozial-Versicherungen für das deutsche Volk, dem noch Jahrzehnte keines der umliegenden Völker in noch so freien und demokratischen Staaten auch nur etwas von ferne Ähnliches zur

Seite stellen konnten. Noch 1945, als die amerikanische Verwaltung Deutschland endlich Demokratie bringen wollte, glaubte sie diese Gesetzgebungen, weil unfreiheitlich und ihr gänzlich unbekannt, auflösen zu sollen.

Dieses Werk, obwohl ein Torso doch groß, entstand trotz aller Schwierigkeiten *allein* durch Bismarck.

b) Bismarcks Außenpolitik 1871–1890

Und doch ist diese große innere Entwicklung, diese trotzdem erzielte Verreichlichung anstelle der Möglichkeit, daß der Kaisertitel und das Reich nur Ziertitel einer Präsidialmacht und einer schwachen Zusammenfassung geblieben wären, ist dieser wirtschaftliche Aufschwung, ist diese Sozialgesetzgebung nur der geringere Teil der Leistung Bismarcks nach 1871.

Der Hauptteil ist Bismarcks Außenpolitik von 1871 bis 1890.

Denn der Hauptteil dieser seiner Leistung ist die Umwandlung des nackten Bedrohtseins der Wiedererrichtung der deutschen Einheit und damit der Wiedererrichtung einer Einheit in der Mitte Europas in die *hegemonielose* Friedensordnung Europas *eben* durch dieses Geeintsein der Mitte.

Das heißt aber in schlichten Worten: Die Hauptleistung Bismarcks nach 1871 war die Übernahme der *alten* Aufgabe des Reiches durch ihre zeitgemäße *Umwandlung* in ihre Ausübung ohne Reichs*vor*herrschaft.

Die große re-volutionierende außenpolitische Leistung *vor* 1871 war die gewesen, die deutsche Einigung durch das System von 1648, 1815, 1850 hindurch zum Ziel zu führen. Die große revolutionierende Hauptleistung Bismarcks *nach* 1871 war die, bei den anderen Mächten Europas den Gedanken an die Notwendigkeit und Richtigkeit der „Ordnung von 1648", also des Zerrissenseins der deutschen Mitte Europas, zu *ersetzen durch den Erweis der Leistungsfähigkeit und damit Richtigkeit der Ordnung Europas mit einer geeinten und starken Mitte.*

Auch diese Leistung vollzog sich, wie die innenpolitische nach 1871, in zwei aufeinanderfolgenden Ausbauten; auch sie im groben mit den beiden Jahrzehnten sich deckend. Es ist der Anlauf in den 70er Jahren und die Vollendung in den 80ern.

Wieder nur eine Datenreihe:

1871. Bismarck steht vor zwei in sich zusammenhängenden Sorgen: 1. Wie wird eine neue Bündnispolitik *Frankreichs* zur Vernichtung der eben geschaffenen Wiedervereinigung verhindert? Umgekehrt: 2. Das erneuerte Deutschland ist, von dem vertraglich nicht näher bestimmten, durch Bismarcks Politik von 1856, 1863 und 1870 herrührenden freundschaftlichen Verhältnis zu Rußland abgesehen, isoliert. Somit die zweite Frage: Wie kann *Deutschland seinerseits* aus der Isolierung herausgeführt werden, die die erneute Einigung und also der Umsturz des Systems von 1648/1815/1850 zur Folge haben kann? Dazu dies immer gesehen auf dem Hintergrund der geopolitischen Lage: der Lage in der Mitte, die ein Bedrohtsein und gar ein Isoliertsein für Deutschland zu einer noch weit größeren Gefahr macht als für irgend ein anderes Land und Volk ringsum.

1872: Bereits ein loses Verhältnis mit Österreich — dem Gegner von vor 5 Jahren — *und* mit Rußland *und* damit auch *zwischen* dem seit dem Krimkrieg mit Rußland verfeindeten Österreich und Rußland, festgehalten in dem sogenannten Drei-Kaiser-Bund.

1875. Drohende Kriegskrise von Frankreich aus. Das Verhalten Rußlands dabei zeigt, daß das Verhältnis mit ihm nicht eng genug ist und weder Deutschland noch den Frieden sichert. Erneut und vor allem verstärkt tritt die für den Frieden Europas und damit Deutschlands bedrohliche Uneinheitlichkeit der Bestimmungselemente der russischen Politik hervor: Zarentum einerseits, altrussischer Drang nach den Meeren andererseits, panslawistische Ausdehnungspolitik in die nicht russischen slawischen Völkerschaften hinein und über sie hinaus dritterseits. Daraus:

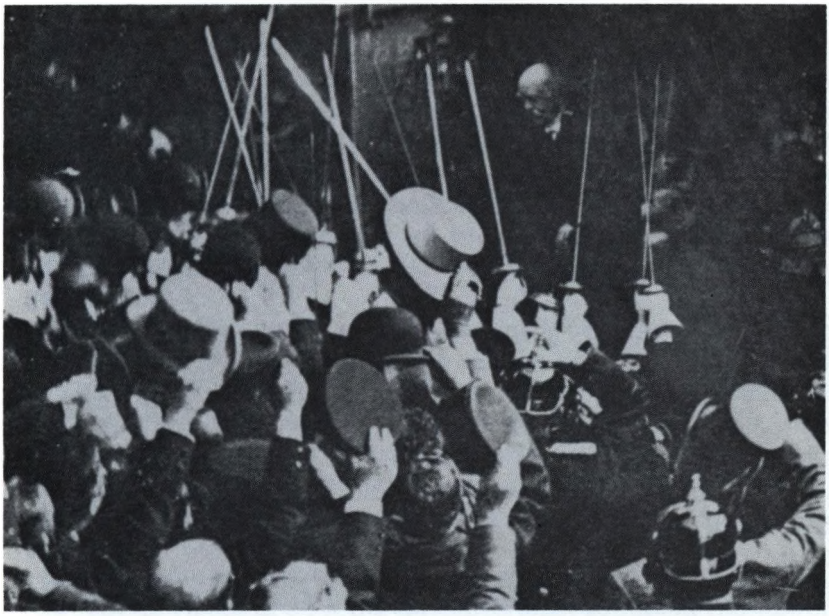
1877/78 Russisch-türkischer Krieg, Rußland überlegen siegend. Über der Aufrollung der damit verbundenen Balkanfragen (der Balkan damals noch türkisch) zerbricht das 1872 geschaffene lokkere Verhältnis zwischen Rußland und Österreich. Der russische Diktatfriede gegenüber der Türkei bedroht nicht nur Österreich, sondern durch seine Richtung auch auf Konstantinopel, und damit die Meerengen, ebenso England. Er rückt deshalb die Gefahr eines Krieges Österreichs und Englands mit Rußland herauf. Welche Haltung müßte Deutschland dann einnehmen? Zu Rußland? Das Ergebnis wäre unter Umständen: die Zertrümmerung Österreichs als der neben Deutschland stehenden zweiten Ordnungsmacht für Gesamtmitteleuropa und die Zuordnung Südost-Europas zu Osteuropa (Rußland) und nicht zu Mitteleuropa, somit die

Folge: Vordringen des russisch-panslawistischen Imperialismus bis vor die Tore des Deutschtums in Österreich, damit Mitteleuropas, damit Deutschlands. Also Kriegsbeteiligung gegen Rußland? Dies würde bei jedem Ausgang des Krieges die Feindschaft des wegen seiner Größe nie wirklich zu schlagenden Rußland gegen Deutschland und damit über kurz oder lang ein russisch-französisches Einkreisungsbündnis gegen Deutschland bedeuten – bei völlig unklarer Haltung Österreichs wie Englands. Doch nicht nur Bismarck und Deutschland sind besorgt. Es herrscht allgemeine Sorge in Europa. Die Lösung:

1878 gelingt erstmals auf Grund der neuen Geschlossenheit und Kraft der europäischen Mitte *und* auf Grund des inneren Bildes Bismarcks von der Zusammenordnung Europas ein umspannend ordnendes, die Interessen der verschiedensten Mächte *ausgleichendes* Handeln. Es geschieht dies auf dem Berliner Kongreß. Bismarck, und damit Deutschland, der ehrliche Makler Europas. Bismarcks Richtlinie auf dem Balkan: die östliche Hälfte mit Bulgarien Einflußsphäre Rußlands, die westliche mit Serbien und Saloniki Einflußsphäre Österreichs. Für England gelingt die Rückverlegung der russischen geplanten Grenze von Konstantinopel weg.

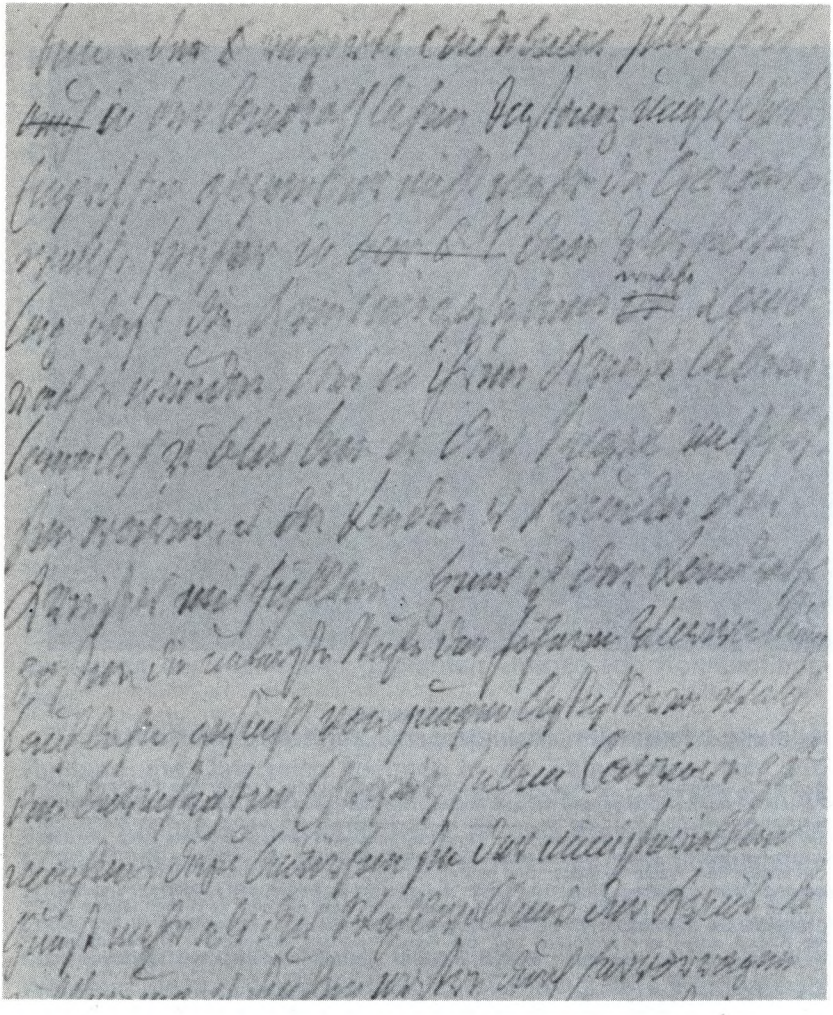
Trotzdem ist der Berliner Kongreß nicht vollkommen gelungen. Rußland und Österreich kommen in der Balkanfrage nicht wirklich zu diesem Ausgleich. Der Panslawismus, getarnt mit rein russischer Ausdehnungspolitik, bleibt bei dem Verlangen nach mehr. Er weiß, dieses Mehr gegen Österreich ist nur gegen Deutschland zu erreichen. So überträgt dieser Kreis seine Gegnerschaft gegen Österreich auch auf Deutschland. Zugleich wachsen in Frankreich die Revanchepolitik und ihre Grundlagen: Rüstung und Industrie. Während gleichzeitig in Deutschland Großindustrie und Landwirtschaft, das heißt Rüstungs- und Ernährungsgrundlage, durch die von der national-liberalen Mehrheit im Reichstag geforderte Freihandelspolitik von Schwäche bedroht sind, und die strukturmäßige gesellschaftliche Umordnung durch die Industrialisierung die organische Einheit des Volksganzen zerspaltet und dies gleichzeitig genutzt wird von dem internationalen klassenmäßig gegen die Volksganzheit eingestellten Marxismus.

Es war jene Zeit, in der sich Bismarck monatelang zurückzog, um die Lage zu überdenken.



Nach der Entlassung.
Bismarck verläßt vom Lehrter Bahnhof aus am 29. März 1890 Berlin.

Die Baronin Spitzemberg – keineswegs eine Preußin, sondern die Tochter des Freiherrn von Varnbühler, württembergischer Minister des Äußern 1864–1870, und Frau des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten in Berlin – trägt in ihr Tagebuch ein: „Kopf an Kopf stand die Menge, alle Fenster waren dicht besetzt . . . Endlich, bald nach fünf verkündeten Hochrufe das Nahen des Fürsten; mit einem Male standen die Bürgersteige leer, und wie eine Sturmflut warf sich die Menge dem Wagen entgegen, ihn umringend, begleitend, aufhaltend, Hüte und Tücher schwenkend, rufend, weinend, Blumen werfend . . . So wogte es weiter, den Linden zu, und langsam folgten wir, alle tief ergriffen – welch ein Stück Leben ging mit dem herrlichen Manne uns allen hinweg!" Sie trägt weiter einen Augenzeugenbericht aus dem Lehrter Bahnhof ein: „Die inneren Räume waren zum Erdrücken voll, die Fenster wurden ausgehoben, an den Säulen hingen die Menschen bis hoch oben, jubelnd, weinend, sich die Hände drückend; plötzlich fing einer an, die Wacht am Rhein zu singen, und wie Donnerhall pflanzte sich der Sang fort, bis draußen die Zehntausende entblößten Hauptes das alte Siegeslied sangen; der Kürabschwadron liefen die hellen Tränen von den Wangen, es fehlte wenig, so hätten sie sich dem Fürsten entgegengestürzt." Der Generaladjutant des Kaisers, Graf Carl von Wedel, der Bismarck zu geleiten hatte, trägt in sein Tagebuch ein: „Der Bahnhof war bis an den Rand gefüllt . . . auch ich hatte Mühe, auf dem Bahnhof mir mit meinen Blumen Bahn zu brechen . . . Etwas später betrat auch der Fürst den Wagen. Man hatte sich um ihn gedrängt, und das Händeschütteln und Händeküssen wollte kein Ende nehmen . . . Der Fürst . . . zog sich eine Weile zurück. Er erschien dann wieder. Das Publikum sang die Wacht am Rhein und Deutschland über alles. Und der Zug ging immer noch nicht . . . Die Augenblicke waren tief ergreifend, sie trugen wahrhaft historische Weihe . . . Endlich, endlich ertönte das Abfahrtsignal! Alles drängte sich heran, um dem Fürsten noch einmal die Hand zu schütteln, ein letztes brausendes Hoch, und der Kopf mit den eisernen Zügen, der so lange Europa regierte, war unseren Blicken entschwunden. – Und was kommt jetzt? Ja! Wer vermag diese Frage zu lösen . . . "



Bismarcks großes Werk nach der Entlassung: Die Niederschrift der Gedanken und Erinnerungen „Den Söhnen und Enkeln zum Verständnis der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft." Ausschnitt aus einer Konzeptseite dieses Niederschreibens.

Das Ergebnis der Überlegungen, in der Abgeschiedenheit auf seinem Gut wochenlang durchdacht, war jenes gesamte „System von 1879".

Bismarcks *innenpolitische* Folgerung wurde schon besprochen. Sie war: die innere Verfestigung des Reiches in sich ist noch zu lose, um große außenpolitische Gefahren von innen heraus mit Sicherheit zu bestehen. Infolgedessen: Abgang vom wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Freihandel zum Schutzzoll und zum erneuten Umschließen des Volksganzen durch die Sozialgesetzgebung.

Bismarcks *außenpolitische* Folgerung: Auch das bisherige außenpolitische System ist noch zu lose, um den Frieden Europas und damit die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten. Die deutsche europäische Mitte muß über Deutschland hinaus noch stärker und organischer ausgebaut werden als bisher geschehen. Dafür müssen die Formen gefunden werden, die ohne äußere Zusammenstöße diese Fortführung der Umgestaltung gegen das System von 1648 erlauben.

Dafür schien es zwei Möglichkeiten zu geben: Die Entscheidung (Option) für Rußland oder die für Österreich, von jeder der beiden Mächte Bismarck dringend, von Rußland 1878 sogar drohend nahegelegt. Manches sprach bei manchen, darunter auch beim Kaiser, aus der preußischen Geschichte von Tauroggen, Krimkrieg, 1870 für eine Option für Rußland. Für Bismarck sprach alles das, was bei den Erwägungen in der Gefahrenlage vor dem Berliner Kongreß soeben erörtert wurde, gegen eine solche Grundoption für Rußland. Seine Entscheidung fiel für die Grundoption auf die andere Seite: die volksmäßig und geopolitisch organische. Es war der Entschluß, nunmehr das schon 1866 durch den Frieden von Nikolsburg festgehaltene Ziel auszubauen: *die erneute Errichtung eines großdeutschen Zusammenhangs in der Form*, die allein möglich war, die aber bei solchem Aufgreifen zugleich keine Minderung des gesamtdeutschen Organismus und seiner Kraft bedeutete, sondern geopolitisch gesehen im Gegenteil eine volle Auswirkung der zusammengefaßten deutschen Gesamtgliederung eben durch ihre Stufung. Anstatt *unmittelbaren* Zusammenschluß zu Großdeutschland und damit — das waren die inneren Schwierigkeiten von 1848, 1863, 1866 — unter Umständen Auflösung des österreichischen Vielvölkerstaates und Einbruch des Panslawismus in den gesamten Balkan — oder Verwandlung Deutschlands

in einen Vielvölkerstaat und damit ebenso Hineinnahme dieser Vielvölkerprobleme unmittelbar in den deutschen Organismus, *Verbündung* zwischen dem kleindeutschen Reich von 1871 und der habsburgischen Monarchie. *Jedoch* nicht eine Verbündung in der Art gewöhnlicher außenpolitischer Bündnisse mit Befristung und Kündbarkeit, sondern, und damit greift Bismarck den inneren Strom deutscher Geschichte und deutscher Revolution gegen die Auflösung seit Jahrhunderten *nochmals* auf: ein in beiden Staaten verfassungsmäßig verankertes, unkündbares Bundesverhältnis, Steigerung der Bündnisform zu einem „organischen Verband". Bei der gegensätzlichen Anschauung zwischen Kaiser und Kanzler errang Bismarck diese Entscheidung zu Österreich, nicht anders als 1866, erst nach schwerer Krise, bis zur Androhung des Rücktritts. „Ich bin mir darüber in diesen sorgenvollen Wochen vollständig klar geworden . . . , daß die Ablehnung . . . ein so verhängnisvoller politischer Fehler sein würde, daß mir das Gefühl der politischen Mitverantwortlichkeit für denselben nicht erträglich sein würde." Auch Moltke stellt sich auf seine Seite. So gelingt im September 1879 der Abschluß. Allerdings — dies durch Österreich — abgesehen von der Verankerung in den Verfassungen.

Um diesen eigentlichen Kern legt Bismarck einen weiteren nicht nur politischen, sondern geopolitisch gesehenen Kreis: 1882 Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes, wenn auch naturgemäß nicht in der außergewöhnlichen Form, um Italien — noch vor 10 Jahren, in den italienischen Einheitskriegen, infolge des österreichischen Besitzes der Lombardei und Venetiens der geschworene Feind Österreichs —, 1883 um Rumänien. Beide Hinzuziehungen, insbesondere die Italiens, aus den geopolitischen Gründen weit in die Organisation des wirtschaftlichen Zusammenhangs ausgebaut.

Jedoch trotz aller Leidenschaft: Bismarck hatte sich damit keineswegs *ausschließend* entschieden. Es gab für ihn *eben nicht* nur die eine *oder* die andere Entscheidung. Es hatte sich um die Grundoption gehandelt. Sie fiel für den Ausbau der deutschen und europäischen Mitte. Doch diese Option *für* den Ausbau der Mitte sollte von Bismarck aus trotz aller grundsätzlichen Bedeutung und Verfestigung nicht eine Entscheidung *gegen* andere Mächte, insbesondere nicht *gegen* Rußland sein; auch nicht eine Gegenstellung und Gegenentscheidung dieser in sich geschlossenen Mitte gegenüber dem europäischen Rand ringsum. Im Ge-

genteil: Es sollten *nicht* zwei gegeneinander gerichtete Gruppen von Bündnissen entstehen, sondern diese in sich organisch fest verbundene und gesicherte Mitte Europas sollte der organische Kern eines Systems werden, das *ganz* Europa zwar nicht umfaßte, aber *verband.*

Was die österreichische Politik erhofft hatte, die ausschließliche und einseitige Entscheidung für Österreich und damit gegen Rußland, fand so wenig statt, wie 1866 die einseitige Entscheidung gegen Österreich stattgefunden hatte.

Sondern: zu diesem engeren Kern setzt Bismarck nun in der verschiedensten Weise die gesamten Großmächte Europas in einen Zusammenhang, der in immer vollendeterer Form zwischen 1880 und 1887 das erreicht, was Bismarcks innerem Bild entsprach.

Die entscheidende Grundlage dafür war: Trotz der besonderen Enge des Bündnisses hatte Österreich im Bundesvertrag nichts erreicht, was ihm für einen *Angriff* auf Rußland deutsche Hilfe gegeben hätte. Es hatte nur die Sicherheit, diese aber wirklich, erhalten, daß es bei einem Angriff Rußlands auf Österreich die volle deutsche Bundeshilfe besaß.

Von da aus der erste Schritt: Bereits 1881 erreicht Bismarck zu diesem deutsch-österreichischen Zweibund und entstehenden Drei- bzw. Vierbund (Deutschland-Österreich-Italien-Rumänien) erneut einen Drei-Kaiser-Bund zwischen Österreich, Deutschland *und Rußland.* Das hieß: Rußland konnte daraus entnehmen, daß die Option für Österreich nicht eine Option für einen Angriff auf Rußland war. Es bedeutete weiter: den Versuch fortgesetzter Gestaltung des russisch-österreichischen Gegensatzes zu friedlicher Stabilität hin.

Den *französischen* Interessen wird stärkste Auswirkungsmöglichkeit in Nordafrika gegeben. Unter wohlwollender deutscher diplomatischer Unterstützung – man spricht von einer „deutsch-französischen Kolonialentente" lediglich zu Frankreichs Gunsten – kann Frankreich sein großes nordafrikanisches Reich aufbauen. Damit einen Besitz, der es wirtschaftlich und militärisch – siehe die Auswirkungen im Ersten Weltkrieg – erneut trotz 1870/1871 zu einer Großmacht werden ließ.

Nach *England* wird in einem wechselseitigen Verhältnis die englische Kolonialpolitik unterstützt, bei Trübungen des Verhält-

nisses jeweils dann von Bismarck unterbrochen, wenn keine Gegenseitigkeit im europäischen Friedensbemühen gewährt wird.

Jedoch um 1885 entsteht ansteigend eine erneute Bedrohung des Friedens in Europa durch eine schwere Balkankrise wieder zwischen Rußland und Österreich. Sie nimmt durch die dabei erneut seitlich entstehende Bedrohung Konstantinopels einen Grad an, der auch England gegen Rußland in den Krieg zu führen droht. Zugleich rollt von Frankreich durch den General Boulanger eine erneute Woge der Revanchepolitik heran.

Bismarck widersteht jedem Rat Moltkes und mancher Politiker, diese Möglichkeit zu nutzen, um die russische Gefahr vor ihrem Höhepunkt und vor dem Losbrechen Frankreichs niederzuschlagen. Noch 1928 hat ein bedeutender, an sich pazifistisch gesinnter Historiker (Ulrich Noack) in einem großen Buch Bismarck vorgeworfen, dadurch, daß er diesen Krieg nicht begonnen und gewagt habe, am deutschen Machtverfall schuld zu sein. Doch aus den großen inneren verantwortlichen Bindungen Bismarcks, sowohl vor dem stets unberechenbaren Ausgang eines Krieges wie vor der Verantwortung vor Leben und Tod denen gegenüber, die ihn ausführen müssen, galt für Bismarck 1885 nichts anderes als 1867, 1870 und 1875 die tiefe Verpflichtung, einen Krieg *so* lange zu vermeiden, wie er zu vermeiden ist. Der Satz aus der berühmten Rede im Reichstag 1888, also mitten in diesen Krisen, wird seit je nur halb zitiert. Er hieß vollständig: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt."

Zu der grundsätzlichen Sorge vor der Unberechenbarkeit jedes Kriegsausgangs trat bei dieser Frage vor Bismarck insbesondere die tiefe, der Zeit weit vorausschauende Kenntnis des Problems „Rußland". Die Fernsicht, daß in jener vielfachen und widersprüchlichen Anhäufung von Kräften in Rußland eine Macht im Heranwachsen war, die vielleicht gerade in einer Niederlage des russischen Staates erst zu ihrer vollen Entfesselung und unabsehbaren Gefährlichkeit kommen würde. Was er damit meinte, war erneut die panslawistische Bewegung mit ihren „wölfischen Instinkten", aber darüber hinaus die sozial-nihilistische Revolution, wahrscheinlich sogar die Verbindung beider — und sodann beide verbunden mit dem bewußt klassenkämpferisch und also volksauflösend eingestellten internationalen Marxismus in

Deutschland, Frankreich und Italien: „Im ganzen würde der etwaige neue Krieg viel weniger den Charakter eines Krieges von Regierung gegen Regierung, als den eines Krieges der roten Fahne gegen die Elemente der Ordnung und Erhaltung haben."

Deshalb vollzieht Bismarck auch 1885/87, trotz des nun entstandenen starken Ausbaus der Mitte, der Gemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich und in diesem Fall auch mit England, keine feindliche Wendung gegen Rußland. Sondern er tut wie 1878 alles, die europäische Kriegsgefahr von der Mitte aus am Ausbruch zu verhindern. Wieder mit Erfolg.

Es gelingt dadurch, daß er der staatlichen Ordnungsmacht Rußlands, dem Zaren und den verantwortlichen Staatsmännern, die Sicherheit vermittelt, in keiner Lage aggressiv von Deutschland oder Österreich bedroht zu sein.

Der Drei-Kaiser-Bund zwischen Deutschland, Rußland und Österreich, 1887 ablaufend, ist allerdings für dieses russische Sicherheitsbewußtsein nicht mehr die mögliche Form. Der österreichisch-russische Gegensatz auf dem Balkan verhindert seine Erneuerung. Damit aber droht die russische Politik ins Leere zu fallen. In eine Leere, die mit Sicherheit in Kürze von Frankreich her gefüllt würde. Da greift Bismarck, in innerster Spannung, stattdessen in Vollendung seiner Gestaltungs- und Bindungspolitik zu einer neuen Form: Er errichtet anstelle der *unmittelbaren* Bindung Rußlands an Deutschland *und* Österreich sowie Österreichs an Deutschland *und* Rußland, eine Verbindung *nur* zwischen Deutschland und Rußland. Er schließt den *deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag.*

Da ist er, der „bindungslose machiavellistische Politiker, der rücksichtslos widersprechende Verträge gegeneinander setzt", der Spieler „mit den fünf Kugeln"? So 1890 der Vorwurf der Intriganten bei seiner Entlassung, so vielfach in der Behauptung seitdem und heute.

Nichts dergleichen: Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag ist geschlossen aus tiefster Verantwortung vor dem Schutz der *gesamten* Mitte, also Deutschlands *und* Östereichs, dem Schutz des *Friedens Europas* und damit auch *Rußlands.* Der Vertrag verspricht keineswegs Rußland irgend etwas, das sich gegen den deutsch-österreichischen Zweibund wendet. Im Gegenteil, er ist die volle Ergänzung zu diesem deutsch-österreichischen Zweibund und seinem Sinn, indem er Rußland doppelte und volle Si-

cherheit davor gibt, daß dieser Zweibund nicht offensiv gegen Rußland gerichtet ist. Doppelte Sicherheit, indem streng vertraulich der entsprechende Text des deutsch-österreichischen Zweibundvertrags Rußland mitgeteilt wird, und somit Rußland weiß, daß darin Deutschland Österreich gegenüber sich zu bewaffneter Hilfe nur in dem Falle verpflichtet, daß es von Rußland *angegriffen* wird. Doppelte Sicherheit darüber hinaus dadurch, daß nunmehr im Rückversicherungsvertrag Deutschland Rußland wohlwollende Neutralität zusagt im Falle, daß *es* (und sei es von Österreich) angegriffen wird. Es wird damit *beiden* Mächten die *Möglichkeit* eines *Angriffs* auf den anderen genommen, indem Rußland einerseits weiß, daß, falls Rußland Österreich angreifen würde, Deutschland bewaffnet auf österreichischer Seite stände, und andererseits weiß, daß Österreich allein sein würde, wenn es seinerseits Rußland angriffe. Womit Rußland wie Österreich wissen, daß der Zweibund keine Option einseitiger Art gegen Rußland gewesen noch geworden ist. Ebenso gibt der Rückversicherungsvertrag Deutschland selbst eine erhebliche Sicherung bei einem Angriff Frankreichs – die Boulanger-Drohung geht ihrem Höhepunkt zu – ist Rußlands Neutralität gesichert, der Zweifrontenkrieg so gut wie ausgeschlossen. Jedoch nicht bei einem Angriff Deutschlands auf Frankreich. Das Ergebnis: Keine der beiden Mächte wird den Angriff unternehmen.

Der Rückversicherungsvertrag enthält weiterhin einen Zusatz, daß Rußland deutsche diplomatische Unterstützung erhalten werde, wenn es glaube, Konstantinopel an sich nehmen zu müssen. *Diplomatische Unterstützung,* mehr nicht. Wieder sollte Rußland wissen: Auch hier ist es nicht Deutschland, das ihm unter Umständen entgegensteht. Im Grunde auch nicht Österreich. Denn es war für Bismarck stets feststehend, daß eine Ausdehnung Rußlands nach Konstantinopel keinerlei deutsche und österreichische Interessen berühren würde, im Gegenteil: Rußland würde dadurch so beschäftigt sein, daß es sich einen Gegensatz gegen Österreich und Deutschland gar nicht mehr leisten könne. *Die* Macht, die absoluter Gegner Rußlands in Konstantinopel war, ist England, England aus seinen imperialistischen *Welt*reichsinteressen. Bismarcks Absicht: So soll England seine Interessen, die weder die Deutschlands noch Österreichs in diesem Falle sind, nicht durch eine deutsche und österreichische Wendung gegen Rußland sich sichern lassen, sondern selbst hervortreten. Dies einerseits. Und

Rußland andererseits sollte deutlich wissen, *wer* und was ihm da entgegensteht – um den Ausgriff zu unterlassen.

Dadurch kommt ungefähr gleichzeitig mit dem Rückversicherungsvertrag und seinen Klärungen unter Bismarcks Fernlenkung das sogenannte Mittelmeer-Abkommen zwischen England, Spanien, Italien, Österreich zustande, in dem diese Mächte sich gegenseitig verpflichten, ihre Mittelmeer-Interessen gemeinsam, das heißt selber zu verteidigen. Das aber heißt konkret: daß, wenn schon, England sie *selbst* mit zu verteidigen hat. Wobei Bismarck die Kenntnis hatte, daß dieses „wenn schon" der konkreten Bedrohung Konstantinopels für die einstweilige Laufzeit des Vertrages überhaupt nicht in Frage kam. (Rußland wollte bei der Erneuerung 1890 auch darauf verzichten.)

Damit wird das gesamte Konstruktionsziel Bismarcks deutlich: Welche Macht in Europa an einer bestimmten Stelle ein Interesse hat, soll *selbst* gezwungen sein, dieses Interesse zu vertreten und nicht sich in der Lage befinden, die Mitte Europas dazu zu benutzen, sei es nunmehr sie vorschiebend, sei es wie früher, sie als Kompensation verteilend. *Wußte dies jede Macht und war ihr wirklich klargemacht, welcher Druck ihr von Natur dort und dann entgegenstand, dann war dies das beste Mittel, Druck und Widerdruck in der entscheidenden Grenze des sich Aufhebens zu halten.*

So waren 1887 durch Bismarcks Politik, das heißt durch eine Politik, die auf der *Einheit und Stärke* Deutschlands und damit auf der *Einheit und Stärke der Mitte* Europas aufbauen konnte, *alle* Mächte Europas irgendwie, und zwar *über* die Mitte, in Zusammenhang gebracht. *Es gab keine durchgehenden und totalen Gruppenbündnisse in Europa gegeneinander.* Dabei waren keineswegs in diesem System die Gefahrenherde nicht erkannt und vertuscht, im Gegenteil: sie waren geradezu zum *Ausgangspunkt* der *Verbindung* aller Mächte gemacht worden. Sie waren damit nicht mehr schlummernde Fragen, die in jähem Aufwachen alles zerbrechen konnten, sondern gerade diese Gefahren bedingten die Verträge. Wie in einem gotischen Dom die Druckkurve jedes Bogens in einem berechneten Widerlager gefahrlos ausläuft, so war die Struktur des bismarckschen politischen Systems.

Der europäische Friede war gesichert, gewiß auch im deutschen Interesse, aber nicht nur aus deutschem Interesse, sondern aus einer tieferen Verpflichtung Europa und dem Frieden gegen-

über. Denn auch für Deutschland hat Bismarck dafür wesentliche Verzichte geleistet. Der grundlegende war der Verzicht auf die unmittelbare großdeutsche Lösung.

Was hat Bismarck zu dieser Leistung befähigt? Nicht nur die außerordentliche Begabung zu großer Politik. Gewiß, der Ansatz und die Notwendigkeit einer Bündnispolitik sind wohl ausgegangen von den beiden bangen Fragen von 1871, von der Sorge um die Isoliertheit Deutschlands. Aber auch andere Konstruktionen hätten das reine Isoliertsein Deutschlands beheben können. Nicht *diese* große Gesamtgestaltung war zwingend und als einzige in dieser Notwendigkeit enthalten. *Diese* Gesamtgestaltung ist im letzten Ziel bestimmt gewesen von etwas Tieferem und Allgemeinerem als der nackten Frage nach der Behebung des Alleinstehens. *Es muß vielmehr ein Bild von der Ordnung Europas hinter ihr gestanden haben und eine Verantwortung sowohl Europa wie dem Frieden gegenüber.* Aus der Ordnung Deutschlands, der Ordnung der Mitte, ging Bismarck umgestaltend, revolutionierend, weiter zur Ordnung Europas. Zu einer Ordnung *gegenseitiger Verbundenheit,* wie sie seit 1648 *nicht* mehr bestanden hatte. Es war diese innereuropäische Gesamtfriedensordnung, die *eben durch die Stärkung* der Mitte ein echtes Gleichgewicht schuf, das eine imperialistische, egoistische und unbegründete Wendung einzelner Mächte in Europa gegeneinander und gegen Europa unmöglich machte.

Wodurch diese Mächte die größte Entfaltungsmöglichkeit nach außen erhielten und Europa die stärkste Stellung in der Welt. Es wäre nicht nur für den Herrn Bundespräsidenten, Bundeskanzler und alle Denkenden des deutschen Volkes die Pflicht des *gedenkenden* Rückblicks gewesen, auf diese Fülle, Umwandlung, Leistung und Beschränkung am 18. Januar dieses Jahres hinzuweisen, sondern es wäre ihre Pflicht gewesen, in der Lage des Jahres 1971, das heißt in der Lage des zerteilten, begeiferten Deutschlands, Nation, junge Generation und Welt darauf hinzuweisen, welche verbindende Funktion von der Mitte Europas *dann* ausgehen kann, wenn sie, und das heißt: wenn das deutsche Volk in sich geeint, geordnet und nicht leicht bedrohbar sein kann.

Doch von nichts dergleichen wurde geredet, sondern durch den Herrn Bundespräsidenten vom Verzerren der deutschen Geschichte, vom Verzerren ihres eigentlichen Ganges von den Befreiungskriegen aus: „In unserer Nationalhymne des Demokraten Hoff-

mann von Fallersleben aus dem Jahre 1841 singen wir von Einigkeit und Recht und Freiheit. So aber sang erst die Weimarer Republik. Im Kaiserreich, bis 1918, sang man ‚Heil Dir im Siegerkranz'." Weiß der Herr Bundespräsident nicht mehr, daß der Demokrat, der deutsche Demokrat Hoffmann von Fallersleben, zu allererst sang von der deutschen Einheit, und zwar von der großdeutschen Einheit und dem ersten und obersten Gebot des Eintretens *dafür?* Und weiß er nicht, daß die Menge, als Bismarck nach seinem Sturz aus Berlin abfuhr, sang: „Deutschland, Deutschland über alles"? Weil sie wußte, aufs tiefste wußte, daß Bismarck dieses Lied und seine Hoffnung wahr gemacht hatte. Und weiß er nicht mehr, daß bei Ypern 1914 die deutsche Jugend in den Tod ging mit diesem Lied, in dem Bewußtsein, für ihr von Bismarck wieder aufgerichtetes deutsches Reich ihr Leben zu geben? Gibt es eine tiefere Verbindung zur großen Linie seit 1813 und eine tiefere Bestätigung dafür? Und gibt es eine traurigere Bestätigung für das Ausmaß der vom Herrn Bundespräsidenten vorgenommenen Geschichtsklitterung, als daß *der* Mann, der es wagt, das *angebliche* Nichtsingen des Deutschlandliedes im Bismarckreich als Beweis für dessen Nichtzugehörigkeit in die Erfüllung der Linie der deutschen Volksgeschichte anzuführen, *doch selbst genau wissen muß,* daß in *seiner* Umgebung es *verboten* ist, dieses Lied in seinem vollen Anfang und Umfang zu singen, daß von seinen Kreisen jeder als Gegner der Demokratie und als Faschist verleumdet wird, der dies tut?

Das äußerste an Positivem, das aus diesen Kreisen – nicht vom Herrn Bundespräsidenten – hinsichtlich der Leistung Bismarcks zu hören war, war dies: daß er Halt gemacht habe an jenem Punkt von Einheit und politischer Kraft Deutschlands, „der noch gerade für Europa tragbar ist". Eine solche unglaubliche, die rein egoistische und imperialistische Meinung des *Feindes* zur *Ethik* und gar zur eigenen Ethik erhebenden Einstellung, die mancherorts sogar ausgesprochen so weit ging, 1648 und 1815 dem Jahr 1871 als eine tiefere Friedensordnung gegenüberzustellen, zeigt nur, daß die Jahrhundertfeier dazu benutzt wurde, nach dem Verzicht auf die *politischen Rechte* nun auch den Verzicht auf die *historische Wahrheit* dem Volk aufzuzwingen und dem Gegner vor die Füße zu legen.

Ohne zu ahnen, *welcher* Dienst damit der *Unfreiheit* und dem *Unfrieden* Europas erwiesen wird, und *nicht* dem Frieden.

Wir aber sprechen denen gegenüber ohne Überhebung, sondern in tiefer Verehrung vor der Bismarckschen Bindungskraft, von dem großen, fruchtbaren, umwandelnden und nicht verzerrenden Werk Bismarcks: von der Wiedergründung nicht nur der deutschen nationalen Einheit, sondern der Aufnahme und Lösung der Verpflichtung, die auf deutscher Einheit und deutscher Mittellage in Europa liegt. Sie ist aus alten Zeiten umfaßt mit dem Wort Reich. Es war die *Größe Bismarcks,* mit der Wiedergründung der deutschen Einheit durch umwandelndes, *revolutionäres* Tun auch diese Aufgabe nicht in einer veralteten, nicht mehr zeitgemäßen Form, nämlich der Form der Hegemonie, aufgegriffen zu haben, sondern in der Form der Neuzeit: der des ehrlichen, verbindenden Maklers zwischen *allen* Mächten Europas.

Nicht weil er die Kraft der Wiedergründung mit Sorge noch eben unter dem den anderen als tragbar erscheinenden Maß hielt, sondern weil er die *volle* Kraft der in sich geordneten neugestalteten deutschen Einheit und europäischen Mitte *verband* mit der tiefen *Verantwortung vor ihrer Aufgabe in Europa,* der Verantwortung, gleichzeitig gesund zu sein und zu verbinden. Alle zu verbinden durch Schaffung des *Ausgleichs,* ohne mehr als sich selber zu beherrschen.

Und damit geht, die Ausgangsbegründung dieser Stunde geschichtlicher Besinnung bestätigend, das *Ge*denken an Bismarck unmittelbar über in das *Be*denken der politischen Aufgabe, die mit dem Ziel und der Notwendigkeit der erneuten Wiedergründung des beinah völlig Zerstörten vor *uns* steht. Das *geschichtliche Gedenken* mündet damit in das *politische Bedenken* der Gegenwart mit der Übergabe einer von Bismarck gezeigten und bewiesenen Fülle *unveralteter* politischer Einsichten und Kräfte.

Denn die Lage für die deutsche Einheit ist, mit zeitgemäß veränderten Größenverhältnissen allerorten, im Grunde kaum anders, als sie vor Bismarck im Jahre 1850 stand.

Und das *Ziel* ist *wieder* dasselbe: Die *Wieder*gründung der deutschen Einheit unter Beachtung und Bändigung sowohl der Kräfte wie der Schwierigkeiten, unter Verantwortung sowohl vor dem deutschen Volk und Deutschland wie vor den europäischen Völkern und Europa.

Einige Literaturhinweise

Die wissenschaftliche Bismarckforschung ist verständlicherweise in einer außerordentlichen Fülle von Schriften niedergelegt. Selbst die Aufführung des Wichtigsten würde Seiten erfordern.

Die im folgenden angegebenen Titel sollen lediglich für den, der dem hier Angeschnittenen tiefer nachgehen will, *erste* Hilfen nennen. Die gesamte weitere Literatur findet er jeweils dort angegeben.

Eine *Gesamtbiographie:* Trotz der oder jener Einschränkung noch weitaus die beste. Arnold Oskar Meyer, Bismarck. Der Mensch und der Staatsmann. 1949.

Gute *handbuchartige Darstellung* der politischen Geschichte der Bismarckzeit: Walter Bussmann, Das Zeitalter Bismarcks. In: Handbuch der deutschen Geschichte von Brandt, A. O. Meyer, Just, Band III, Teil II (selbständig erschienen) 1950, 283 S.

Zur *Bismarckschen Politik bis 1870:* Egmont Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht (1850–1863), 2. verb. Aufl. 1960, 652 S.

Vor allem: Otto Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung (1847–1871), herausgegeben und ergänzt von Alexander Scharff. 1958, 963 S. Eine Lebensarbeit.

Zu ergänzen durch die entsprechenden Kapitel von Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit von Villafranca (1859) bis Königsgrätz. 4 Bände, 1942.

Ferner sei genannt der Schweizer Historiker Leonhard von Muralt, Bismarcks Verantwortlichkeit. 1955, 234 S. Darin insbesondere: Bismarcks Reichsgründung vom Ausland gesehen (erstmals erschienen 1946) und: Die Politik der europäischen Mitte.

Wilhelm Schüssler, Der geschichtliche Standort Bismarcks. In: Wilhelm Schüssler, Um das Geschichtsbild, 1953, S. 99–141, jetzt auch in Lothar Gall, Das Bismarckproblem in der Geschichtsschreibung nach 1945. 1971, S. 171 ff. Insbesondere wegen des Nachweises, daß eine großdeutsche Lösung nicht möglich gewesen wäre, weder von Österreich noch von Preußen aus.

Zur Rheinpolitik Napoleon III. und der Kriegsentstehung von 1870: Hermann Oncken, Napoleon III. und der Rhein, der Ursprung des Krieges von 1870/71. 1926, 121 S.

Genaue Beschreibung des Verlaufs der *Kaiserproklamation* in Versailles mit beinahe vollständigem Verzeichnis aller Teilnehmer: Th. Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871. 2. Auflage 1896. 102 S.
Eine kurze, alle Probleme in diesem Punkt sehr eindrucksvoll zusammenführende Schilderung gibt Gustav Adolf Rein, Die Reichsgründung in Versailles, 18. Januar 1871. 1958, 93 S.

Zur Rücknahme des Elsaß: Fritz Bronner, 1870/71, Elsaß-Lothringen, Zeitgenössische Stimmen für und wider die Eingliederung in das Deutsche Reich. 1970. 514 S. Und: Otto Stoeckicht, Bismarck und das Elsaß: In: Studien der Erwin von Steinbach-Stiftung II. 1968. S. 59–132.

Zum System von *Bismarcks Außenpolitik nach 1871:* Unvergessen sollten bleiben die ersten das System erkennenden Darstellungen: Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa. 1917., 156 S., und die Schrift des bedeutenden Schweden Rudolf Kjellén, Dreibund und Dreiverband. Die diplomatische Vorgeschichte des Weltkriegs. 1921. 138 S. Sodann Otto Becker, Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. I. Teil: Bismarcks Bündnispolitik. 1923, 2. Aufl. 1960. 154 S. Zum Rückversicherungsvertrag sind die wichtigsten Urkunden und Aufsätze gesammelt herausgegeben von Hans Hallmann, Zur Geschichte und Problematik des deutschen Rückversicherungsvertrages von 1887. (Reihe: Wege der Forschung XIII.), 1968. 558 S. Insbesondere sei auf die vorzügliche vorangestellte Darstellung Hallmanns selber hingewiesen (52 S.).

Zu Bismarcks *Sozialpolitik:* Für die Zeit vor 1870: Adolf Richter, Bismarck und die Arbeiterfrage im preußischen Verfassungskonflikt. 1933. 265 S. Für die spätere Zeit: Hans Rothfels, Bismarck und der Staat. Vorwort und ausgewählte Dokumente. 3. Aufl. 1958. 412 S. Darin für die Sozialpolitik das Kapitel Staat und Gesellschaft. Das Buch, 1925 erstmals erschienen, war und ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Erkenntnis der tieferen Anschauung Bismarcks von Staat und Politik. Somit sind alle Kapitel wichtig

Ferner Hans Rothfels, Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik. 1929. (Auch enthalten in: Hans Rothfels, Bismarck, der Osten und das Reich, 1960, S. 165–181.)

In besonderer Weise ist aber diese Skizze zu Dank verpflichtet, und mit ganz besonderem Nachdruck sei der Leser zu einer lebendigen Vertiefung in Bismarcks Persönlichkeit und Anschauungsweise hingewiesen auf:

Gustav Adolf Rein, Die Revolution in der Politik Bismarcks. 1957. 360 S.

Diese Frage immer neu stellend, erhellt Rein, gestützt auf eine lebenslange Beschäftigung mit Bismarck und eine dem Gegenstand angemessene Sprachkraft, Bismarcks Wesen und das Wesen seiner Zeit und seiner Leistung beinah unmittelbarer, als es eine Biographie vermag.

Eigene Aussagen Bismarcks sind – neben der großen Gesamtausgabe – leichter zugänglich in folgenden Ausgaben:

Eine achtbändige vorzügliche Veröffentlichung „Werke in Auswahl" ist als „Jahrhundertausgabe zum 23. IX. 1862" seit 1962 im Erscheinen. Darmstadt und Stuttgart. Bis jetzt liegen 4 Bände vor, die Zeit von 1815–1871 umfassend.

Immer wichtig, sowohl im Sinn des Untertitels: „Den Söhnen und Enkeln zum Verständnis der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft" wie als Meisterwerk der deutschen Sprache und der Sprachkraft und damit Geisteskraft Bismarcks, bleiben die Gedanken und Erinnerungen (ursprünglicher Titel: Erinnerung und Gedanke). 3 Bände, auch in einem Dünndruckband erschienen.

Und ebenso: Briefe an Braut und Gattin, erstmals 1900 erschienen und seitdem vielfach. 598 S.

Außerdem Bismarck-Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Hans Rothfels. 1955, 456 S.